



64. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 12. Juli 2019

Mitteilungen des Präsidenten	3	Ergebnis.....	24
Formlose Rüge des Abgeordneten Ralph Bombis betreffend TOP 1 der 63. Plenarsitzung am 11. Juli 2019	3		
1 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen		2 Offensive für Studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke	
Vorlage 17/1831 und Vorlage 17/1832		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/4453	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung Drucksache 17/6791		Beschlussempfehlung und Bericht des Wissenschaftsausschusses Drucksache 17/6724	24
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6863.....	3	Guido Déus (CDU).....	24
		Gabriele Hammelrath (SPD).....	25
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/6788.....	3	Daniela Beihl (FDP)	26
		Arndt Klocke (GRÜNE)	27
Entschließungsantrag der Fraktion der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/6850	3	Helmut Seifen (AfD)	28
Henning Rehbaum (CDU)	3	Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.....	29
Marc Herter (SPD)	5	Ergebnis.....	30
Jörn Freynick (FDP).....	9		
Horst Becker (GRÜNE)	11	3 Inklusion in den Arbeitsmarkt im Sinne der UN Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln – Gleichwertigen Zugang ermöglichen	
Roger Beckamp (AfD)	14	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/6736	30
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	15	Ergebnis.....	30
Josef Hovenjürgen (CDU)	18		
Marc Herter (SPD)	19	4 75 Jahre Hitler-Attentat – Der mutigen Widerstandskämpfer gedenken und ihr Erbe bewahren.	
Christof Rasche (FDP)	20	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6754	
Horst Becker (GRÜNE)	21		
Christian Loose (AfD)	22		
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	23		

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6848..... 30

Sven Werner Tritschler (AfD) 30
Dr. Günther Bergmann (CDU)..... 32
Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD) 35
Stephen Paul (FDP) 36
Verena Schäffer (GRÜNE)..... 38
Marcus Pretzell (fraktionslos) 40
Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen..... 41

Ergebnis 42

5 Stärkungsinitiative für Kunst- und Kultur- museen – Museumslandschaft in Nordrhein-Westfalen bei der Weiter- entwicklung unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6746..... 42

Bernd Petelkau (CDU)..... 43
Lorenz Deutsch (FDP)..... 43
Andreas Bialas (SPD)..... 44
Oliver Keymis (GRÜNE)..... 45
Gabriele Walger-Demolsky (AfD)..... 46
Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen..... 46

Ergebnis 47

6 Hitzeaktionspläne zur Prävention hit- zeassoziierter Mortalität und Morbidi- tät

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6752..... 48

Dr. Martin Vincentz (AfD)..... 48
Katharina Gebauer (CDU)..... 49
Serdar Yüksel (SPD) 49
Susanne Schneider (FDP) 51
Wibke Brems (GRÜNE)..... 51
Minister Karl-Josef Laumann..... 52
Christian Loose (AfD) 53

Ergebnis 53

7 Teilhabe älterer Menschen verbes- sern – Wege aus Einsamkeit aufzei- gen – selbstbestimmte Lebensgestal- tung auch bei Pflegebedarf ermögli- chen!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6747 53

Britta Oellers (CDU) 54
Susanne Schneider (FDP)..... 55
Britta Altenkamp (SPD)..... 55
Mehrddad Mostofizadeh (GRÜNE) 56
Dr. Martin Vincentz (AfD) 58
Minister Karl-Josef Laumann 59

Ergebnis..... 60

8 Heimat braucht Handel – vitale Innen- städte für die Zukunft des Einzelhan- dels in Nordrhein-Westfalen erhalten, den stationären Handel bei seinem Weg ins digitale Zeitalter unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6748

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6864 60

Ergebnis..... 60

Entschuldigt waren:

Florian Braun (CDU)
Hannelore Kraft (SPD)
(ab 13 Uhr)
Nadja Lüders (SPD)
Dr. Christian Blex (AfD)
Alexander Langguth (fraktionslos)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zur 64. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert hier und heute unsere Vizepräsidentin und Kollegin **Angela Freimuth** von der Fraktion der FDP. An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch, alles Liebe, alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, muss ich im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde zum Thema „Bundesumweltministerin Svenja Schulze legt Plan für sozialverträgliche Ausgestaltung einer CO₂-Bepreisung vor – Landesregierung muss beim Klimaschutz Farbe bekennen“ heute noch eine **nichtförmliche Rüge** aussprechen.

Sie betrifft den Abgeordneten Herrn **Ralph Bombis** von der Fraktion der FDP. Herr Abgeordneter Bombis hat sich in seiner Rede zu Tagesordnungspunkt 1 unparlamentarisch verhalten, indem er sich gegenüber einem Angehörigen der AfD-Fraktion unparlamentarisch geäuÙert hat. – Danke schön.

Damit treten wir in die heutige **Tagesordnung** ein.

(Unruhe – Glocke)

Ich rufe auf:

1 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen

Vorlage 17/1831 und
Vorlage 17/1832

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung
Drucksache 17/6791

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6863

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6788

Entschließungsantrag
der Fraktion der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/6850

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Rehbaum das Wort.

Henning Rehbaum* (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem neuen Landesentwicklungsplan geben wir den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft, dem Wohnungsbau, den großen Städten, den kleinen Dörfern und allen, die das Land fit für die Zukunft machen wollen, neue Möglichkeiten. Wir geben NRW ein wertvolles Stück Freiheit und Flexibilität zurück.

(Beifall von der CDU und der FDP)

An dieser Stelle möchte ich mich beim Ministerium von Professor Pinkwart, insbesondere Frau Dr. Renz und ihrem Team, herzlich bedanken für die großartige Arbeit für den LEP, den wir in Rekordzeit fertigstellen konnten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit der Regierungsübernahme haben wir große Herausforderungen vorgefunden, auf die ein Landesentwicklungsplan Antworten geben muss: Wohnungsmangel in Städten und ganzen Regionen, Unternehmen, die vor Ort in Innovationen und neue Arbeitsplätze investieren wollen und nicht dürfen, oder ein allzu rigider Ausbau der Windkraft in einigen Landesteilen, der unzählige Bürgerinitiativen auf den Plan gerufen hat.

Das ist die Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün in NRW: zu wenig Investitionen in Arbeitsplätze und viel zu wenig Wohnungsbau.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Menschen in unseren Großstädten bekommen gerade schmerzlich zu spüren, was rot-grüne Landesplanung bedeutet: Mietpreisexplosion, Häuser-schluchten, Verkehrskollaps und schlechte Luft.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ich glaube es nicht!)

Doch es kommt noch schlimmer: Dörfern unter 2.000 Einwohnern hat Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen schlicht verboten, zu wachsen.

Das Beispiel von Alverskirchen im Kreis Warendorf zeigt es: ein Dorf mit 1.980 Einwohnern, direkt an der Stadtgrenze zu Münster, eine Riesennachfrage nach Wohnraum auch aus der Stadt Münster, und der rot-grüne Landesentwicklungsplan verbietet die Ausweisung von Baugebieten.

Der Bericht des Bürgermeisters in der Sachverständigenanhörung war erschütternd; das kann so nicht weitergehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch in Nordrhein-Westfalen greift die Landflucht um sich. Dörfer veröden, ländliche Gemeinden überaltern. Eltern bangen um die Existenz der letzten Grundschule im Dorf,

(Unruhe – Glocke)

Vereine bemühen sich um Mitglieder, Handwerkern gehen die Fachkräfte aus. Die Kreativität der Bürgermeister, Familien in die Dörfer zu locken, kennt keine Grenzen.

Und was macht Rot-Grün? – Nach Gutsherrenart verbietet man den Dörfern, zu wachsen, enttäuscht Familien und Mittelständler, die in ihrem Heimatort bauen wollen, und zwingt noch mehr Menschen in die überfüllten Städte.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Rot-Grün lässt die Dörfer im Stich und erhöht den Druck auf die Städte massiv. Das muss ein Ende haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir beschließen heute einen Landesentwicklungsplan, der wieder positive Entwicklungen ermöglicht. Wir ermöglichen den ländlichen Gemeinden, endlich wieder zu wachsen, und freuen uns über viele Familien in unseren Dörfern.

Wir ermöglichen den Städten das, was am besten gegen Wohnungsnot hilft, nämlich bauen, bauen, bauen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir geben mittelständischen Unternehmen, die sich vor Ort ansiedeln oder erweitern wollen, Flexibilität und Schnelligkeit zurück. Arbeitsplätze, Innovationen und Wirtschaftswachstum bekommen wir, wenn wir Unternehmen mit offenen Armen empfangen. Der neue, bessere Landesentwicklungsplan ist dafür ein wichtiger Baustein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum sensiblen Thema „Fläche“: Unter Rot-Grün ist der Verbrauch landwirtschaftlicher Fläche in die Höhe geschossen trotz eines symbolischen Fünf-Hektar-Grundsatzes im alten LEP.

(Zuruf von der SPD)

Wir verzichten auf diese halbherzige Symbolpolitik und schnüren stattdessen ein konkretes Maßnahmenpaket zum Flächensparen

(Zurufe von der SPD)

unter Federführung von Umweltministerin Heinen-Esser.

(Beifall von der CDU und der FDP – Thomas Kutschaty [SPD]: Genau das Gegenteil! – Weitere Zurufe von der SPD)

Der größte Treiber bei der Flächeninanspruchnahme sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

(André Stinka [SPD]: Genau!)

Nach einer Berechnung der IHK gehen rund 80 % der der Landwirtschaft entzogenen Flächen nicht etwa für die Bebauung, sondern für die Schaffung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen drauf.

(Zurufe von der SPD)

Es gibt Beispiele von 8 ha Straßenfläche und über 60 ha Ackerland für Kompensation. Das ist doch Wahnsinn; damit muss Schluss sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Gestatten Sie ihn?

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Baulücken besser nutzen, Bahnhofs-, Industrie- und Gewerbebrachen nutzbar machen, Ökopunkte zur Qualitätsverbesserung bestehender Biotope und Gewässer nutzen, Artenschutz und Flächenausgleich auf gemeinsamen Parzellen, Vertragsnaturschutz –

(Zuruf von der SPD: Können wir doch alles machen! Ist doch kein Problem!)

es gibt gute Instrumente, den Flächenverbrauch wirksam zu reduzieren, Investitionen in Wohnungen, Arbeitsplätze und Verkehrswege dennoch zu ermöglichen und guten Naturschutz zu machen. Wir werden diese Instrumente nutzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Flächensparen ist auch beim Rohstoffabbau angesagt. Bevor neue Flächen für den Kiesabbau erschlossen werden, ist es die Pflicht und Schuldigkeit der Unternehmen, angefangene Flächen wirklich vollständig auszukieseln.

Durch den engagierten Einsatz der Abgeordneten von CDU und FDP in den Kreisen Wesel und Kleve hat die Koalition im Mai-Plenum gefordert, das Abgrabungsmonitoring zu schärfen und weitere konkrete Maßnahmen in Auftrag zu geben, um die unter Rot-Grün ausgefertigte Ausweisung von Kiesgruben wieder einzudämmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schon wenige Wochen später konnten wir in der „Rheinischen Post“ lesen, dass in einem Baggerloch in Rees zusätzliche 2,2 Millionen m³ Kies und Sand entdeckt wurden und mit neuer Technik gefördert werden können, ohne dass dafür auch nur eine neue Fläche begonnen werden müsste. Geht doch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Grünen vor Ort haben die flächenschonende Nutzung dieses riesigen Rohstoffpotenzials übrigens abgelehnt. Es ist wie so oft: Wenn es darauf ankommt, schlagen sich die Grünen in die Büsche.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

CDU und FDP nehmen die kiesabbauenden Unternehmen in die Pflicht, angefangene Baggerlöcher komplett bis zur letzten Tonne auszuschöpfen.

(Zurufe von der SPD – Unruhe bei den GRÜNEN)

Außerdem wollen wir mehr Recyclingstoffe einsetzen, um die natürlichen Rohstoffquellen zu schonen.

(Unruhe – Glocke)

Damit Bürger, Landwirtschaft und Umweltverbände bei der Auswahl von Rohstoffabbaufeldern auch im RVR-Gebiet frühzeitig und auf Augenhöhe beteiligt werden, wollen wir verpflichtende Abgrabungskonferenzen nach dem Vorbild der Bezirksregierung Köln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die grüne Planungsverwaltung des RVR täte übrigens gut daran, die Sorgen der Bürger endlich ernst zu nehmen und Abgrabungskonferenzen durchzuführen.

(Michael Hübner [SPD]: Wir wissen schon, dass Sie in der Koalition mit den Grünen sind!)

Die Bürger mitnehmen müssen wir auch in der längst begonnenen Energiewende. Neben Millionen Dächern soll Photovoltaik flächenschonend deswegen auf Brachen, Halden, Konversionsflächen und entlang von Autobahnen und überregionalen Bahnstrecken sowie auf Gewässern möglich werden.

Wir streichen kontraproduktive KWK-Mindestwirkungsgrade und wollen beim Neubau von Windenergieanlagen einen gesunden Ausgleich von Ausbauzielen und den Interessen der Anwohner.

Die Energieversorgungsstrategie der Landesregierung, die diese Woche vorgestellt worden ist, zeigt: Wir meinen es mit der Energiewende ernst, und wir laden die Bürger ein, den Ausbau der Erneuerbaren, der Stromleitungen und der -speicher aktiv zu unterstützen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Norwich Rüße [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

Auch die wohl absurdeste Vorschrift im rot-grünen Landesentwicklungsplan streichen wir: die Errichtung von Tierställen nur noch in Gewerbegebieten. Was um alles in der Welt haben Schweine, Rinder, Huhn und Hahn in städtischen Gewerbegebieten verloren?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bitte schreiben Sie sich das noch einmal auf, damit Sie es verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Nutztiere gehören nicht in Gewerbegebiete; sie gehören auf den Bauernhof.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Mehr Wohnungen für die Menschen, flexiblere Ansiedlungsmöglichkeiten für Unternehmen und Arbeitsplätze vor Ort, die Stärkung der Dörfer, die Entlastung der Städte, Rohstoffversorgung für Wohnungs- und Verkehrswegebau mit Augenmaß und mehr Planungssicherheit sowie die Versöhnung von Energiewende, Wirtschaft, Flächenverbrauch und Anwohnerschutz:

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das sind unsere Ideen für eine gute Entwicklung von Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Rehbaum. – Für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Herter das Wort.

Marc Herter* (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rehbaum, wenn man Ihnen in den letzten Minuten zugehört hat, fragt man sich schon: In welchem Land lebten wir eigentlich bisher,

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

bis wir jetzt endlich davon beglückt werden, dass alle Bremsen gelöst werden, dass sich dieses Land bisher nicht entwickeln konnte?

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Man muss aber leider sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Sie regieren in diesem Land seit zwei Jahren

(Zurufe von der CDU)

und halten seit zwei Jahren die Redebeiträge hier im Hohen Hause, die besagen: Die Wirtschaft, die Flächen, die Kommunen, die Entschuldung – alles läuft.

(Zuruf von der FDP)

Ist das alles falsch, was Sie uns in zwei Jahren versucht haben, weiszumachen?

(Beifall von der SPD)

Wird es denn erst jetzt losgehen?

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann nur eines von beidem stimmen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Ihre – das gebe ich schon zu – sehr atemberaubende Entfesselungsrhetorik, Ihre Wunderwaffe, die Sie hier präsentieren, und diese Ideologie mit dem simplen Glauben, man überlasse einfach alles sich selbst, dann werde es sich schon regeln

(Zuruf von der CDU)

– ich sage das gerne –, falsch sind. Das Land wird sich nicht gut entwickeln,

(Beifall von der SPD)

wenn die Politik die Verantwortung für die Landesentwicklung nicht wahrnimmt.

(Zuruf von der FDP)

Mehr noch: Sie – und da kann man miteinander durchaus einig sein – schrauben nicht nur bürokratische Regelungen – wie übrigens auch die letzte Landesregierung – zurück.

(Bodo Löttgen [CDU]: Bitte?)

Sie schrauben nicht nur – wie auch die letzte Landesregierung – überbordende Bürokratie – übrigens mit Ihrer Zustimmung in diesen Punkten – zurück. Wir können uns die Plenarprotokolle dazu gerne ansehen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie meinen die letzte CDU/FDP-geführte Landesregierung!)

Nein, Sie schleifen Regelungen, die die sozial verträgliche Entwicklung, die ökologische Entwicklung und die gesellschaftliche Akzeptanz in diesem Land betreffen. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen.

(Beifall von der SPD)

Entfesselung ist da eben nur eine neue Chiffre für die alte Ideologie: „Privat vor Staat“ – nicht mehr, nicht weniger.

(Beifall von der SPD)

Die Erfolge Ihres ersten Entfesselungspakets, das ja schon länger durch diesen Landtag gegangen ist,

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

nehmen sich relativ bescheiden aus.

Hier wurde gerade viel darüber gesprochen, dass Wirtschaftsentwicklung wieder ermöglicht werden soll. Das war Ihr Anspruch auch beim ersten Entfesselungspaket.

Wir hatten vor gut zwei Wochen die Gelegenheit, den Konjunkturbericht des RWI zu erhalten. Dieser Konjunkturbericht spricht von 0,7 % Wirtschaftswachstum im Jahr 2019 und von 0,9 % im zurückliegenden Jahr 2018 – einzig und allein dadurch aufrechterhal-

ten, dass sich die Konsumnachfrage und die Bauwirtschaft positiv entwickeln – nicht der Bereich der Industrieproduktion und nicht der Bereich der Vorproduktion.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Ihre Ideologie führt leider eben nicht dazu, Herr Rehbaum, dass sich dieses Land gut entwickelt, sondern sie führt dazu, dass dieses Land bei diesen wesentlichen Fragen nicht vorankommt; sie ist wirkungslos.

(Zuruf von der CDU)

Die Beschäftigungsverhältnisse entwickeln sich positiv in den Bereichen Dienstleistungen, Konsum und Staat. Nichts von alledem ist jedoch in Ihren Entfesselungspaketen angesprochen.

(Beifall von der SPD)

Dann sind Sie auf den Wohnungsmangel eingegangen. Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, dass Sie argumentieren, der Wohnungsmangel in Nordrhein-Westfalen sei darauf zurückzuführen, dass wir in diesem Land zu wenig Flächenbevorratung an allgemeiner Siedlungsfläche hätten.

Ich sage Ihnen: Der Wohnungsmangel in Nordrhein-Westfalen ergibt sich vor allem in den großen Städten und nicht in Albersloh, wie Sie das hier gerade deutlich gemacht haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Trend zur Urbanisierung wird sich nicht dadurch aufhalten lassen, dass Sie zusätzliche Flächen in kleinen und kleinsten Gemeinden ausweisen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Der Trend zur Urbanisierung wird sich aufhalten lassen, wenn in diesem Land endlich eine ordentliche Mobilität möglich ist,

(Beifall von der SPD)

die Menschen an ihren Arbeitsplatz gelangen, die Menschen sich in diesem Lande bewegen können. Darüber können wir uns hier gerne unterhalten.

(Zuruf von der CDU)

Er wird sich vor allem auch nicht an der Frage zusätzlicher Flächen entscheiden, sondern er wird sich vor allem an der Frage entscheiden, dass bereits als allgemeine Siedlungsgebiete ausgewiesene Flächen entsprechend erschlossen werden können. Das ist doch die gemeinsame Herausforderung, die wir haben. Das ist die kommunale Herausforderung, aber auch die auf Landesebene.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will drei konkrete Punkte ansprechen:

Das Fünf-Hektar-Ziel ist in der Tat der erste, der Erwähnung finden muss. Über Jahre hinweg sind die

CDU-Kollegen übers Land gezogen und haben das Fünf-Hektar-Ziel als wesentliches Entwicklungshemmnis hier im Lande Nordrhein-Westfalen gebrandmarkt.

In der Begründung steht drin, es solle gestrichen werden, weil es unwirksam sei.

Eines von beiden kann nur stimmen: Entweder es ist eine unwirksame Regelung, oder es hat die Entwicklung im Lande aufgehalten.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen sich entscheiden, was es sein soll.

Trotz aufwendiger Suche wollte Ihnen übrigens kaum ein Beispiel einfallen, an dem Sie das festmachen konnten, an dem Sie eine nicht stattgefundene Entwicklung aufgrund des Fünf-Hektar-Ziels festmachen konnten.

Wir bleiben bei unserem Bekenntnis zum Flächensparen, das Herr Rehbaum hier gerade wiederholt hat. Dieses Bekenntnis zu wiederholen, Herr Rehbaum, aber zwei Sätze vorher anzukündigen, dass man zusätzliche Flächen für Bau in Anspruch nehmen wolle, will für mich und meine Fraktion nicht zusammenpassen.

(Beifall von der SPD)

Die Frage ist doch: Wie können wir es schaffen, dass bereits gesellschaftlich überformte Flächen zusätzlich in den Flächenpool kommen, dass wir gerade in den großen Städten entsprechend vorankommen? Weiterentwicklung und Flexibilisierung wären die richtigen Antworten auf die Frage des Flächenziels gewesen, nicht die Streichung des Flächenziels.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Herr Kollege Herter, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Wollen Sie die zu lassen?

Marc Herter* (SPD): Sehr gerne.

Präsident André Kuper: Herr Kollege Bergmann, bitte.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Schönen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Herr Herter, können Sie sich noch daran erinnern – Sie waren in der letzten Legislaturperiode auch hier im Haus –, dass wir als CDU-Fraktion zum einen das Fünf-Hektar-Ziel und damit Ihren Wirtschaftsminister Duin durchaus unterstützt haben?

Können Sie sich auch erinnern, dass unmittelbar nach Beschluss dieses LEP 2016 Ihr Minister Mike Groschek dort am Rednerpult gesagt hat, das Fünf-

Hektar-Ziel sei nicht einzuhalten, weil wir allein in Nordrhein-Westfalen für den Wohnungsbau 10 bis 12 ha brauchen, um die Defizite in der Wohnungspolitik in den letzten Jahren aufzufangen – in Anbetracht der Tatsache, dass der Druck auf den Wohnungsmarkt so stark ist?

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Im Grunde genommen war damit Ihr Fünf-Hektar-Ziel als Mantra – durch dieses Rund hier getragen – schon selber kaputt geschlagen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Marc Herter* (SPD): Erst einmal finde ich es schön, dass Sie, Herr Bergmann, deutlich gemacht haben, dass die CDU-Fraktion das Fünf-Hektar-Ziel auch einmal mitgetragen hat. Das war auch richtig damals, so wie es heute richtig wäre.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüsse [GRÜNE])

In der Tat hat Mike Groschek von diesem Pult aus genau diesen Satz gesagt, den Sie erwähnt haben. Er hat gesagt, dass die 5 ha, die wir auf Neuf Flächen brauchen, weiteren 5 ha entsprechen müssten, die wir auf Altflächen zubauen.

(Beifall von der SPD)

Das war die Aussage von Mike Groschek. Er hat über die Frage von Geschosswohnungsbau, über die Frage von Nachverdichtung und über die Frage von kompakter Stadtentwicklung gesprochen.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Wenn wir also hier schon die Historie austauschen, Herr Bergmann, sollten wir den ehemaligen Minister nicht bewusst falsch zitieren in diesem Hause.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Das eigentliche Problem im Bereich des Wohnungsbaus und der allgemeinen Flächenentwicklung sind aber lange Genehmigungsverfahren.

Es ist die Frage von mangelnder Akzeptanz.

Es ist die Frage von Unsicherheit der entsprechenden Flächen, und es ist die Frage von Altflächen-Recycling.

Wenn wir uns diesen Fragen stellen würden, würden wir mehr für den Wohnungsbau und die Gewerbeflächenentwicklung tun, als wenn man einfach an dem Fünf-Hektar-Ziel herumdoktert.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

– Ja, das haben Sie alles angestoßen, das wird bloß nichts.

Der zweite Punkt ist die Frage der Abstandsflächen bei der Windkraft. Sie wollen natürlich überall entfesseln, nur machen Sie hier genau das Gegenteil: Sie fesseln eine ganze Branche an das Abstandsziel von 1,5 km.

Sie wissen genau – der Abgeordnete Hovenjürgen hat das dankenswerterweise in Südwestfalen in freundlicher Offenheit zum Ausdruck gebracht –, dass damit das Gegenteil von Planungssicherheit und Akzeptanz erzeugt wird, sondern zusätzliche Planungsunsicherheit, denn eigentlich handelt es sich um eine Bundesangelegenheit – dreifache Nabenhöhe. Das ist der Punkt, um den es hier geht.

Sie versuchen, die Gemüter zu beruhigen; das ist in Ordnung. Aber die Beruhigungsspielle, die Sie verteilen wollen, wird zu neuen Konflikten, zu weniger Akzeptanz und vor allem zu weniger Windkraftausbau in diesem Land führen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie meiner Deutung nicht den Vorzug geben wollen, was ich gut verstehen kann,

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

lassen Sie sich doch wenigstens vom BDEW – keine bekannte Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie – sagen, dass diese neue Regelung – 1,5 km Abstand – die Totalbremse für den Windkraftausbau in diesem Land ist, weil damit die Potenzialflächen – die Grünen haben es vorgestern erwähnt – deutlich reduziert werden, ohne dabei die Akzeptanz für Windkraft in diesem Land zu steigern.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Akzeptanz für Windkraft zu steigern heißt, mehr Planungssicherheit zu schaffen.

Akzeptanz für Windkraft zu steigern heißt, sich darüber zu unterhalten, ob man einen allgemeinen Deckel in Prozenten der Potenzialfläche einer entsprechenden Gebietskörperschaft obendrauf legt.

Wir müssen uns darüber unterhalten, dass Kommunen, die ohnehin schon mit vielen Windkraftanlagen eine hohe Verantwortung für die Energieversorgung dieses Landes übernehmen, eben nicht die Orte sein können, an denen weiterer Ausbau stattfindet.

Wir wissen, dass in anderen Kommunen, die sich dieser Herausforderung bisher noch nicht gestellt haben, ein entsprechender Nachbau von Windkraftanlagen dringend notwendig ist, damit wir unsere gemeinsamen Ziele, über die wir am Mittwoch gesprochen haben – Verdopplung der Windkraft in diesem Lande –, auch erreichen können.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Herr Rehbaum, Sie haben ja schon eine höhere Dialektik aufgebracht, als Sie über die Frage des Kiesabbaus am Niederrhein gesprochen haben. Da sind nicht nur Bürgerinitiativen auf dem Baum, sondern ganze Kommunen, die die alte Regelung erhalten wollen.

Doch Sie stellen sich hier und sagen das Gegenteil, dass die neue Regelung zu neuer Befriedung führen würde.

Meine Wahrnehmung – und übrigens auch die Wahrnehmung Ihrer Kollegen, die in der Region Verantwortung tragen – ist, dass Ihre neue Regelung die alten Wunden wieder aufgerissen hat, dass an dieser Stelle keine Befriedung eingetreten ist und Sie dafür verantwortlich sind, dass dort wieder alle gegeneinander laufen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das war fahrlässig.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Aber womit hat das etwas zu tun, Herr Brockes? – Planung ist beim RVR wie bei der Bezirksregierung staatliche Angelegenheit. RVR und Bezirksregierungen sind nachgeordnete Behörden Ihrer Landesregierung. Erzählen Sie, Herr Brockes, also nicht so einen Unsinn!

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie zu anderen Entscheidungen kommen wollen, ist das Angelegenheit Ihrer Landesregierung und nicht des RVR.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Der Punkt, auf den ich eigentlich hinauswollte, Herr Brockes: Es reicht eben nicht aus, ein Interesse eins zu eins in einen Landesentwicklungsplan zu schreiben, sondern bei einem Landesentwicklungsplan kommt es immer darauf an, den Ausgleich der Interessen in den Mittelpunkt zu stellen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist das Fahrlässige, was Sie an dieser Stelle versäumt haben. Damit haben Sie die zusätzlichen Proteste selbst produziert.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Mein Kollege Schneider hat anlässlich der Debatte im letzten Plenum darauf hingewiesen.

Der Umgang mit dem Faktor Boden – gestrichen –, Windenergiefesselung und Aufkündigung des Kieskonsenses am Niederrhein: Ich habe gesagt, dass wir im Ganzen mit der Richtung des Landesentwicklungsplans nicht konform gehen; diese drei De-

tails sind gute Gründe, die falschen Weichenstellungen, die an dieser Stelle gesetzt werden sollen, im Konkreten nicht mitzutragen.

Wenn wir uns endlich miteinander über Genehmigungsverfahren unterhalten würden, wären wir an Ihrer Seite. Am Rumdoktern an der Genehmigungsgrundlage, dem Streichen von sozialen und ökologischen Zielen aus dem Landesentwicklungsplan und einem Generalangriff auf die Akzeptanz von großflächigen Entwicklungen in diesem Land werden wir uns nicht beteiligen. Deshalb werden wir den Landesentwicklungsplan ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Freynick das Wort.

Jörn Freynick* (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Großer Wurf, richtige Richtung, deutliche Fortschritte, gut gelungen –

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

das sind Begriffe, mit denen Sachverständige aus ganz verschiedenen Bereichen in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses die Änderungen am LEP bewertet haben.

(Zuruf von der SPD)

Ich stelle das deswegen an den Anfang meiner Rede, weil die Opposition heute wieder versucht, ein Zerrbild der Realität zu zeichnen. Die Änderungen am LEP werden in ihrer Wirkung falsch eingeschätzt, den falschen Motiven zugeordnet und mit falschen Gegensätzen von Ökologie und Ökonomie verbunden. Das kann man als Opposition natürlich so machen. Aber dann ist es doch gut, wenn diejenigen, die von den Änderungen konkret betroffen sind, das anders sehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Ihre Geschichte von der übertriebenen Deregulierung und der vermeintlichen Polarisierung verschiedener wirtschaftlicher und ökologischer Interessen geht also nicht auf. Ich will ganz deutlich sagen: Wenn diese Änderungen gleich verabschiedet werden, ist das ein wichtiges und befreiendes Signal, das wir heute ins Land senden, weil sich endlich wieder etwas bewegen kann, und das ist dringend notwendig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

Jörn Freynick* (FDP): Vielleicht am Schluss.

Wir müssen uns doch mal die Ausgangslage anschauen. Wir haben einen geltenden Landesentwicklungsplan von der Vorgängerregierung, von SPD und Grünen, und da ist der Name das Einzige, in dem „Entwicklung“ vorkommt. Wenn wir an der Stelle von Entfesselung sprechen, ist das wirklich wörtlich zu nehmen. Denn die Entwicklung im Land war gefesselt. Sie war von einem Glauben an Detailsteuerung behindert. Dass man damit die Probleme unserer Zeit – Wohnungsnot, Sanierung der Infrastruktur, Arbeitsplatzsicherung – angehen kann, mögen höchstens Sie selbst glauben.

Bei unseren Änderungen nehmen wir diese Herausforderungen in den Blick. Wir nehmen zielgenaue Änderungen vor, die den Kommunen und den Unternehmen wieder mehr Entwicklungsmöglichkeiten geben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Und wir setzen auf Vertrauen. Wir setzen auf das Vertrauen der kommunalen und der Regionalebene, denen wir mehr Entscheidungsspielräume geben, weil wir darauf vertrauen, dass die Akteure vor Ort am besten um Chancen und mögliche Konflikte wissen und damit verantwortungsvoll umgehen werden. Dieses verantwortungsvolle Vorgehen kennzeichnet auch unsere Änderung.

In einem Industrieland, einem dicht besiedelten Land, einem wirtschaftlich und landschaftlich starken Land brauchen wir eine Balance. Landesplanung muss die Interessen der Menschen, die Aspekte des Umweltschutzes und die Wachstumschancen der Unternehmen miteinander verbinden. Genau dieser Interessenausgleich, meine Damen und Herren, gelingt mit den von uns genannten Änderungen.

(Beifall von der FDP)

Eine maß- und zügellose Absenkung von Planungsvorgaben, wie die Opposition das immer wieder behauptet, findet de facto nicht statt. Auch das wurde übrigens in der Anhörung bestätigt. Viele Sachverständige haben weitergehende Flexibilisierungen gefordert, die über unsere Maßnahmen hinausgehen. Das zeigt doch, dass wir hier mit Augenmaß – einer klugen Abwägung und einer maßvollen Änderung – vorgegangen sind.

Ich will noch einmal grundsätzlich werden. Wenn man diese Änderungen ablehnt, wenn man alles beim Status quo belassen will, wenn man Kommunen und Wirtschaft quasi auf dem jetzigen Stand einfrieren will, ist das eine für mich nicht nachvollziehbare, aber legitime politische Position. Aber dann muss man sich, liebe Kollegen von der SPD und von den Grünen, auch ehrlich machen. Am Ende hängt nämlich, wie so oft, alles mit allem zusammen.

Ja, fordern Sie heute, alles so zu belassen, wie es ist. – Aber dann beklagen Sie bitte morgen nicht die Wohnungsnot im Land, die dringend neue Bauprojekte und damit auch Flächen erfordert. Sagen Sie den Menschen, dass Sie das nicht wollen!

Ja, fordern Sie heute, keine Veränderungen vorzunehmen. – Aber dann beklagen Sie bitte morgen nicht, dass dringend in die Infrastruktur investiert werden muss, weil wir Brücken, Straßen, Radwege und den ÖPNV sanieren und ausbauen müssen, wofür wir natürlich auch Rohstoffe brauchen.

Ja, fordern Sie heute, den Status quo zu ehren. – Aber dann stellen Sie bitte nicht morgen Ihre Sorge um Arbeitsplätze und Wohlstand in den Raum, wofür die wir starke Unternehmen brauchen.

Machen Sie sich also bitte ehrlich! Und sagen Sie auch, was alles nicht geht, wenn man Stillstand statt Fortschritt will!

Wenn wir schon bei den Empfehlungen sind, hören Sie doch den Experten zu! Die geplanten Flexibilisierungen bei Wohnbau- und Gewerbeflächen sind von der breiten Mehrheit der Experten begrüßt worden. Die Wohnungsnot in vielen Städten und Gemeinden ist riesig. Hier ist klar, dass nur eine größere Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum die steigenden Mieten bremsen kann. Den Druck aus dem Kessel werden wir nur nehmen können, wenn mehr gebaut, nachverdichtet und ausgebaut wird.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dem ländlichen Raum geben wir Raum für eine bedarfsgerechte Entwicklungsmöglichkeit zurück. Insbesondere Ortsteile unter 2.000 Einwohnern können davon profitieren. Für uns ist klar: Der ländliche Raum ist kein Freilichtmuseum,

(Beifall von der FDP)

der gegenüber den urbanen Zentren unseres Landes vernachlässigt oder ausgespielt werden darf. Für diese Änderungen war, wie gesagt, die Zustimmung der Sachverständigen einhellig. Dass die Opposition das nicht explizit loben kann, kann ich verstehen. Aber die SPD tut das ja eigentlich indirekt.

Wenn man Ihren Entschließungsantrag liest, dann stellen Sie Ihre Zustimmung unter vier Vorbehalten, aber keiner davon bezieht sich auf die gerade angesprochenen Bereiche. Also halten wir fest, dass Sie diese Änderungen richtig finden. Danke dafür.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Interessenausgleich ist auch bei der Windenergie die entscheidende Vokabel. Wir wollen den Ausbau wieder in geordnete Bahnen lenken und die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner sowie des Umweltschutzes stärker berücksichtigen. Die Kritik der Opposition daran ist auch etwas zu schrill.

Daraus einen Feldzug gegen die Windenergie und gegen die erneuerbaren Energien abzulesen, geht völlig fehl,

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

zumal Sie sehr gut wissen, dass der neue LEP Verbesserungen bei KWK und Solarenergie vorsieht. Den Einbruch der Ausbauzahlen mit den jetzt geplanten Änderungen in Verbindung zu bringen, ist – mit Verlaub – schon recht dreist.

(Beifall von der FDP und Bodo Löttgen [CDU])

Tatsächlich – und das wissen Sie auch genau – geht der Einbruch auf ein falsches Ausschreibungsdesign auf Bundesebene zurück, das in allen Bundesländern zu einem massiven Ausbaurückgang geführt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, die Planänderungen sind, um einen der eingangs zitierten Begriffe aufzugreifen, tatsächlich ein deutlicher und bedeutsamer Fortschritt. Sie sind zielgenau, maßvoll und sie sind dringend nötig. Wir machen damit Entwicklung vom Ausnahme- wieder zum Regelfall, weil sich unser Land in Richtung Zukunft strecken will, weil wir mehr Wohnraum, eine zukunftsfeste Infrastruktur und sichere Arbeitsplätze brauchen, weil wir Entwicklung brauchen, um Fortschritt zu erreichen. In Nordrhein-Westfalen ist das ab heute wieder möglich. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. – Es gibt eine Kurzintervention aus den Reihen der SPD. Der Abgeordnete Schneider hat jetzt das Wort. Bitte.

René Schneider³⁾ (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Freynick, ich spreche Herrn Rehbaum gleich mit an, weil er leider keine Zwischenfragen, die ich dann hätte passend zum Thema stellen können, zugelassen hat, was ich sehr schade finde. Es ist Ihr gutes Recht, um Gottes Willen, zeugt aber aus meiner Sicht nicht von großem Selbstvertrauen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Christof Rasche [FDP]: Oberarrogante SPD! – Weitere Zurufe)

– Ja, ich muss mich für die Kollegen entschuldigen.

Herr Freynick, Sie haben hier nicht namentlich Kronzeugen benannt, die Ihren LEP-Entwurf so unglaublich klasse finden. Es gibt im Grunde genommen zu Ihren beiden Reden sehr viel zu sagen.

Ich hätte an der Stelle gerne gefragt, wie Sie es sich dann erklären können, dass der Landwirtschaftspräsident Bernhard Conzen da ganz anderer Meinung ist, und das ist nun wirklich keine Vorfeldorganisation

der Sozialdemokratie. Er hat – leider, wie ich finde, reichlich spät – in seinem Brief deutlich gemacht, dass das alles Quatsch ist und gestoppt werden muss. Ihnen zugute kommt, dass die Abstimmung mit allergrößter Mühe am allerletzten Tag vor den Sommerferien

(Daniel Sieveke [CDU]: Fragen!)

im Grunde genommen in das Sommerloch hineingeschoben werden sollte.

Bis heute ist aus meiner Sicht nicht geklärt, warum Sie – und das ist der Punkt – von 20 auf 25 Jahre gehen, denn das bedeutet 300 ha mehr Auskiesung am Niederrhein. Unter diese 300 ha, ich sage es noch einmal, fallen Wickrather Feld, Alpen-Bönnighardt, Millingen-Drüpt, nur um drei Hotspots zu nennen. Dann sind die Abgrabungskonferenzen, die Sie mit viel Tamtam als Nebelkerze hier gezündet haben,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben nichts getan, Herr Schneider!)

völlig unwirksam, weil schon jetzt Ihre Landesplanung deutlich gemacht hat, dass sie keine Flächentausche zulassen wird. Insofern, liebe FDP und liebe CDU, diese 300 ha gehören Ihnen alleine!

(Beifall von der SPD)

Jörn Freynick* (FDP): Erst einmal muss man festhalten, dass wir das vernünftig abgewogen haben, und zwar sehr intensiv, indem wir eine lange Anhörung dazu durchgeführt haben. Daran waren Sie genauso beteiligt wie alle anderen hier. Ich meine, dass wir da genau den richtigen Mittelweg gefunden haben. Es gab Experten, die gerne deutlich mehr gehabt hätten, die weiter gegangen wären.

(René Schneider [SPD]: Mehr als 25 Jahre?)

Das, was Sie jetzt zum Kiesabbau ansprechen, diese Debatte haben wir schon vor zwei Wochen hier in der Plenarsitzung geführt. Man muss einfach sagen, zum Schluss geht es um Rohstoffbedarfe, für die Sie die Regelungen getroffen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. – Für die Fraktion der Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen, dass wir heute mit dem Landesentwicklungsplan und mit Ihrem Vorhaben etwas auf der Tagesordnung haben, was Sie vor zwei Jahren verkündet haben. Bei dem, was Sie jetzt tun, kommen Sie meines Erachtens in einen argen Widerspruch zu dem, was Sie hier in den letzten Tagen und

Wochen immer wieder im Zusammenhang mit dem Kohlekompromiss und im Zusammenhang auch mit der sogenannten Energiestrategie verkünden.

Wenn wir uns das in Ruhe ansehen, Herr Ministerpräsident, dann wissen wir, dass Sie das Ziel unterschrieben und vereinbart haben, im Jahr 2030 65 % des Stroms mit erneuerbaren Energien hier tatsächlich zu produzieren.

Was Sie heute machen, ist das krasse Gegenteil. Sie gehen hin und wollen mit einer 1.500-Meter-Abstandsregelung, die im Übrigen im Widerspruch zum Baugesetzbuch steht, also zum höherrangigen Recht, schlicht und einfach die Kommunen und Investoren verunsichern. Diese Strategie ist Ihnen auch schon gelungen. Wie wir an den Zulassungszahlen sehen, sind diese dramatisch zurückgegangen.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch, Herr Ministerpräsident.

(Erneut Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Sie können sich ja als Abgeordneter hinsetzen und eine Zwischenfrage stellen. Das ist kein Quatsch!

Mit dieser Strategie – das haben Ihnen die kommunalen Spitzenverbände gesagt, das haben Ihnen alle Experten gesagt – begehen Sie faktisch krassen Rechtsbruch, und Sie setzen darauf, dass es Jahre dauert, bis das vom OVG festgestellt ist, und bis dahin ist es Ihnen egal. Das ist das, was Sie hier machen: Sie begehen Rechtsbruch, und Sie wollen die Windkraft behindern, obwohl Sie „65 %“ unterschrieben haben und hier immer anmahnen,

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Unsinn!)

dass alle zu dem Kompromiss stehen. Sie stehen selber nicht zu diesem Kompromiss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Herr Abgeordneter Becker, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie sie zu?

Horst Becker (GRÜNE): Ja klar.

Präsident André Kuper: Kollege Löttgen.

Bodo Löttgen* (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident – und Herr Becker, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade behauptet, Herr Becker, die Zahlen der Zulassungen würden zurückgehen, und in Nordrhein-Westfalen würde ja ...

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Er weiß das!)

– Natürlich weiß er das. Ich wollte es ihm nur noch mal sagen, dass es nicht stimmt. – Ist Ihnen bekannt, Herr Becker, dass im Bundesland Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr des Jahres 2019 mehr Anlagen in Betrieb gegangen sind als in Bayern, Thüringen, Baden-Württemberg und Hessen zusammen genommen. Ist Ihnen das bekannt?

(Beifall von der CDU)

Horst Becker (GRÜNE): Herr Kollege Löttgen, mir ist bekannt, dass Genehmigungsverfahren in der Regel eine ganze Reihe von Jahren dauern.

(Marc Herter [SPD]: So ist das!)

Sie wissen ganz genau, was jetzt in Betrieb gegangen ist. Sie haben gesagt, welche Anlagen in Betrieb gegangen sind.

(Marc Herter [SPD]: Genau!)

Sie wissen ganz genau, dass das, was in der Zeit dieser Landesregierung, die jetzt regiert, in Betrieb gegangen ist,

(Bodo Löttgen [CDU]: Das passt zu Ihrer Behauptung, ...!)

zu nahezu 100 % genehmigt worden ist in der Zeit der rot-grünen Landesregierung,

(Beifall von den GRÜNEN – Bodo Löttgen [CDU]: Sie sagen hier die Unwahrheit!)

und das, was jetzt bzw. in der Zukunft in Betrieb gehen wird, teilweise auch noch!

Aber Tatsache ist auch, dass neben den beschriebenen Umständen der Bundesregelung Ihre Regelung vom 1.500 m – das haben Ihnen die kommunalen Spitzenverbände und die Fachverbände ins Stammbuch geschrieben – heute schon für eine große Verunsicherung sorgt. Dass diese 1.500 m eine Bremse sind für den Ausbau der Windenergie hier im Land, das ist die Tatsache!

(Beifall von den GRÜNEN – Bodo Löttgen [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Ja, selbstverständlich glaube ich das. – Schauen Sie doch mal in die Protokolle. Ihre Landesregierung ist angetreten – das mache ich in der Antwort gern noch mal deutlich – und hat gesagt: Zuhören, nachdenken, entscheiden. – Sie hören weder zu noch denken Sie nach. Sie entscheiden nur. Das ist der Punkt, meine Damen und Herren.

(Bodo Löttgen [CDU]: Noch nicht einmal das können Sie: entscheiden! Noch nicht einmal das können Sie!)

Nachdenken und Zuhören wären angesagt und nicht mit dem Kopf durch die Wand, Herr Kollege Löttgen!

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das machen Sie: mit dem Kopf durch die Wand aus ideologischen Gründen.

(Unruhe – Glocke)

Sie sind in dieser Frage im Übrigen eine Koalition des Rechtsbruches, weil Sie sich auch gegen das Bundesbaugesetz und die Privilegierung stellen. Das ist die Tatsache: eine Koalition des Rechtsbruches.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist aber nicht nur energiepolitisch verheerend, was Sie machen, es ist auch eine Wertschöpfungsfrage. Sie verhindern Wertschöpfung in diesem Land, Sie vergehen sich an den gesamten Zulieferbetrieben, Sie vergehen sich an denjenigen, die produzieren. Das ist schädlich, weil es am Ende, ähnlich wie es früher bei der Solarenergie und bei der Photovoltaik war – da waren es nämlich auch FDP-Minister, Herr Pinkwart –, dazu führt, dass eine Energieform und eine Industrieproduktion kaputt gemacht wird, die unser Land braucht. Das ist schädlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben diese Woche eine Energiestrategie vorgestellt. Sie haben gesagt, dass Sie diese Ziele haben, aber Sie bleiben im Unverbindlichen bis auf eine Stelle. Sie betonen, NRW sei Energieimportland und werde auch in zehn und in zwanzig Jahren noch Energieimportland bleiben müssen.

Sie verschweigen aber, dass das mit Ihrer Politik zu tun hat. Sie verschweigen aber, dass Sie den Weg gehen, das genau so zu behalten. Sie gehen damit nicht nur das Risiko für Nordrhein-Westfalen ein, Sie gehen damit das Risiko ein, dass die ganze Bundesrepublik ihre Klimaziele verfehlt.

Deswegen sage ich Ihnen: Kehren Sie um, reden Sie nicht nur von Entfesselung, sondern machen Sie auch tatsächlich mal Entfesselung an der richtigen Stelle und nicht an der falschen! Das ist das, was wir von Ihnen erwarten. Kommen Sie in der Wirklichkeit an, verabschieden Sie sich von Ihren Wahlkampfversprechen und tun Sie endlich was für dieses Land!

(Beifall von den GRÜNEN und René Schneider [SPD])

Meine Damen und Herren, ich habe eben mit Interesse zur Kenntnis genommen, was Herr Rehbaum gesagt hat. Es ist wieder einmal der Versuch, alles im Nebel zu verstecken.

(Marc Herter [SPD]: So ist das!)

Am Niederrhein, Herr Rehbaum, wehren sich CDU-Kreisverbände, wehren sich CDU-Ortsverbände zusammen mit anderen dagegen, dass der Niederrhein in einem immensen Ausmaß weiter ausgekiest wird.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das sind doch alles Ihre Wähler!)

Sie sagen „Das war schon zu viel“, wobei ich Ihnen sogar recht geben würde. Das hätte man noch mehr einschränken müssen. Das haben wir damals nicht hinbekommen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wenn Sie sagen „Das ist zu viel“, dann können Sie nicht die Schleusen weiter öffnen durch Versorgungszeiträume von 25 Jahren durch den Wegfall der obligatorischen Konzentrationszonen, ohne etwas zu tun für eine bessere Bedarfsermittlung, als sie heute tatsächlich erfolgt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind die Fakten.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Sie haben das doch gewollt! Sie waren das!

Das verlangen alle CDU-Verbände vor Ort von Ihnen, und Sie stellen sich hierhin und öffnen diese Schleusen jetzt massiv, Herr Kollege.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Es war Ihre Regierung, Herr Becker! Sie waren das!)

Sie öffnen diese Schleusen jetzt massiv. Deswegen regen sich die Leute über Ihre Änderungen des Landesentwicklungsplans auf, nicht über unsere.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Sie waren das, Herr Becker!)

Die protestieren gegen Sie, nicht gegen uns. Sie müssen sich mal mit denen unterhalten.

Präsident André Kuper: Herr Kollege Becker, es gibt den weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Horst Becker (GRÜNE): Ja, selbstverständlich. Ich warte auf jede Vorlage, und bei Herrn Hovenjürgen bin ich sicher, dass eine kommt.

Josef Hovenjürgen (CDU): Lieber Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Becker, danke, dass Sie die Frage zulassen. – Wenn Sie jetzt die Auskiesungssituationen im Kreis Wesel und im Bereich Kleve so beschreiben, wie Sie sie beschreiben, wissen Sie doch, dass die Regionalplanung für diesen Bereich zuständig ist.

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass der dortige grüne Planungsdezernent sich weigert, mit der Kiesindustrie und mit den Menschen vor Ort in einem Dialog über die Notwendigkeit von Ausweisung von Flächen zu reden, und erst recht nicht bereit ist, die Berücksichtigung derer in Kauf zu nehmen bzw. zu akzeptieren,

(Michael Hübner [SPD]: Wo ist denn die Frage? Frage, Josef!)

die dort vor Ort wohnen und gemeinsam handeln wollen, sondern verhindert, dass es zu einem Kompromiss kommt?

(Beifall von der CDU)

Horst Becker (GRÜNE): Herr Abgeordneter Hovenjürgen, zunächst einmal: Ich wusste, dass ich auf Sie setzen kann.

(Heiterkeit und Zuruf von Marc Herter [SPD])

Deswegen war ich froh, dass Sie diese Zwischenfrage gestellt haben. Ich habe heute Morgen fast darauf gewettet. Ich antworte Ihnen selbstverständlich gern darauf. Zunächst einmal: Sie sind Mitglied der Regionalversammlung des RVR.

(Michael Hübner [SPD]: Vorsitzender der Verbandsversammlung, Herr Kollege!)

Insofern könnten Sie sicherlich alles das tun, was Sie hier beschreiben.

Ich will Ihnen mal sagen, warum das trotzdem nicht zutrifft. Der Landesentwicklungsplan setzt den rechtlichen Rahmen, und der rechtliche Rahmen wird gerade ausgeweitet durch die Verlängerung der Versorgungszeiträume. Das ist massiv; ausgerechnet ist, dass das allein 300 ha ausmacht. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nein, das weiß ich nicht! Das ist falsch! Es geht um Mengen, und die sind nicht ermittelt! Das wissen Sie!)

Das Zweite ist: Es wird massiv ausgeweitet durch den Wegfall der obligatorischen ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist falsch! Es geht um Mengen, und die sind nicht ermittelt! Das wissen Sie!)

– Sie müssen auch mal zuhören, wenn Sie eine Frage stellen. Sie können ja noch eine Frage stellen. Dann antworte ich Ihnen darauf auch.

Also: Es wird auch massiv ausgeweitet durch den Wegfall der obligatorischen Konzentrationszonen. Insofern ist eine Abgrabungskonferenz – das ist ja das, was Sie meinen; Sie beziehen sich immer beispielsweise auf den Regionalrat Köln – das völlig falsche Instrument. Um das auszugleichen, ...

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Nun hören Sie doch mal zu. Menschenskind! Sie wollten doch eine Antwort haben. Oder wollen Sie die gar nicht?

(Michael Hübner [SPD]: Das ist doch eine reine Behauptung und keine Frage, was er gestellt hat! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Eben, die kriegen Sie ja:

Die Abgrabungskonferenz kann den Druck, den Sie zulassen, nicht von den Firmen, die auskiesen wollen, wegmoderieren. Das geht nicht.

(Zuruf von Charlotte Quik [CDU])

Sie kann das lediglich in einem engen Rahmen moderieren. Sie aber weiten den Rahmen, und Sie sorgen dafür, dass vor Ort überhaupt keine Möglichkeiten mehr bestehen.

Es beschließt ja nicht der Planungsdezernent, sondern es beschließt der RVR, die Regionalversammlung. Wenn Sie behaupten, dass die Möglichkeiten bestehen, dass also nicht zutrifft, was ich sage, dann müssten Sie als Mitglied des RVR Ihrer eigenen Logik nach selbst dafür sorgen, dass das nicht passiert.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Hovenjürgen, ich sage voraus, dass Sie an dieser Aufgabe scheitern werden. Die Menschen werden nächstes Jahr bei der Kommunalwahl sehen, dass es politische Hochstapelei war, was Sie heute im Zusammenhang mit der Abgrabungskonferenz verbreiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle herrscht nichts anderes als entfesselte Ideologie, und ich weiß auch warum: Die Nähe der FDP zu den auskiesenden Firmen war in den letzten Jahren massiv. Sie war auch schon in der vorigen Wahlperiode und auch schon in der Zeit der schwarz-gelben Koalition 2005 bis 2010 massiv.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh! – Dietmar Brockes [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Sie von der CDU werden sich damit auseinandersetzen müssen, dass es vor Ort brennt.

Lassen Sie mich noch zu dem 5-Hektar-Ziel kommen. Ich habe mit größtem Amusement Ihre Behauptung zur Kenntnis genommen, die Menschen zögen in die Städte wegen des 5-Hektar-Grundsatzes.

(Marc Herter [SPD]: Genau!)

Ich habe das bisher immer anders wahrgenommen, auch in Bezug auf den ländlichen Raum. Die ländlichen Räume sind nämlich sehr verschieden. Es gibt ländliche Räume, in denen Wohnungsleerstände in Höhe von 10 % vorliegen. Es ist geht doch nicht so, dass Sie Flächen ausweisen und dann die Menschen dorthin ziehen werden, sondern Sie müssen die Infrastruktur dorthin bringen.

(Marc Herter [SPD]: So ist das!)

Sie müssen sich überlegen, was Sie zum Beispiel für mobile Läden, für die Ärzteversorgung und all diese Fragen tun können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dazu sehe und höre ich nichts.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Ihr Staatssekretär hat gesagt – ich habe es mir soeben noch einmal auf dem Mitschnitt angehört –: Wir in Nordrhein-Westfalen brauchen deutlich mehr als das Raumordnungsgesetz uns eigentlich anteilsweise lassen würde. Wir brauchen täglich 8 bis 10 ha. – Das ist eine Wahnsinnsnummer, und deswegen protestieren auch beide Landwirtschaftsverbände – das sind keine Vorfeldorganisationen der Grünen, Herr Löttgen – in diesen Tagen schriftlich erneut gegen Ihre Politik zum LEP. Sie protestieren zu Recht, sie protestieren nämlich, weil ihnen auch aufgrund Ihrer Politik die Pachtpreise weglaufen.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Wider besseres Wissen!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Becker. – Das nächste Wort richtet an das Parlament Herr Beckamp für die AfD-Fraktion.

Roger Beckamp (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben einen großen Rundumschlag in jede beim Landesentwicklungsplan relevante Richtung gehört – ein großes Thema mit Tausenden von Seiten.

Grundsätzlich geht es darum: Die Koalition möchte ein paar Vereinfachungen und leichtere Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen des neuen Landesentwicklungsplans gerade auch in den Bereichen „Bauen“ sowie „Rohstoffe und Baustoffe“ durchsetzen. Unserer Ansicht nach ist das durchaus weitgehend gelungen. Es entstehen damit mehr Möglichkeiten für die Wohnbauentwicklung, und das halten wir für sinnvoll.

Deswegen möchte ich mich auf einen Detailaspekt beschränken, den wir schon einmal im Ausschuss angesprochen haben – ein Aspekt, den Sie nicht berücksichtigt haben, obwohl wir mehrfach darauf hingewiesen haben und auch Tausende Bürger betroffen sind. Letztere scheinen Ihnen aber – warum auch immer – egal zu sein.

Es geht um – und das ist keine Bagatelle – Ziel 2-3 „Siedlungsraum und Freiraum“ und um die dort behandelten Ferien- und Wochenendhausgebiete. Davon gibt es in NRW etwa 300 Gebiete, die de facto aber keine Ferien- und Wochenendhausgebiete mehr sind, sondern bei denen häufig das dauerhafte Woh-

nen eingetreten ist, was auch hingenommen und teilweise sogar von den Kommunen gefördert worden ist.

Diesen Zustand wollen wir legalisieren bzw. heilen, und das kann man ganz wunderbar, indem man den LEP entsprechend anpasst. Uns geht es nicht darum, alle 300 Ferien- und Wochenendhausgebiete komplett in legales Dauerwohnen zu überführen, sondern darum, den Gemeinden das Recht zu geben, dies vor Ort selbst zu entscheiden. Das nennt sich kommunale Selbstverwaltung. Damit entstehen Handlungsmöglichkeiten vor Ort – das Hohelied der Subsidiarität, das hier immer besungen, aber nicht gelebt wird. Es wäre eine wunderbare Entscheidung, bauplanungsrechtliche Verfahren vor Ort zur Klärung freizugeben.

Das wollen Sie aber mit der Verordnung zum LEP ausdrücklich verhindern. Sie haben jetzt noch die Möglichkeit, Wohnungslosigkeit per Verordnung zu vermeiden, indem Sie die Änderung, die wir vorgeschlagen haben, umsetzen. Ansonsten würde es weitergehen wie bisher: Es würden Ordnungsverfügungen mit Bußgeldern verschickt, was auch schon passiert ist: Zahlen Sie bitte 5.000 Euro, weil Sie dort wohnen. – Auch der Lösungsvorschlag der Ministerin Scharrenbach, das Melderecht entsprechend anzupassen, ist keine Lösung. Im Gegenteil: Damit würde es noch problematischer werden.

Insofern appelliere ich an Sie, auch die berechtigten Interessen der Bürger zu berücksichtigen – auch wenn an Ihren Änderungen vieles richtig ist. Die SPD will zurück zum alten, schlechten LEP, und auch die Grünen wollen zurück zum alten, schlechten LEP, nur noch schlimmer. – Ihre Veränderungen am LEP sind durchaus sinnvoll, aber an manchen Stellen noch unvollständig. Wir appellieren an Sie: Machen Sie es vollständig! Machen Sie es besser! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Beckamp. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich gleich zu Beginn mit einer guten Nachricht für Nordrhein-Westfalen beginnen, bevor ich auf die besonderen Herausforderungen für unser Land eingehe.

Entgegen früherer Projektionen gehen wir nach jüngsten Vorausberechnungen davon aus, dass unser Bundesland im kommenden Jahrzehnt und in Teilen auch in den 30er-Jahren, weiter wächst. Wir werden die 18-Millionen-Einwohner-Marke in den

nächsten fünf Jahren knacken. Damit stellen sich aber auch wachsende Anforderungen an guten und bezahlbaren Wohnraum, attraktive Arbeitsplätze und gleichwertige Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen in Stadt und Land.

(Marc Herter [SPD]: Exakt!)

In all diesen zentralen Fragen der Landesentwicklung begegnen wir schon seit Jahren erheblichen Unzulänglichkeiten und Spannungen.

Die Land-Stadt- sowie die Nord-Süd-Wanderung haben auch bei uns erheblich zugenommen mit der Folge, dass die Pendlerströme weiter zunehmen und sich die Wohnungssituationen in den Innenstädten deutlich verschärft hat.

Hinzu kommt, dass in den Städten Nordrhein-Westfalens aufgrund unterdurchschnittlicher wirtschaftlicher Entwicklung in den Jahren von 2010 bis 2017, lieber Herr Herter, eine im Vergleich zu anderen westdeutschen Ländern erhebliche Lücke von rund 160.000 Arbeitsplätzen klafft. Nordrhein-Westfalen ist um 0,82 Prozentpunkte pro Jahr weniger gewachsen als der Bundesdurchschnitt. Das bedeutet, dass wir 160.000 Arbeitsplätze zu wenig haben.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Das führt dazu, dass wir bei der Arbeitslosenquote trotz der Gott sei Dank rückläufigen Arbeitslosigkeit immer noch um 1,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Dazu hat auch ein erheblicher Braindrain beigetragen, den wir in den letzten Jahren erlebt haben – auch durch Absolventinnen und Absolventen, die unsere Hochschulen verlassen und sich direkt in Richtung Süddeutschland auf den Weg gemacht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, um diese Ungleichgewichte zu überwinden, für Menschen bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und gleichwertige Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land zu ermöglichen, müssen wir sowohl dem ländlichen Raum als auch unseren Städten bessere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die von der Vorgängerregierung erst nach langen Geburtswehen geschaffene Landesentwicklungsplanung bietet dafür keine geeigneten Voraussetzungen. Vielmehr weist sie erhebliche Widersprüchlichkeiten auf und verschärft die Probleme für Mensch und Umwelt, statt sie zu lösen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ortschaften mit weniger als 2.000 Einwohnern wurde die Möglichkeit verwehrt, durch Schaffung geeigneter Wohn- und Gewerbeflächen den Menschen vor Ort eine attraktive Perspektive für ortsnahes Wohnen und Arbeiten – wobei ich früher in Programmen der

Grünen immer gerne gelesen habe, dass man dies anstreben sollte – zu sichern.

Lange die Umwelt und das Klima belastende Pendlerverkehre oder die Flucht in die Städte – mit allen negativen Effekten für Wohnen und Arbeiten in den Städten – sind die Folge, die wir tagein, tagaus in Nordrhein-Westfalen beklagen müssen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Mit dem neuen LEP können gewerbliche Betriebe in kleineren Ortsteilen, aber auch im Freiraum angemessen erweitert und durch Betriebsnachfolger als wichtige örtliche Arbeitgeber gehalten werden. Dies wird von den Städten und Gemeinden ausdrücklich begrüßt, lieber Herr Becker. Das ist von den Spitzenverbänden in der Anhörung deutlich gemacht worden.

Wenn Sie sich einmal die Wachstumsraten und die Arbeitslosigkeit anschauen, sehen Sie, dass der ländliche Raum das Rückgrat für Nordrhein-Westfalen ist. Lassen Sie es uns doch nicht schwächen, sondern stärken in dieser Phase der Umbrüche, die wir erleben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dabei handelt es sich um Umbrüche, die wir hier gestern und vorgestern diskutiert haben und hinsichtlich derer wir uns bezogen auf den Klimaschutz einig sind, dass wir sie uns zumuten müssen und die Menschen mitnehmen müssen, obwohl sie uns vor riesige Herausforderungen stellen. Wir sollten uns doch nicht da schwächer machen, wo wir stärker sein könnten und müssen, damit wir diese Herausforderungen für die Menschen im Land verantwortungsvoll bewältigen können.

Allerdings wurde im LEP bislang billigend ein ungebremster Ausbau der Windkraft im ländlichen Raum in Kauf genommen – mit der Folge eines massiven Verlustes an Wohn- und Lebensqualität sowie erheblichen Belastungen für die Umwelt, wie dies insbesondere im Paderborner Land zu beklagen ist. Ohne unsere Korrektur, nämlich die Einführung eines Abstandes von 1.500 m zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten, würde dies auch in anderen ländlich geprägten Räumen ganz massiv stattfinden.

Herr Becker, Sie können sich ja einmal mit den Menschen im Paderborner Land unterhalten.

(Zuruf von der CDU: Das will er gar nicht!)

Sie können sich ja einmal ansehen, wie dort ein Stück weit Heimat verloren geht, weil es überzogen wird. Das ist doch das Problem.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es geht doch nicht gegen die Windkraft, sondern darum, dass wir die Dinge mit Maß und Mitte machen.

Im Aachener Wald, der jetzt geopfert wird, sind es Ihre Naturschutzverbände – die Sie sonst immer vertreten –, die am meisten gegen Windkraft demonstrieren. Demnächst passiert es uns noch, dass Sie, wie unlängst beim Hambacher Forst geschehen, auch noch gegen die Windkraftanlagen demonstrieren, die Sie vorher in Ihrer Regierungszeit selbst auf den Weg gebracht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hierzu wird auch, um die Akzeptanz zu sichern, die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald nicht mehr privilegiert, kann aber in Ausnahmefällen noch erlaubt werden.

Die neuen Regelungen sind damit vor allem auch ein Beitrag zur nachhaltigen Akzeptanzsicherung für die sich bundesweit in der Kritik befindliche Windkraft, die wir wiederum dringend brauchen, um die Erneuerbaren insgesamt stärker ausbauen zu können.

Wir streben mit einer Verdopplung der Ausbauziele bei der Windenergie bis 2030 ambitionierte Ziele an. Das haben wir hier am Mittwoch beraten können. Dies soll unter anderem über verstärktes Repowering von Anlagen erreicht werden, für das weiterhin die bisherigen emissionsschutzrechtlichen Vorgaben gelten; denn hier können wenige neue und moderne Anlagen viele alte Anlagen ersetzen.

Bei der Solarenergienutzung im Freiraum setzen wir positive Akzente und stellen die Möglichkeiten für die Solarenergienutzung auf Brachen und baulich geprägten Konversionsflächen in den Mittelpunkt. Dazu gehören auch die Baggerseen sowie zukünftig die Tagebaurestseen im Rheinischen Revier.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Die in den letzten Jahren immer effizienter und billiger gewordenen Anlagen bieten die Chance, schon mit kleinen Flächenanteilen hohe und kostengünstige Stromerträge zu erzielen. Dies dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch der ökonomischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen auf dem Land und in der Stadt.

Beides – Windenergieausbau insbesondere durch Repowering und Ausbau der Solarenergie auf vorbelasteten Flächen im Freiraum, begleitet durch unsere PV-Offensive im bebauten Bereich – sind notwendige Begleitung und Voraussetzung für unseren Kohleausstieg. Dafür streben wir ein starkes Wachstum bei Windenergie und Photovoltaik an. Die vorhandene installierte Leistung soll bis 2030 auf 10,5 GW Wind und 11,5 GW Photovoltaik verdoppelt werden.

Das heißt: Während in den letzten sieben Jahren unter Rot-Grün zusätzlich 5 GW Kapazität an Erneuerbaren aufgebaut wurde, streben wir in den kommenden zehn Jahren eine zusätzliche Kapazität von 11 GW erneuerbare Energie an.

Damit würde sich die Strommenge aus Windenergie- und PV-Anlagen bis 2030 auf rund 30 TWh verdoppeln. Im Ergebnis soll im Jahr 2030 in Nordrhein-Westfalen schätzungsweise jede dritte erzeugte Kilowattstunde aus erneuerbaren Energiequellen stammen.

Herr Becker, Sie haben das hier ja vollmundig in Abrede gestellt.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Sie haben behauptet, das Gegenteil zeichne sich ab. Der Ministerpräsident hat Sie ermahnt, dem Parlament doch Fakten und nicht Ihre Wunschdaten zu liefern.

Schauen Sie sich bitte einmal an, wie die Daten wirklich lauten, und zwar die Daten der Bundesnetzagentur in der Auswertung der Fachagentur Windenergie an Land, die pro Windenergie ist – Herr Becker, ich weiß; Sie müssen jetzt aufstehen –, Stand 26. April 2019. Schauen Sie sich den Bericht genau an.

Und dann schauen Sie sich einmal die Genehmigungen im Jahre 2019 an. Ich rede nicht von den Genehmigungen im Jahre 2017, sondern von den neuen Genehmigungen im Jahre 2019.

(Beifall von der CDU und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Schauen Sie sich an. Wir haben unseren Winderlass – 1.500 m – schon im Mai 2018 auf den Weg gebracht. Jetzt schauen Sie sich einmal in diesem Kontext die Zahlen der Genehmigungen an. Dann sehen Sie: In Baden-Württemberg – ich habe in Erinnerung, dass Sie dort den Ministerpräsidenten stellen – gab es vier neue Anlagen. In Hessen – da sind Sie, glaube ich, auch irgendwie in der Regierung; man hört wenig; Sie sind aber daran beteiligt – gab es eine Windkraftanlage. Das ist bemerkenswert.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

In Rheinland-Pfalz, wo Sie auch beteiligt sind – auch die FDP und die SPD – gibt es immerhin schon sechs. In Schleswig-Holstein mit CDU, FDP und Grünen gibt es immerhin schon sieben; in Schleswig-Holstein, wo der Wind eigentlich kräftig weht. In Sachsen wurde auch noch eine genehmigt.

In diesen fünf Ländern sind es also – toll! – zusammen 19 Anlagen. Wissen Sie, wie viele Anlagen in dieser Zeit allein in Nordrhein-Westfalen genehmigt worden sind, obwohl Sie behauptet haben, dass gar nichts mehr gehe? Die doppelte Anzahl: 38 Anlagen!

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Es sind doppelt so viele wie in diesen fünf Ländern zusammen. Hören Sie doch auf, uns für dumm zu verkaufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zurück zum Landesentwicklungsplan: Ebenso sind die Vorgaben bei der Flächennutzung an die Realitäten anzupassen. Einerseits enthält der bisherige LEP einen Bezug auf die Größe unseres Landes, den enormen Nachholbedarf hinsichtlich sicherer Arbeitsplätze – ich habe das gerade ausgeführt – und im Vergleich zu den anderen großen Bundesländern ein extrem enges, von Ihnen vorgegebenes Korsett von 5 ha.

Ich will Ihnen nur einmal den Vergleich darstellen. Bayern hat im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen rund 30 % weniger Einwohner, verbraucht aber täglich 130 % mehr Fläche, als Sie es für Nordrhein-Westfalen vorgegeben haben. Das sage ich nur, damit wir einmal einordnen, worüber wir sprechen und welche Denkverbote Sie sich selbst gesetzt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bemerkenswert ist auch: In demselben von Ihnen beschlossenen Landesentwicklungsplan werden andererseits für landesbedeutsame Ansiedlungen Flächenverbräuche von 80 ha als Mindestgröße vorausgesetzt. Das ist dann wieder beachtlich.

Beides passt aber längst nicht mehr in eine ebenso dynamische wie umweltgerechte Landesentwicklung mit nachhaltig sparsamem Flächenverbrauch.

So war für uns jetzt bei der Ansiedlung der dem Klimaschutz dienenden Batteriezellenforschungsfabrik von entscheidender Bedeutung, dass wir schnell eine 20 ha große Fläche für die Forschungsfabrik in Münster sowie weitere Flächen in Ibbenbüren für die Recyclingforschung in Aussicht stellen konnten, ohne abwarten zu müssen, bis andere frei werdende Industriebrachen wiederhergestellt sind, wofür regelmäßig viele Jahre benötigt werden.

Gleichsam hätte die Vorgängerregierung HARIBO nicht nach Rheinland-Pfalz ziehen lassen müssen, sondern stattdessen in Euskirchen ansiedeln können,

(Beifall von der CDU und der FDP)

wenn man sich mit weniger als den für landesbedeutsame Flächen bislang vorgegebenen 80 ha zufriedengegeben hätte. – Es wäre übrigens nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern, wie ich weiß, auch für HARIBO besser gewesen. Aber das nur am Rande.

Wir machen nun mit der Absenkung der Vorgabe auf 50 ha den Weg für nachhaltige Lösungen frei.

Gleichzeitig arbeitet meine geschätzte Kollegin Frau Heinen-Esser für die Landesregierung an Vorschlägen, um kluge Anreize für einen sparsamen Flächenverbrauch vorzusehen. Dies hilft Mensch und Umwelt – durch die flexible Nutzung von Chancen für Arbeit dann, wenn sie sich bieten, und durch einen sparsamen Umgang mit Umwelt und Natur.

Gleiches gilt für den längeren Planungshorizont für die Bereitstellung von Baustoffen. Wiederholt ringt der Landtag um bessere Bedingungen am Wohnungsmarkt. Benötigt wird mehr und energetisch effizienter sowie zugleich bezahlbarer Wohnraum. Kommen die dafür notwendigen Baustoffe nicht aus unserer Region, müssen sie über weite Entfernungen – etwa aus Mittel- und Osteuropa – antransportiert werden. Dies gilt auch für unsere niederländischen Nachbarn. Das macht aber das Bauen teurer und belastet unser Klima mehr.

Auch hier ist eine Regelung mit Maß und Mitte und mit verbindlichen Moderationsverfahren einer den Flächenverbrauch begrenzenden vorrangigen Ausschöpfung vorhandener Gruben überlegen. Genau darauf haben wir uns hier verständigt, und das wollen wir umsetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der neue LEP – das habe ich bei Herrn Herter gerade vermisst, muss ich ganz ehrlich sagen – ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Er kommt ja noch mal dran!)

– Ja, er kommt noch mal dran.

... dient dem zur schnelleren Erreichung der Klimaziele notwendigen Strukturwandel im Rheinischen Revier.

(Zuruf von René Schneider [SPD])

Wir unterstützen in dem LEP mit einem neuen Grundsatz die regionale Zusammenarbeit, die Konzeptentwicklung und die Flächenbereitstellung in dieser Region. Das hilft, Strukturbrüche zu vermeiden, und fügt sich in die zahlreichen weiteren Aktivitäten der Landesregierung für das Rheinische Revier wie auch für die Steinkohlekraftwerksstandorte im Ruhrgebiet ein.

Es ist unser Ziel, den Rhein-Ruhr-Raum zur Innovationsregion für die Energieversorgung der Zukunft sowie eine klimaneutrale Industrie zu entwickeln.

Herr Herter, ich möchte Ihnen mit Blick auf die heutige Ausgabe der „WAZ“ auch noch etwas sagen. Sie werfen uns irgendwelche Entfesselungen, „Privat vor Staat“ usw. vor.

(Marc Herter [SPD]: Ja, jetzt bin ich gespannt!)

Diese Arie kennen wir ja. Würdigen Sie doch einmal, was heute in der „WAZ“ steht. BP arbeitet mit uns im Rahmen des Entfesselungspaketes III zusammen. Es geht darum, wie wir Genehmigungen am Standort Nordrhein-Westfalen beschleunigen können – so, wie es uns jetzt mit Lanxess gelungen ist; da haben wir von 20 Monaten auf 12 Monate reduziert. Wir sind in engen Abstimmungen mit BP – übrigens nicht nur mit den Vorständen. Ich habe jüngst vor 100 Betriebsräten gesprochen, die sehr interessiert daran sind, wie sich Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt,

und die dankbar sind, dass wir einer solchen Branche, die einen tief greifenden Umbauprozess vollzieht, um klimaneutral zu werden, hier auch eine Perspektive geben.

(Marc Herter [SPD]: Selbstverständlich!)

Wenn diese Industrie aber klimaneutral werden will, braucht sie Investitionen.

(Marc Herter [SPD]: Exakt!)

Heute verkündet BP, an unserem Standort in den nächsten Jahren 2 Milliarden Euro zu investieren,

(Michael Hübner [SPD]: Das ist doch nicht neu!)

um seine Anlagen zu modernisieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist aktive Arbeits- und Sozialpolitik, verbunden mit aktiver Umweltpolitik.

(Marc Herter [SPD]: Damit haben Sie aber nichts zu tun, Herr Pinkwart!)

Meine Damen und Herren, wenn wir über diese Themen reden, sprechen wir immer über Abwägungen.

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

Wir sind ein dicht besiedeltes Land. Wir haben unterschiedliche Interessen. Auch wir werden mit dem Landesentwicklungsplan, der jetzt dem Parlament vorliegt, nicht alle Anforderungen erfüllen können. Wir werden nicht alle Eingaben berücksichtigen können. Aber wir haben uns sehr darum bemüht, diesen Anforderungen in ganz großer Zahl gerecht zu werden.

Die Anhörung hat gezeigt, dass das offensichtlich gelungen ist. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei Frau Dr. Renz und ihrem Team bedanken ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: ... und dem Parlament die Annahme des Plans empfehlen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Als nächster Redner ist für die CDU-Fraktion Herr Hovenjürgen angemeldet.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich mit einem Zitat beginne: „Der Schaukelstuhl ... kann

nicht das Wappentier Nordrhein-Westfalens werden.“ So äußerte sich der Erfinder der wahren SPD, Mike Groschek. Meine Damen und Herren, er hat recht mit dieser Aussage, dass wir das nicht hinnehmen dürfen.

(Marc Herter [SPD]: Schön, dass der Generalsekretär spricht!)

Deswegen kommt bei uns wieder das Ross in das Wappen und die Beweglichkeit in die Landesplanung. Herzlichen Dank dafür an die Landesregierung!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe mich schon ein Stück weit über die gerade geführte Diskussion gewundert, insbesondere zum Kiesabbau, insbesondere die Einlassungen von Herrn Schneider. Herr Schneider, es ist schon ein wenig befremdlich, dass Ihr Kollege Meesters, der bis zur 17. Wahlperiode hier im Landtag gesessen hat, in der Region Werbung pro Kiesabbau betreibt, während Sie sich hier an die Spitze der Gegner stellen und gleichzeitig hinnehmen, dass es zu keinem wirklichen Dialog in der Region kommt. Das ist die Wahrheit, die wir zur Kenntnis zu nehmen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Erst fordern die Grünen im Kreis Wesel, dass wir ein Instrument wie eine Abgrabungskonferenz brauchen. Dann wird sie hier beschlossen. Daraufhin sagt man, an dieser Schauveranstaltung nehme man nicht teil. So eine unehrliche Politik habe ich in diesem Haus noch nie erlebt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Weil Sie hier beklagen, das 5-Hektar-Ziel werde aufgegeben, sei folgender Hinweis gestattet: Es geht doch nicht, dass man bei einer Versiegelung Flächen zum Ausgleich mit hineinrechnet, die teilweise bis zu 80 % dieses 5-Hektar-Ziels ausmachen. 4 von 5 ha sind also nicht versiegelt, sondern dienen dem ökologischen Ausgleich. Das ist keine Versiegelung.

Seien Sie doch ehrlich und sagen, was Sie wollen: Sie wollen Bauen in Nordrhein-Westfalen verhindern. Sie wollen Entwicklung verhindern.

Das haben Sie in einem LEP festgeschrieben, den wir heute ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und eines gilt: Bei uns haben beide, sowohl das Land als auch die Stadt, Anspruch auf Entwicklung. Die Menschen, die im ländlichen Raum wohnen, haben genauso einen Anspruch auf Teilhabe und die Möglichkeit, in ihrer Heimat zu wohnen und ihre Betriebe zu entwickeln, wie das in der Stadt der Fall ist. Das ist gesellschaftlich verantwortbare Politik. Alles andere ist nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn Sie die Diskussionen vor Ort mitbekommen würden, wüssten Sie: Wir sind ja auch dafür, eine Innenentwicklung einer Außenentwicklung vorzuziehen. Wenn sich dann Sozialdemokraten in Räten gegen Verdichtung wehren, frage ich mich: Haben Sie ihnen Ihre Politik auch nicht erklärt? Und wenn sich Sozialdemokraten gegen den weiteren Ausbau von Windkraft vor Ort wehren, frage ich mich: Haben sie Ihre Politik nicht verstanden?

Ich glaube, Sie verstehen die Menschen nicht mehr. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bin hier im Hause nicht als Gegner von Windkraft bekannt. Aber eines sage ich Ihnen auch: Wir müssen die Menschen bei dieser Entwicklung mitnehmen. Ja, wir sind technisch beim Bau von Anlagen leistungsstärker geworden. Aber die Anlagen erreichen auch Dimensionen, die den Menschen Sorgen machen. Diese Sorgen sind ernst zu nehmen. Darauf haben wir uns einzustellen. Wer Menschen nicht mitnimmt, treibt sie anderen in die Arme, die sie radikalisieren. Und das ist nicht in Ordnung. Wir müssen Menschen bei Planungen mitnehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Nehmen Sie die Menschen am Niederrhein auch mit?)

– Wir nehmen sie am Niederrhein mit. Wir wollen mit den Menschen sprechen, liebe Frau Düker. Das ist das, was Sie nicht tun.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wie bitte?)

Sie verweigern den Dialog. Ihr Planungsdezernent im RVR hat willkürlich Flächen ausgewiesen – ohne geologische Gutachten, ohne Beteiligung der Menschen vor Ort. Damit machen wir Schluss. Wir reden mit den Menschen vor Ort.

(Monika Düker [GRÜNE]: Deswegen sind alle gegen die Pläne!)

Das, was dort notwendig ist, werden wir tun. Wir werden dies im Dialog machen. Da, wo Sie nicht mehr zum Dialog fähig sind, werden wir ihn suchen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hovenjürgen. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Herter.

Marc Herter* (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hovenjürgen, das ist natürlich ein sehr freundlicher Dialog, den man führen will, wenn man erst die Bedingungen zugunsten der Kiesindustrie verändert und danach anbietet, darüber zu reden, wie das dann umgesetzt wird.

(Zuruf von Charlotte Quik [CDU])

Das ist Ihre Landespolitik. Und da die örtliche Abgeordnete da oben gerade so kreischt, möchte ich doch zumindest Ihnen und den örtlichen Abgeordneten vom Niederrhein

(Unruhe – Glocke)

den Hinweis geben, dass jedenfalls Ihr Minister hier kein Wort zur Frage der Abgrabung von Kies und Sand in den Mund genommen hat. Das mag auch ein Zeichen dafür sein, wie das bewertet wird.

(Beifall von der SPD)

Wir haben gehört, dass es hier um Wertschöpfungsfragen geht. Herr Minister Pinkwart, da sind wir uns sehr einig. Es geht vor allem um die Frage, wie wir die Wertschöpfung im Bereich der Energiewirtschaft – dort erzielen wir in unserem Land im Moment noch 26 % der Wertschöpfung von ganz Deutschland – in Nordrhein-Westfalen halten können.

Dass wir sie nicht mit fossiler Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen halten können, ist doch klar. Aber dass wir sie mit regenerativer Energieversorgung halten müssen, sollte unser gemeinsames Ziel sein.

An dieser Stelle lassen Sie leider die Vorschläge vermissen. Da geht es übrigens nicht nur um Windkraftanlagen, sondern auch um Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie, im Anlagenbau sowie in der Regel- und Messtechnik. Denn alles das macht das Herz der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen aus. Es macht übrigens auch gerade in den produzierenden ländlichen Bereichen – an der Werkbank von Nordrhein-Westfalen, in Südwestfalen und anderswo – das Herz der Wirtschaft aus.

Da lässt aufhorchen, dass in Zukunft zwar ein 900-MW-Kraftwerk traditionell 1 km Abstand einhalten muss, aber eine Windkraftanlage 1,5 km Abstand einhalten muss. Daran sieht man schon, dass das, was Sie hier machen, nicht zusammenpasst.

Ihre Verheißung, dass das Ganze mit Repowering geregelt wird, ist für das Paderborner Land, Höxter und die Höhen der Haard die Verheißung, dass an dieser Stelle das Repowering stattfindet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie einmal ganz kurz überlegen, stellen Sie fest, dass Sie hier nichts anderes machen, als den weiteren Windkraftausbau über Repowering wieder da zu konzentrieren, wo heute schon Windkraftanlagen stehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist das Gegenteil dessen, was Sie hier an Verheißungen über das Land bringen.

Wir brauchen beides: Wir brauchen Repowering. Wir brauchen aber auch den Zubau in anderen Landesteilen.

(Unruhe)

Deshalb lautet unser Vorschlag, die Obergrenze in diesen Bereichen entsprechend zu setzen und damit auch für mehr Akzeptanz zu werben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Herter. – Als nächster Redner ist Herr Rasche für die FDP-Fraktion angemeldet.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine bemerkenswerte Debatte erlebt, insbesondere mit Blick auf Bündnis 90/Die Grünen und mit Blick auf die SPD. Sie wird vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen über Monate und Jahre hinweg in Erinnerung bleiben.

Zunächst zu den Grünen: 2017 hatten Sie ein miserables Wahlergebnis von 6,4 %. Sie wurden von den Menschen für eine siebenjährige –maßgeblich von den Grünen beeinflusste – Landespolitik bestraft.

Heute haben wir erlebt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen bis heute nahezu nichts geändert hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es sind die gleichen Personen, und es ist der gleiche Redestil: von oben herab über die Bürgerinnen und Bürger hinweg, wenig ehrlicher Inhalt,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Unverschämtheit!)

verbunden mit ungeheuren Vorwürfen, lieber Herr Becker. So ist die grüne Politik in Nordrhein-Westfalen geblieben. Die Menschen werden das merken.

(Beifall von der FDP)

Sie sollten sich nicht auf die Luftblase der hohen Umfragewerte verlassen; denn insbesondere die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben sieben Jahre lang gespürt, was mit ihren Chancen und Möglichkeiten passiert, wenn die Grünen in Regierungsverantwortung sind.

(Zurufe von Norwich Rüße [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Zum Thema „Windkraft“ hat der Minister alles gesagt. Der Unterschied ist: Wir unterstützen die Windkraft und fördern sie. Aber wir fördern sie dort, wo sie passt und hingehört. Das ist nicht der Arnberger Wald, wo man seitens der Grünen und der SPD in einem bestehenden Wald einen Industriepark mit

Bäumen realisieren will. Nein, dort werden wir die Windräder verhindern.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Da, wo sie sinnvoll sind, werden wir sie aber auch ermöglichen.

Die richtige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie ist unsere Grundlage für Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik.

Sie haben davon gesprochen, dass wir zuhören und mit den Menschen reden sollten, um dann zu entscheiden. Genau das tun wir. Reihenweise haben wir mit Arbeitnehmervertretern gesprochen – mit Betriebsräten, mit Gewerkschaften, mit der IG BCE.

Ich kann mich gut daran erinnern, dass diese Leute – zum Beispiel Betriebsräte der Erwitter Zementwerke – bei Norbert Römer gewesen sind, als er noch Fraktionsvorsitzender war. Er hat auch mit ihnen geredet, aber nicht ein einziges Argument von ihnen aufgenommen, geschweige denn in Regierungshandeln verwandelt.

(Marc Herter [SPD]: Er hat das geregelt!)

Sie sind mit hängenden Köpfen aus dem Landtag herausgegangen, weil sie sich – und das waren Betriebsräte von vier Industriebetrieben – auf diese Politik nicht mehr verlassen konnten.

(Marc Herter [SPD]: Einfach falsch!)

Deswegen wollten diese Menschen auch einen Politikwechsel.

Mike Groschek hat das als damaliger Landesvorsitzender zusammengefasst. Er hat von einer „Durchgrünung“ des Landes gesprochen.

Die SPD hätte heute die Chance gehabt, sich von dieser überzogenen grünen Politik während ihrer Regierungsverantwortung zu lösen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Diese Chance hätten Sie heute gehabt. Sie haben sie nicht genutzt. Im Gegenteil: Sie haben den Menschen in Nordrhein-Westfalen heute die Botschaft vermittelt, dass die SPD, wenn sie noch einmal in der Verantwortung wäre, es wieder so machen würde.

Das werden sich die Menschen merken, auch für die nächsten Wahlen. Da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall von der FDP und Daniel Sieveke [CDU])

Wir nehmen im Gegensatz dazu die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ernst. Diese haben am 14. Mai 2017 entschieden: Wir wollen eine andere Politik bei der inneren Sicherheit, bei der Bildung, bei den Hochschulen und in der Wirtschaft.

Genau das setzen wir verantwortlich um. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rasche. – Jetzt spricht für die grüne Fraktion Herr Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben eben davon gesprochen und zitiert, was kommunale Spitzenverbände sagen. Ich sage Ihnen: Alle kommunalen Spitzenverbände haben im Zusammenhang mit der 1.500-Meter-Regelung ausweislich des Anhörungsprotokolls erklärt, dass dies schädlich sei, Rechtsunsicherheit schaffe, Investitionsunsicherheit verursache und nicht in Übereinstimmung mit dem Baugesetzbuch stehe.

(Beifall von den GRÜNEN und Marc Herter [SPD])

Hören Sie auf die kommunalen Spitzenverbände.

Zweite Bemerkung: Sie werfen immer gerne genehmigte Anlagen, geplante Anlagen und ans Netz gegangene Anlagen durcheinander. Tatsache ist, dass Nordrhein-Westfalen hinter Ländern wie Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bei ans Netz gegangenen Anlagen klar zurückliegt.

(Christof Rasche [FDP]: Unfassbar! – Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Tatsache ist, dass Sie bei allen drei Kategorien weit hinter der rot-grünen Zeit zurückliegen und gerade einmal knappe 20 % dessen schaffen, was in der rot-grünen Zeit geschafft worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Tatsache ist auch, dass alle Experten sagen, die 1.500-Meter-Regelung werde – wenn sie nicht durch Klagen fällt – dazu führen, dass nur noch ein Drittel der Potenziale für Windkraft in Nordrhein-Westfalen vorhanden sind. Sie wollen also mit einem Drittel der Potenzialflächen eine Verdopplung schaffen. Das ist Ihre Rechenkunst. Die können wir nicht nachvollziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, des Weiteren ist es so – darauf will ich noch einmal hinweisen –, dass Sie nach meiner Wahrnehmung auch an einer anderen Stelle mit den Zahlen – wir können es im Protokoll nachsehen – gefuscht haben. Ich sage das bewusst so deutlich.

Sie haben ausgeführt, Sie wollten in den nächsten Jahren Photovoltaikanlagen in der Größenordnung von 11 GW zubauen. Tatsache ist: In Ihrer eigenen

Energiestrategie steht, dass Sie von 5 GW auf 11,5 GW ausbauen wollen. Sie wollen also 6,5 GW und nicht 11 GW zubauen. Schauen Sie noch einmal in Ihre eigene Strategie, und dann lassen Sie uns das einmal klären.

Meine Damen und Herren, Sie haben alle mehrfach davon gesprochen, wer auf die Bürger höre und wer von oben herab regiere. Ich sage: Von oben herab regieren diejenigen, die den Niederrhein auskiesen wollen. Von oben herab regieren diejenigen, die den Nationalpark Senne streichen wollen, obwohl 85 % der Menschen dagegen sind. Von oben herab regieren diejenigen, die die industrielle Massentierhaltung im Außenbereich erleichtern wollen, obwohl die Bevölkerung gegen immer mehr industrielle Massentierhaltung ist.

Alles das tun Sie. Damit regieren Sie gegen die Bevölkerung vor Ort.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Becker, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Freynick von der FDP-Fraktion?

Horst Becker (GRÜNE): Selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Freynick.

Jörn Freynick (FDP): Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich komme aus einer Stadt, die sich Bornheim nennt und 50.000 Einwohner hat. Dort wird im Moment überlegt, ob man Windenergieanlagen zulässt, die 240 m hoch sind und 700 m an die Wohnbebauung heranreichen. Glauben Sie, dass solche Vorgaben in der Bevölkerung Akzeptanz finden?

Horst Becker (GRÜNE): Herr Kollege, wenn Sie bei der Anhörung gut zugehört hätten – ich komme noch einmal auf das Thema „Zuhören“ zurück –, dann wüssten Sie, dass die kommunalen Spitzenverbände darauf hingewiesen haben,

(Dietmar Brockes [FDP]: Ihre Meinung?)

dass in einem normalen Genehmigungsverfahren ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Frage!)

– Nun hören Sie doch wenigstens jetzt mal zu.

(Zurufe von der FDP)

... all diese Dinge abgewägt werden, dass genau die Frage von Höhen und Abständen, von Emissionen

und von Belastungen abgewägt wird und nicht sinnvollerweise durch eine feste 1.500-Meter-Regelung zu ersetzen ist,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nicht beantwortet!)

weil die nämlich nicht sachgerecht ist.

Sie können all diese Kriterien bei sich zu Hause in eine Abwägung einbringen, anstatt mit einer starren Vorgabe von 1.500 m eine sinnvolle und für unser Land notwendige Energieform zu fesseln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Becker. – Nun hat für die AfD-Fraktion Herr Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt eines gelernt haben, dann, dass die Grünen den Kiesabbau reduzieren, verhindern wollen. Kies wird zum Beispiel für Beton gebraucht und Beton für Windräder, Herr Becker. Sie wollen also Windräder bauen, aber den Kiesabbau reduzieren.

Die SPD will es im Grunde auch. Von der SPD haben wir gelernt: Nein, nein, Repowering erlauben CDU und FDP noch, und das würde dann das Paderborner Land verschandeln. – Nein, Sie wollen das gesamte Land verschandeln. Das ist nicht nur hart, das ist sogar Herter.

Wir haben einen Zuwachs von Waldflächen nicht nur in Deutschland generell, sondern auch in NRW. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wir haben auch einen Zuwachs von Siedlungsflächen, wo die Menschen jetzt bauen können. Das begrüßen wir ebenfalls.

Übrigens: Zum Bauen, liebe Grüne und liebe SPD, braucht man auch Kies. Auch dafür braucht man entsprechende Baumaterialien und Sand. Auch das wollen Sie verhindern.

Industrieflächen liegen zum Teil brach. Zum Teil wird es da auch neue Flächen geben.

Was allerdings schrumpft, sind zum Beispiel die Weideflächen, und Windräder konkurrieren mit Wäldern, aber auch zum Beispiel mit Weideflächen. Auch eine natürliche Landwirtschaft braucht Weideflächen. Denn dort, wo Windräder stehen, stehen in der Regel keine Kühe.

Windräder können auch ...

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, Sie können ja mal die Norweger fragen. Es gab von der UN eine Resolution, dass die Samen geschützt werden sollen. Sie müssen sich vorstellen,

wie die Vibrationen, der Druck etc. auf die Kühe wirken. Das mögen die Kühe nicht. Das ist leider eine Tatsache. In Norwegen wurde deswegen entsprechend für die Samen gekämpft, die dort mit der Rentierzucht Probleme haben.

Windräder können Menschen krank machen. Es gibt dazu mehr als 1.000 Bürgerinitiativen in Deutschland. Die „FAZ“ vom 07.07. titelt: „Gesundheitsrisiko Aufstand gegen die Windkraft“. Kopfschmerzen, Herzrasen und Schlafstörungen – ja, liebe Grüne, das ist das, was Sie mit Ihren Windrädern erreichen. Es gibt mehr als 1.000 Bürgerinitiativen. Anwohner klagen über unzumutbare Eigentumsbeeinträchtigungen. Da heißt es: Mehrere Windräder liegen weniger als 1.000 m vom Haus entfernt. Der Wertverlust der Immobilie beträgt 100 %.

Wer von Ihnen lebt denn eigentlich so nah an Windrädern? Ich komme zum Beispiel aus der Stadt Bochum. In Bochum haben wir ja auch drei SPD-Abgeordnete, die immer wieder nach neuen Windrädern rufen. Aber es gibt kein einziges Windrad in Bochum.

Fachleute – „FAZ“-Artikel – werfen der Politik und den Unternehmen der Branche eine gezielte Desinformation vor, Fake News also. Niederfrequente Schwingungen, die vom Ohr nicht mehr wahrgenommen würden, erzeugten bei empfindsamen Menschen Stressreaktionen, sagen die Ärzte für Emissionsschutz. Jeder Durchgang eines Rotorblattes führe zu einer Druckwelle. Hinzu kämen die Vibrationen der Windkraftanlagen (Körperschall), die sich vom Fundament über den Boden ausbreiten. Es wird beklagt, in Wohnungen wird bisher gar nicht gemessen, obwohl der Schall in Innenräumen aufgrund von Schallreflexionen und Überlagerungen zu überhöhten Schalldruckwellen führen kann. Die Behörden sagen, das sei gesundheitlich unbedenklich. Aber Arbeiten von Universitäten, Ärzten und Forschungsgruppen sehen das teils anders.

Das steht in der „FAZ“. Das kommt nicht von der AfD.

Die Umweltverbände schweigen hier und lassen die Menschen dort im Stich.

(Markus Wagner [AfD]: Nicht nur dort!)

Windräder können also Menschen krank machen. Windräder können Vögel töten. Windräder können Insekten töten und auch Fledermäuse. Damit greifen die Windräder in die Natur ein und fördern leider auch das Artensterben. Dabei ist es völlig egal, ob es sich um ein neues Windrad handelt, das da gebaut wird, liebe SPD, oder ob es sich um ein repowertes Windrad handelt, liebe CDU und liebe FDP.

Deshalb: Sorgen Sie dafür, dass die Menschen und die Natur geschützt werden, und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Nun hat sich für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Professor Dr. Pinkwart zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da sich die Beiträge der Opposition wesentlich auf die Windkraft bezogen haben, was auch darauf schließen lassen könnte, dass Sie mit dem Rest gar nicht unzufrieden sind – aber das will ich jetzt gar nicht unterstellen –, will ich versuchen, Folgendes noch einmal ein bisschen zurechtzurücken: Lieber Herr Herter, Sie bringen ein Beispiel. Sie sagen, ein 900-MW-Kraftwerk ...

(Marc Herter [SPD]: Bis zu, habe ich gesagt!)

– Bis zu 900-MW-Kraftwerk, 1.000 m.

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

Eine Windkraftanlage 1.500 m. Damit Sie 900 MW Strom über Wind erzeugen können, brauchen Sie bei einer Nabenhöhe von heute 250 m, also 4,5 MW – dann haben Sie schon eine sportliche Anlage –, 200 Anlagen.

(Marc Herter [SPD]: Ja, selbstverständlich!)

Die müssen Sie sich dann bitte mal 250 m hoch vorstellen, und dann denken Sie bitte noch einmal neu über den Abstand nach.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das hat überhaupt nichts damit zu tun!)

Zu Herrn Becker wollte ich nur zur Aufklärung beiträgend noch einmal sagen: Ich hatte am Mittwoch wie heute davon gesprochen, dass wir Wind wie Solar verdoppeln wollen bis 2030. Das bedeutet in der Summe ein Mehr von 11 GW, nicht Megawatt, sondern Gigawatt.

Dem, was Sie bezogen auf die Genehmigungen gesagt haben, konnten Sie ja nichts entgegenstellen, denn das ist ja die Statistik. Sie haben gesagt: Gut, genehmigt ist genehmigt.

Aber was wird gebaut? – Das kann ich Ihnen auch sagen.

Ausweislich der Windkraftindustrie, die ja sehr schöne Statistiken auch online bereithält, hat man das sofort verfügbar. In diesem Jahr sind bisher in Baden-Württemberg 3,3 MW gebaut worden; da stellen Sie den Ministerpräsidenten. In Hessen ist überhaupt nichts gebaut worden. Da wurde schon wenig genehmigt. Das heißt, da wird auch späterhin wenig gebaut werden. Aber hier ist auch nichts gebaut worden. In Schleswig-Holstein sind immerhin 15 MW ge-

baut worden. Das sind zusammen 18,3 MW. In Nordrhein-Westfalen waren es in diesem Jahr schon 24,5 MW. Also auch da treffen Ihre Zahlen leider nicht zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben jetzt vier Abstimmungen zu absolvieren.

Die erste Abstimmung findet statt über den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6863. Die Fraktion der AfD hat beantragt, dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan mit den in Drucksache 17/6863 genannten Maßgaben zuzustimmen. Wer also stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Grüne stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Pretzell ist der **Antrag Drucksache 17/6863** mit breiter Mehrheit im Hohen Haus **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über die Zustimmung zu den Vorlagen 17/1831 und 17/1832. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung empfiehlt in Drucksache 17/6791, die mit den Vorlagen 17/1831 und 17/1832 durch die Landesregierung beantragte Zustimmung zu dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen zu erteilen.

Wer also stimmt diesen Vorlagen zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die beiden fraktionslosen Abgeordneten. So wird es notiert. Damit haben die beiden **Vorlagen 17/1831 und 17/1832** die Mehrheit des Hohen Hauses bekommen, und die **Zustimmung** ist **erteilt**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/6788. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Grüne und AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Nicht. Damit hat der **Entschließungsantrag Drucksache 17/6788** keine Mehrheit bekommen und ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/6850. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen, Herr Neppe und Herr Pretzell, stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist der **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/6850** mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf:

2 Offensive für Studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4453

Beschlussempfehlung und Bericht
des Wissenschaftsausschusses
Drucksache 17/6724

Die Aussprache ist eröffnet. Für die CDU-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Déus.

(Unruhe)

– Darf ich um ein bisschen mehr Ruhe im Plenarsaal bitten, auch beim Herausgehen, meine Damen und Herren? Es ist gut, wenn der Redner, der jetzt das Wort hat, auch entsprechend das Wort an seine Kolleginnen und Kollegen richten kann. – Bitte schön, Herr Déus.

Guido Déus (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion wurde vom Plenum am 13.12.2018 an den federführenden Wissenschaftsausschuss und an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Mitberatung überwiesen.

Ich möchte nun meine Redezeit ungern mit den Einzelheiten des Beratungsverlaufs vertun. Nicht unerwähnt lassen möchte ich jedoch, dass die SPD-Landtagsfraktion leider zu keinem Zeitpunkt die Bereitschaft erklärt hat, den Antrag von CDU und FDP, der da lautet „Studentisches Wohnen für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen stärken und Perspektiven entwickeln“, gemeinsam mit dem SPD-Antrag zu beraten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre pragmatisch, und das wäre auch im Sinne der Sachverständigen gewesen, die so leider zweimal anreisen mussten.

Diese und weitere Expertengespräche haben unsere Auffassung vollumfänglich bestätigt, dass es beim studentischen Wohnen nicht allein um den Gesamtinvestitionsbedarf für Neubauten und Sanierungen geht. Die Gesamtthematik ist wesentlich komplexer. Ebenso wenig wie der Sanierungsstau eben

nicht in den letzten zwei Jahren der NRW-Koalition aufgelaufen ist, ist auch die Neubaufgabe nicht allein eine Frage der zur Verfügung stehenden Mittel; denn dann wären die zur Verfügung gestellten Mittel in den letzten Jahren komplett abgefließen, was sie aber nicht sind.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, auf der Suche nach schnellem Beifall mag es der SPD vielversprechend erscheinen, einfach eine halbe Milliarde zu fordern. Dies greift aber viel zu kurz; denn die Frage nach fehlendem bezahlbarem Bauland, den Baukapazitäten und den Baukompetenzen vor Ort betrachtet die SPD gar nicht.

Auch wenn wir ausnahmslos alle im Ausschuss von der zwingenden Notwendigkeit der Beseitigung des immensen Sanierungsstaus überzeugt waren, so ist dieses Vorgehen der SPD höchst unseriös. Die bisherigen Anstrengungen zur Schaffung öffentlichen und privaten Wohnraums auch für studentisches Wohnen reichen in den Universitätsstädten und in den Ballungszentren, wie wir wissen, nicht aus. Bei angespannten Wohnungsmärkten, steigenden Studierendenzahlen reicht es noch nicht. Neben mehr Neubauprojekten werden wir deshalb zukünftig auch Universitäten und Hochschulen auffordern müssen, bei ihren Campus-Planungen die Frage des studentischen Wohnraums mit in den Blick zu nehmen.

Mit der Regierungsübernahme erfolgte ein Neustart in der Bau- und Wohnungspolitik. Mit dem Wohnraumförderprogramm 2018 bis 2022 und den Mitteln aus dem Hochschulpakt hat die NRW-Koalition die Rahmenbedingungen für höhere Investitionen im Bereich des studentischen Wohnens bereits deutlich verbessert.

Aber dabei belassen wir es nicht. Wir richten unseren Fokus auf die erforderliche Aufarbeitung der Versäumnisse bei der Unterhaltung und der Erhaltung bestehender Wohngebäude für Studierende. Die Landesregierung hat bereits mehrere erfolgreiche Gespräche mit den Studierendenwerken vor Ort geführt, um gemeinsam Bedarfslagen und Lösungen zu erarbeiten.

40 Millionen Euro aus den Mitteln des Hochschulpaktes fließen bereits jetzt in die Sanierung und Modernisierung der Wohnungsbestände dieser Studierendenwerke. Die vorhandenen Wohnheimplätze – das wissen wir alle –, rund 40.000, der Studierendenwerke müssen dringend saniert und modernisiert werden.

Zur Lösung des Problems wenden wir aber kein gleichmachendes Gießkannenprinzip an. Wir werden die finanzielle Ausstattung der Studierendenwerke und den Sanierungs- und Instandhaltungszustand vor Ort auf Basis einer unabhängigen gutachtlichen Erhebung und Bewertung überprüfen. Sodann wird es ein Programm und eine Prioritätenliste zur Abarbeitung der Missstände geben. Anders kann man mit

den in Jahrzehnten unter Rot-Grün entstandenen Missständen nicht umgehen. Mit uns gibt es keinen blinden Aktionismus.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein wesentlicher Punkt ist und bleibt hierbei die Baulandbereitstellung. Angesichts der Knappheit kommunaler Baugrundstücke und der Entwicklung der Grundstückspreise prüfen wir, welche im Landeseigentum befindlichen Grundstücke für das studentische Wohnen geeignet sind, aktiviert und kostengünstig abgegeben werden zu können, ebenso wie die Aktivierung von campusnahen, verkehrsmäßig gut angebundenen Baugrundstücken vor Ort – Stichwort wäre hier: Landesinitiative „Bauland an der Schiene“.

Kurzum: Die NRW-Koalition kennt die Nöte der Studierenden, und wir lassen die Studierenden mit dem Problem des fehlenden bezahlbaren Wohnraums nicht allein. Wir stehen für die Sanierung und Modernisierung von Studierendenheimen und für die Schaffung neuen studentischen Wohnraums. Für ein Investitionsprogramm benötigen wir allerdings eine solide Datengrundlage. Daher lehnen wir – wie bekannt – den Antrag der antragstellenden Fraktion ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Déus. – Nun spricht Frau Hammelrath für die SPD-Fraktion.

Gabriele Hammelrath^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es? – Ja, es geht um Geld, es geht um viel Geld. Und es geht um ein Förderprogramm für Wohnen. Aber vor allen Dingen geht es um 750.000 Studierende in unserem Land, von denen übrigens fast die Hälfte weniger als 700 Euro im Monat zur Verfügung haben, und gerade nur für 5 % dieser Studierenden gibt es Wohnheimplätze.

Wir kennen alle die Situation auf dem Wohnungsmarkt, gerade in den Universitätsstädten – es ist eben schon benannt worden. Mittlerweile wissen wir, dass sich dieses Problem auch auf die Universitätsstädte im Ruhrgebiet ausweitet. Nicht nur in Köln, Düsseldorf, Bonn und Münster ist es eine mittlerweile prekäre Situation für die Studierenden.

Was bedeutet das für sie? – Es bedeutet für sie mehr Arbeit neben dem Studium, mehr und länger pendeln. Beides ist für den Studienerfolg problematisch: Die Studienzeiten verlängern sich, und die Dauerüberforderung führt im Extremfall zum Studienabbruch. Die Technische Hochschule in Köln hat auf den Zusammenhang hingewiesen und ihn in den letzten Jahren untersucht. Das heißt, die Schere zwi-

schen den Studierenden aus wohlhabenden Familien und denen, die auf BAföG angewiesen sind, geht immer weiter auseinander. Bildungsgerechtigkeit sieht anders aus.

(Beifall von der SPD)

Was wird nun getan? – Wir anerkennen die Anstrengungen, zum Beispiel BAföG zu erhöhen. Wir anerkennen die Anstrengungen, die in den Gesprächen vor Ort gemacht worden sind. Wir wissen, dass es nicht nur um Geld geht, aber es geht eben auch um Geld. Wenn die CDU – wie im Ausschuss getan – auf die gutachterliche Beratung hinweist – wir haben es eben auch schon wieder gehört – und dann von einer Laufzeit dieser Beratungen, dieser ganzen Überlegungen, des Angehens dieses Problems von bis zu 20 Jahren spricht, dann ist das schon fast zynisch angesichts der akuten und drängenden Problematik.

(Zuruf von der CDU)

Aber es gibt sie doch, die zentralen Player vor Ort, die Studierendenwerke. Die halten Wohnheime vor. Die wollen sie sanieren und weitere bauen. Sie sind gemeinnützig, erzielen keine Gewinne, also die geborenen Partner. Wir haben das erkannt und übrigens schon in unserer Regierungszeit neben vielen anderen Gespräche zu den Themen, zu denen Sie auch Gespräche führen, die Studierendenwerke aufgefordert, die notwendigen Mittel zu beziffern.

Natürlich braucht man eine Datengrundlage. Aber die Zahlen liegen doch vor. Seit mehr als einem Jahr liegt diese Aufstellung vor. Dem Ausschuss wurde sie bereits am 4. Juli 2018 vorgestellt. Wir haben übrigens unseren Antrag schon im Dezember vorgelegt, haben also nicht so lange gebraucht.

Aber was passiert? – Das Ministerium prüft und prüft und prüft. Dazu würde ich gerne einen kleinen Exkurs machen. Bei der gestrigen Verabschiedung des Hochschulgesetzes haben wir so viel von Vertrauen gehört, Vertrauen aber anscheinend nur gegenüber den Hochschulleitungen und gegenüber den Professoren. Bei den Studierenden ist das schon anders. Auch das haben wir gestern bei der Hochschulgesetzgebung erfahren müssen. Aber das scheint auch bei den Studierendenwerken so zu sein.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Denn anders ist es nicht zu erklären, dass die Bedarfzahlen, die da so genau erhoben worden sind, so lange intensiv und misstrauisch geprüft werden – Zahlen, die ja nur für die Größe des notwendigen Fördertopfs stehen, denn jede einzelne Maßnahme muss danach noch einmal beantragt und abgerechnet werden.

Also, wir sind im Gegensatz dazu sicher: Die Zahlen der zwölf Studierendenwerke sind realistisch und

fundiert und mit großer Sorgfalt und viel Erfahrung zusammengetragen.

Deshalb fordern wir auf dieser Grundlage 350 Millionen Euro für die Sanierung der bestehenden Wohnheime, 220 Millionen Euro für den Neubau von Wohnheimen und das Ganze in einem Sonderprogramm, unbürokratisch und schnell, denn „schnell“ ist an dieser Stelle ein entscheidender Erfolgsfaktor, und das in einem Konstrukt, wie wir es für „Gute Schule 2020“ sehr erfolgreich gemacht haben.

Darüber hinaus brauchen wir die Erhöhung der Grundfinanzierung der Studierendenwerke, denn dieser Sanierungsstau, der entstanden ist, muss zukünftig verhindert werden.

Also, unser Vorschlag liegt auf dem Tisch und wird übrigens von allen Studierendenwerken unterstützt. Unterstützen Sie unseren Vorschlag für die Studierenden und für die Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts NRW. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Hammelrath. – Nun spricht Frau Beihl für die FDP-Fraktion.

Daniela Beihl (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt Handlungsbedarf im Bereich des studentischen Wohnens. Ich bin deshalb dankbar dafür, dass wir heute diese Debatte führen. Bei allen Schwierigkeiten für Studierende auf dem Wohnungsmarkt will ich aber vorab betonen, dass eine wesentliche Ursache eine erfreuliche ist, nämlich die guten Entwicklungen bei den Studierendenzahlen in unserem Land. Ich teile daher die Diagnose der SPD, dass beim studentischen Wohnen etwas getan werden muss.

Unser Ansatz ist aber ein anderer als Ihrer. Als NRW-Koalition haben wir das Thema jüngst in dem Antrag „Studentisches Wohnen für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen stärken und Perspektiven entwickeln“ aufgegriffen. Unser zentrales Anliegen ist, mehr studentischen Wohnraum zu schaffen. – Ich freue mich also, wenn die SPD-Fraktion dieses Thema heute auch aufgreift.

Die NRW-Koalition ist jedoch schon einen Schritt weiter. Das Land sollte nicht alleine überlegen, wie es eine Finanzierung für mehr Raum für studentisches Wohnen organisieren kann. Als NRW-Koalition bekämpfen wir nicht nur die Symptome, sondern gehen gezielt an die Ursachen heran

(Beifall von der FDP und der CDU)

und schauen: Welche Grundstücke, die sich im Besitz des Landes befinden und sich für studentisches Wohnen eignen, können wir wieder aktivieren? Wir

prüfen, wie wir sie diesem Zweck günstig zuführen können. Außerdem wollen wir überprüfen, wie wir Initiativen der Landesregierung zur Verfügbarmachung von Grundstücken auch für den studentischen Wohnungsbau im Rahmen von Sickereffekten nutzen können.

Ich sage auch: Mit der Novelle der Landesbauordnung sorgen wir dafür, dass das Bauen in unserem Land generell einfacher, schneller und unbürokratischer möglich wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Durch mehr Angebote wollen wir den Druck aus dem Markt nehmen. Davon profitieren auch die Studierenden auf Wohnungssuche.

Neben diesen Vorhaben will die Landesregierung unsere Studentenwerke aber auch einer finanziellen Prüfung hinsichtlich Sanierung und Modernisierung von Studentenwohnungen unterziehen.

Ganz entscheidend ist auch: Wir stellen in diesem Jahr 50 Millionen Euro für Sanierung und Modernisierung bereit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir sehen dieses Problem, und weil wir dieses Problem ernst nehmen, investieren wir noch einmal 10 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr. Das ist ein Anstieg um 25 %.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Darüber hinaus wurden über das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung runde Tische zu „Studentisches Wohnen befördern – Grundstücke mobilisieren – und Partnerschaften organisieren“ eingerichtet. Alle beteiligten Akteure kommen dort zusammen: die zuständigen Ministerien, die Kommunen, die Studierendenwerke, die Hochschulen, der BLB, die NRW.BANK und die kommunalen Wohnungsunternehmen.

Als NRW-Koalition haben wir also schon gute und wichtige Initiativen auf den Weg gebracht. Mit diesen gehen wir einen besseren und wirksameren Weg, als wenn wir dieses Problem über die NRW.BANK auslagern. Dem Antrag der SPD-Fraktion werden wir also nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beihl. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen, es ist unbestritten, dass Sie in diesem Bereich einige Maßnahmen durchführen und vieles weiterführen,

was Rot-Grün in ihrer Regierungszeit auf den Weg gebracht haben.

(Zuruf)

Es ist aber eindeutig feststellbar: Es reicht eben nicht aus im Bereich studentischer Wohnraum.

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

Sie sagen, dass Sie 50 Millionen Euro in die Hand genommen haben. Die Bedarfe sind von den Studierendenwerken in der Anhörung entsprechend festgestellt worden. Es fehlen gut 570 Millionen Euro in drei Jahren, davon 350 Millionen Euro für Sanierungen und über 200 Millionen Euro für Neubauten. Das heißt, was Sie hier auf den Weg bringen, ist nicht ausreichend.

Ich fand ehrlich gesagt, dass dieser Weg mit den Anträgen, den Sie beschriften haben, schon gezeigt hat, dass Sie da irgendwie ... Also: Warum muss man bei Anträgen zu einem Thema zwei verschiedene Verfahren finden? Das war schon in der Verfahrensabsprache schwierig.

Die Grünen haben zu diesem Thema schon mehrere Anträge vorgelegt bzw. auf den Weg gebracht – mehrere, die auch in eine ähnliche Richtung wie der SPD-Antrag gehen –, und man kann klar feststellen: Die Koalitionsfraktionen haben kein Interesse, in diesem Bereich noch einmal eine deutliche Schippe draufzulegen.

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

Wen trifft das? – Es trifft die Studierenden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben entsprechend steigende Zahlen, und es ist weiterhin so: Über 70 % aller Studierenden müssen nebenbei arbeiten.

Warum müssen die jungen Leute arbeiten? – Weil sie das Geld in den entsprechenden Wohnraum stecken müssen. Es verhindert häufig auch einen Studienfolg, wenn man nebenbei arbeiten und Zeit investieren muss. – Das ist in Nordrhein-Westfalen zunehmend feststellbar.

Wir fordern die Koalitionsfraktionen auf: Analysieren Sie nicht nur den Bedarf, und sprechen Sie nicht nur mit Studierendenwerken vor Ort, sondern legen Sie noch mal eine Schippe drauf, damit die Studierendenwerke in Nordrhein-Westfalen so unterstützt werden, wie das notwendig ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Achten Sie darauf – das ist insbesondere unser Anliegen als grüne Fraktion –, dass bei den Sanierungen hochwertig energetisch saniert wird. Das muss natürlich in einem gewissen Kostenrahmen stattfinden; das ist uns klar. Und achten Sie beim Neubau wiederum darauf, dass nachhaltig gebaut wird.

Wir stellen heutzutage fest, dass auf diesem Markt viele private Anbieter unterwegs sind, die mit niedrigen Standards operieren und die vor allen Dingen entsprechend hochpreisig sind. Wir kennen insbesondere aus den größeren Städten diese sogenannten Mikroappartements. Wenn man beispielsweise nach Köln guckt, wie viele junge Leute dort für ein Mikroappartement ausgeben müssen – das sind Beträge zwischen 500 und 700 Euro im Monat.

Sehr geehrte Damen und Herren, das sind keine Preise, die Studierende bezahlen können. Sie müssen nebenbei arbeiten, gleichzeitig aber in das verschulte Bachelor- und Masterstudium, das wir heutzutage haben, entsprechend Zeit investieren. Deswegen müssen wir zu einer Steigerung der Quote von Studierenden kommen, die in Wohnheimen einen Platz finden. Diese liegt bei etwa 10 %. Das ist zu wenig.

Die NRW.BANK ist ein guter Partner, was diesbezügliche Programme angeht. Wir fordern Sie auf – wir haben zwei ähnlich lautende Anträge vorgelegt –, noch einmal zu überlegen, ob man nicht analog zum Programm „Gute Schule 2020“ ein Programm „Studierendenwohnen 2020“ mit entsprechenden Tilgungsnachlässen auflegt in Kooperation mit der NRW.BANK, mit den Hochschulen – sprich: mit den Studierendenwerken – und neben dem, was jetzt schon läuft und sicherlich auch nicht kritikwürdig ist. Es ist aber nicht hinreichend, es ist zu wenig; die Zahlen sind eindeutig.

Am Ende würde ich noch ein Zitat aus der Anhörung von Herr Lüken, dem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke NRW, bringen, der in der Anhörung klargestellt hat:

„Die Studierendenwerke haben inzwischen einen sehr hohen Instandhaltungsbedarf. Er kulminiert sich immer weiter. Bei steigenden Baukosten wird es auch nicht einfacher. Wir brauchen einfach dringend Geld, um die Studierendenwohnungen wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.“

Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen.

Überlegen Sie noch mal. Gucken Sie in den Säckel rein. Sprechen Sie mit dem Finanzminister.

All das, was jetzt läuft, sollte weitergeführt werden. Legen Sie deshalb noch mal eine Schippe drauf, damit die Studierenden einen besseren, bezahlbaren Wohnraum in Nordrhein-Westfalen haben und mehr Wohnungen hier finden. Wir unterstützen deshalb den Antrag der SPD.

Überlegen Sie noch mal, und stimmen Sie am besten jetzt zu, damit die Studierenden hier bessere Chancen haben. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Klocke. – Jetzt spricht Herr Seifen für die AfD-Fraktion.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der SPD stellt ein wichtiges Problem in den Mittelpunkt der Debatte, das exemplarisch einen Teil der gesamten Misere offenlegt, von der unser Land betroffen ist.

Betrachtet man die Komplexität der Zusammenhänge – das fordern Sie ja immer; Sie werfen uns von der AfD ja stets vor, dass wir die Komplexität unterschlagen, aber ich glaube, hier unterschlagen Sie sie –, mit denen sich der Sachverhalt des Antrags beschäftigt, wird in anschaulicher Weise deutlich, wie sehr die Entscheidungen in der Europa-, Bundes- und Landespolitik miteinander korrespondieren und die schweren Fehlentscheidungen auf diesen Ebenen jeweils aufeinander Einfluss nehmen.

Herr Déus hat das angedeutet, aber natürlich sind Sie nicht zu den Fehlentscheidungen gekommen, weil das ja auch Politiker Ihrer Partei betroffen hätte.

Herr Klocke, nehmen Sie es mir nicht übel, aber einfach ein bisschen mehr Geld auszugeben, bringt nichts, weil die Gegebenheiten so sind, wie sie sind.

Jede einzelne Fehlentscheidung hat man von Bundes- bis runter zur Landesebene meistens mit einem moralisch unterfütterten Interesse begründet, ohne moralisch sensibel auf die Folgen Rücksicht zu nehmen, die solche Fehlentscheidungen nach sich ziehen, und das Gemeinwohl in den Blick zu nehmen.

Da haben wir einmal die Eurorettung, die scheinbar gar nichts mit den knappen Studentenwohnungen zu tun hat. Seit der Finanzkrise 2008 basteln die Eurofreunde an der Rettung dieser Kartenhauswährung herum mit der Folge, dass eine Maßnahme zur Rettung des Euro in der uferlosen Geldmengenvermehrung durch die EZB bestand – bei gleichzeitiger Senkung der Zinsen auf 0 % bzw. auf das Niveau von Minuszinsen.

Die Folge davon ist, dass nicht nur die Sparer um ihr Geld betrogen wurden.

Zugleich schoss die Geldanlage in Immobilien derart empor, dass wir nun einen Bauboom haben, der sich auf den Grundstücksmarkt auswirkt und dazu führt, dass man kaum noch Unternehmen findet, die größere Bauaufträge zeitnah annehmen und durchführen können.

Das sagen auch die Vertreter der Studentenwerke. Da können Sie ruhig 1 Milliarde Euro ausgeben; die können sie nämlich gar nicht ausgeben.

Durch die Politik der offenen Grenzen wird diese Engführung auf den Baumarkt im Grunde zuge-

schnürt. Es sind ja nicht nur die ca. 2 Millionen Menschen, die seit 2015 in dieses Land gezogen sind; täglich kommen ja noch welche hinzu.

Wenn man den Nachrichten glauben darf, sind erst gestern im niedersächsischen Ashausen ca. 1.000 Afrikaner aus dem Zug gestiegen und an fassungslosen Einheimischen vorbeigezogen.

Dass diese Millionen Menschen Wohnraum benötigen, wird ja wohl niemand leugnen. Dass dadurch bezahlbarer Wohnraum für Studenten zur Mangelware wird, dürfte jeder einsehen, der Offensichtliches nicht leugnen will.

Diese beiden Entwicklungen, durch verantwortungslose Fehlentscheidungen auf Bundesebene verursacht, begegnen nun einer Entwicklung, die auf Länderebene getroffen wurde, nämlich die massive Erhöhung der Abiturientenzahlen durch bildungspolitische Entscheidungen der letzten Jahre.

Wenn knapp 40 % eines Jahrgangs das Abitur machen oder andere Berechtigungen zum Studium vorweisen, muss man sich nicht wundern, dass ein Run auf die Universitäten einsetzt und die Studierendenwerke vor fast unlösbaren Aufgaben stehen.

Wir debattieren heute im Parlament zu Recht die Lösung einer Problemlage, die in erster Linie und in dieser Schärfe durch fehlerhafte Entscheidungen von Parlamentariern geschaffen worden ist.

Wie war das noch einmal mit der Argumentation, Frau Freimuth, Volksabstimmungen nicht zulassen zu wollen, weil die Bevölkerung sich doch unmöglich in die Komplexität politischer Problemlagen hineinreden und darüber abstimmen könne?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Parlamentarier sollten sich gefälligst an die eigene Nase fassen, ob sie wirklich immer die Komplexität der Entscheidungen voraussehen.

Mit welcher Ignoranz gegenüber komplexen Zusammenhängen in deutschen Parlamenten Entscheidungen getroffen werden, zeigt unter anderem diese Problemlage bei den Studentenwerken, die wir nun eigentlich lösen müssten, die wir aber fast keiner Lösung zuführen können.

Jetzt ist das Kind in den Brunnen gefallen. Es ist uns allen hier im Hohen Hause bewusst, wie dringend die Beseitigung dieser Problemlage ist.

Die SPD-Fraktion ist wieder schnell bei der Hand, mal eben so 570 Millionen Euro zu fordern, ohne eine Gegenfinanzierung im Haushalt zu benennen. Dieser nicht näher erläuterten substanziellen Erhöhung der Zuschüsse für die Studentenwerke können wir pauschal so nicht zustimmen.

Wir von der AfD-Fraktion hatten in den Haushaltsberatungen wenigstens Einsparvorschläge gemacht, um die eingesetzten Mittel für die Studentenwerke zu

erhöhen. Insofern können wir uns wenigstens mit dem Antrag der Regierungskoalition einverstanden erklären, zunächst gemeinsam mit den Betroffenen die Bedarfe zu ermitteln, um dann Vorhaben gezielt anzugehen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen (AfD): Die Enthaltung im Wissenschaftsausschuss können wir nicht mehr halten. Der Beratungsprozess in den letzten Tagen hat dazu geführt, dass wir den Antrag ablehnen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema „studentisches Wohnen in Nordrhein-Westfalen“ wurde hier aus gutem Grund schon vielfach behandelt.

Die Studierenden sind eine derjenigen Gruppen, die unter den steigenden Mietpreisen vor allen Dingen in den Metropolen besonders leiden.

Uns alle beschäftigt daher die Frage, wie wir den Studierenden in Nordrhein-Westfalen ausreichend bezahlbaren Wohnraum anbieten können.

(Unruhe)

Im Sommer letzten Jahres haben wir uns im Rahmen des Ausschusses mit den Studentenwerken darüber unterhalten. Sie haben aus ihrer Sicht den Sanierungsbedarf ihrer Wohnheime mit mehreren 100 Millionen Euro angegeben. Das war die Einschätzung, auf deren Grundlage jetzt gemeinsam mit dem Bauministerium geprüft wird,

(Unruhe – Glocke)

um belastbare Zahlen zu erhalten und daraufhin Priorisierung vornehmen zu können.

Auf dieser Grundlage werden wir dann auch die zielgerichteten Handlungsoptionen entwickeln. Wir sind mitten in diesem Verfahren.

Erst danach werden wir in der Lage sein zu entscheiden, was genau zu tun ist. Es ist nicht angezeigt, eine Investition in einer Größenordnung von mehreren 100 Millionen Euro zu tätigen, ohne die Sachlage wirklich seriös bewertet zu haben.

Ich erinnere aber in diesem Kontext auch noch mal daran, dass schon im vergangenen Jahr 2018 in den

Bereich „studentisches Wohnen“ 40 Millionen Euro an Wohnraumfördermitteln geflossen sind – so viel nebenbei bemerkt wie schon sehr lange nicht mehr.

Außerdem hat es in Münster, Bonn und jetzt gerade in Köln den Wohnraumgipfel gegeben, bei dem es in erster Linie darum geht, nicht über die Sanierung zu reden, sondern vor allen Dingen über weitere Baumöglichkeiten für studentisches Wohnen.

Dabei geht es immer wieder um das in den Metropolen besonders heikle Thema „Grundstücke für das Wohnen von Studenten“. Auch das war wohl jetzt – vor allen Dingen der Gipfel in Köln – ein sehr erfolgreiches Zusammentreffen. Es bewegt sich also auch etwas in Richtung des neuen Bauens.

Der Antrag beschäftigt sich außerdem mit der Frage nach einer Erhöhung des allgemeinen Zuschusses des Studierendenwerks. Ziel der Landesregierung ist die aufgabengerechte Finanzierung der Studierendenwerke.

Der Landeszuschuss hat sich in den letzten Jahren nicht linear entwickelt. Deshalb hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft aufgrund der zu erwartenden Kostensteigerungen insbesondere im Bereich Personal in der mittelfristigen Finanzplanung Vorsorge für einen erhöhten Zuschussbedarf getroffen.

Nachdem der Zuschuss an die Studierendenwerke zur Erfüllung der BAföG-Aufgaben ab 2018 um 2,5 Millionen Euro erhöht wurde, haben wir vorgesehen, ab 2021 den allgemeinen Zuschuss um weitere 4 Millionen Euro zu erhöhen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir werden den eingeschlagenen Kurs fortsetzen und die bestehenden Förderungen für das studentische Wohnen und die Studierendenwerke in enger Abstimmung mit dem Bauministerium mit den bereits beschriebenen Maßnahmen weiter ausbauen.

Der vorliegende Antrag ist vor diesem Hintergrund nicht zielführend. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung. Der Wissenschaftsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/6724, den Antrag Drucksache 17/4453 abzulehnen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD

und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Nepe und Pretzell. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/4453** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

3 Inklusion in den Arbeitsmarkt im Sinne der UN Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln – Gleichwertigen Zugang ermöglichen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6736

Wie Sie alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben sich zwischenzeitlich alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen darauf verständigt, eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt heute nicht vorzusehen.

Damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/6736** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses im Plenum erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit haben wir der Überweisung zugestimmt.

Ich rufe auf:

4 75 Jahre Hitler-Attentat – Der mutigen Widerstandskämpfer gedenken und ihr Erbe bewahren.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6754

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6848

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Wir müssen also, nicht wissend, wie sich die Welt uns gegenüber stellen wird, den Kampf weiter

führen, wir alle haben viele bittere Erfahrungen hinter uns. Wir sind Männer, die es gewohnt waren, unsere Pflicht auch unter widerwärtigsten Umständen zu tun. Wir sind Männer, die ein böses Erbe übernehmen, ohne über die bisherigen ungetreuen Verwalter unserer Schicksale zu schimpfen. Wir wünschen nicht, unsere eigene Verantwortung dadurch zu mindern oder uns selbst in ein besseres Licht zu setzen, dass wir die Schuld auf andere abladen und andere verunglimpfen.“

Nichts beschreibt das Denken und Fühlen der Widerstandskämpfer des 20. Juli besser als diese Worte aus der leider nie verlesenen Regierungserklärung Carl Goerdelers.

Sie waren keine leichtfertigen Draufgänger, keine Revoluzzer, sondern Männer, die lange im aufopferungsvollen Dienst für ihr Land gestanden haben. Sie waren erfüllt von Vaterlandsliebe und nach schwerem Ringen mit sich selbst zu dem Schluss gekommen, dass die Männer, die sich Deutschlands bemächtigt hatten, ihre geliebte Heimat in den Untergang führten, nur um das eigene Schicksal noch einmal um ein paar Monate zu verzögern.

Viele von ihnen standen dem Nationalsozialismus zunächst gleichgültig oder sogar wohlwollend gegenüber, denn als Patrioten begrüßten sie die Revision des Versailler Diktatfriedens, der von nahezu allen Deutschen – gleich welcher Gesinnung – abgelehnt wurde.

So waren sie Teile eines verbrecherischen Systems geworden. Auch sie hatten Schuld auf sich geladen – in ganz unterschiedlichem Maße.

Aber als sie Kenntnis von den Verbrechen erlangten, als sie mit der monströsen Seite des Regimes konfrontiert waren und als sie merkten, dass ihr Volk am Abgrund stand, haben sie sich nicht weggedreht. Sie haben sich auch nicht damit beruhigt, nichts tun zu können.

Wie viel einfacher und wie viel sicherer wäre es doch gewesen zu schweigen, zu dulden, zu ignorieren, mit dem Mainstream, wie man heute sagt, zu schwimmen und nicht auszuscheren, denn sie konnten wahrlich nicht von sich sagen: Wir sind viele.

Doch die Haltung und Gesinnung dieser Männer ließ das nicht zu. Sie waren von Pflichtbewusstsein gegenüber ihrem Volk erfüllt, von Vaterlandsliebe, Treue, Ehrbewusstsein und christlicher Moral.

Ja, meine Damen und Herren, sie waren konservativ, nationalgesinnt, rechts oder völkisch gar nach heutigen Maßstäben, ganz sicher nicht progressiv, aber auch ganz sicher keine Spießbürger.

Es war kein Geringerer als Roland Freisler, der Präsident des Volksgerichtshofs, der sie als Reaktionäre bezeichnete.

Stauffenberg und seine Mitstreiter schworen sich einen Eid, den er selbst mit verfasst hatte:

„Wir glauben an die Zukunft der Deutschen. Wir wissen im Deutschen die Kräfte, die ihn berufen, die Gemeinschaft der abendländischen Völker zu schönerem Leben zu führen. Wir bekennen uns im Geist und in der Tat zu den großen Überlieferungen unseres Volkes ...“

Und weiter:

„Wir wollen eine neue Ordnung, die alle Deutschen zu Trägern der Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt, verachten aber die Gleichheitslüge ...“

Und weiter:

„Wir wollen ein Volk, das ... im freien Stolze die niederen Triebe des Neides und der Missgunst überwindet.“

„Wir wollen Führende, die, aus allen Schichten des Volkes wachsend, verbunden den göttlichen Mächten, durch großen Sinn, Zucht und Opfer den anderen vorangehen.“

Welch ein wohltuender Kontrast zur Volksgemeinschaft und Großmannssucht der Nationalsozialisten.

Welch ein wohltuender Kontrast aber auch zu all den Maulhelden und nachträglichen Antifaschisten unserer Tage.

Welch ein wohltuender Kontrast zu denjenigen, die sich für mutig halten, weil sie mit Massenaufmärschen gegen kleine, aber unerwünschte Minderheiten kämpfen.

Meine Damen und Herren, Tote soll man ruhen lassen, tote Helden erst recht.

Ich weiß nicht, welcher Partei Graf Stauffenberg heute angehören würde. Es würde mir im Traum nicht einfallen ...

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Hören Sie doch einmal zu.

Es würde mir im Traum nicht einfallen, ihn irgendeiner Partei – auch nicht der meinen – zuzuordnen. Nach allem, was ich weiß und hier erlebt habe, würde er sich vermutlich vom gegenwärtigen Politikbetrieb insgesamt eher abwenden.

Wer in der Zeit des Nationalsozialismus Herz und Rückgrat hatte, trotz aller Gefahren, trotz Gestapo, trotz Folter, Sippenhaft, KZs, Volksgerichtshofs und Mord den Mut hatte, sich aufzulehnen, der verdient es nicht, dass sein Ansehen besudelt wird durch die Mitläufer unserer Tage. Das gilt nicht nur für die Männer des 20. Juli.

Wenn sich hier eine Kollegin hinstellt, eine Exponentin dieser Überreste der Sozialdemokratie, und wegen einiger Zwischenrufe sich selbst ernsthaft in eine Reihe mit Otto Wels stellt, besudelt sie das Ansehen dieses Mannes.

Wenn sich allen Ernstes eine Vizepräsidentin dieses Hauses nach einem regelwidrigen, aber auch völlig harmlosen Protest von der Zuschauertribüne, der übrigens auch noch alles andere als einzigartig in der bundesdeutschen Parlamentsgeschichte ist, mit tränenricker Stimme an Weimar erinnert fühlt, kann ich nur fragen: Geht es nicht noch eine Nummer größer?

Nein, meine Damen und Herren, niemand hier ist ein Widerstandskämpfer. Die allermeisten sind Mitläufer, immer dabei, wenn sich mal wieder alle einig sind, und immer mutig, wenn es nichts kostet.

Da helfen auch all die Lippenbekenntnisse und das Maulheldentum nichts, und ganz sicher nicht der Antrag, den Sie jetzt noch schnell hinterher geschoben haben.

Schlimm genug, dass man Sie daran erinnern muss, wo hier doch sonst jeder noch so abwegige Gedenktag begangen wird.

Schlimm ist vor allem aber auch, dass Sie nicht einmal bei so einem Andenken die Größe haben, die Parteipolitik stecken zu lassen. Meine Damen und Herren, das sind politische Krämerseelen.

Stattdessen wechseln Sie politisches Kleingeld und schieben Ihren gegenderten Antrag noch schnell hinterher, den Sie aus lauter Einfallslosigkeit auch noch größtenteils aus Zitaten gebaut haben.

Da wir ja alle wissen, was gleich passiert, und die üblichen Spielchen kennen, bitte ich Sie jetzt gar nicht um Stimmen für unseren Antrag.

Ich bitte Sie nur um eins: Berufen Sie sich bitte nicht auf die Widerstandskämpfer. Stellen Sie sich nicht in diese Tradition, denn das haben diese Männer wirklich nicht verdient.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Bergmann das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Auch wenn es mir etwas schwerfällt, mich jetzt zusammenzureißen, will ich zumindest dem Hohen Hause deutlich machen, dass sich auch ein Bergmann in diesem Haus ans Rednerpult stellen kann, sich ordentlich benehmen kann und nicht von anderen missbraucht wird.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir haben ohne Zweifel ein wichtiges Thema. Wir haben ohne Zweifel mit dem 20. Juli einen Gedenktag, der sich nähert.

Ich hätte es schön gefunden, wenn die angeblich ja so geschichtsbewusste Partei sich diesem Thema mit mehr als nur einem anscheinend fast von Wikipedia abgeschriebenen Antrag genähert hätte.

Dort steht alles nur in Beschreibungen, kein Beschlussvorschlag und besonders – und das ist etwas, was ich ganz merkwürdig finde – überhaupt nichts über Folgen und Konsequenzen für das heutige Handeln, sondern nur das Deskriptive, das in der Vergangenheit stattfindet.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Herr Seifen, dass Sie als ehemaliger Geschichtslehrer so etwas durchgehen lassen – nur in der rückblickenden Warte, keine Folgen für heute ableitend –, ist pädagogisch nicht richtig.

Dabei spüren wir doch alle – und ich denke, das gilt für das ganze Haus –, dass es gerade jetzt so wichtig ist, die Dinge, die 1933 bis 1945 passiert sind, äußerst kritisch auch vor dem Hintergrund der heutigen Geschehnisse zu reflektieren und vielleicht sogar zu vergleichen, denn leider gibt es wieder viele Parallelen.

So sprechen Sie, die Sie so passend ganz rechts außen sitzen, immer von „Altparteien“. Das tun Sie ganz bewusst.

Sie wissen natürlich, dass das die Diktion von Adolf Hitler ist, die er in den Jahren der Weimarer Republik gegenüber den Parteien benutzt hat. Das ist nicht nur unverschämt, sondern desavouiert Sie natürlich vor dem Hintergrund Ihres jetzigen Antrages.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns noch weiter gehen. Ich weiß ja, dass ich bei Ihren Mitschnitten nicht stattfinden werde; ich habe damit gar kein Problem. Sie sind ja auch bildfüllend.

(Heiterkeit – Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

Claus Schenk Graf von Stauffenberg und alle anderen – ich finde so schade, dass das in Ihrer Rede auch nicht vorkam – militärischen Oppositions- und Widerstandskämpfer sind natürlich Helden aus der heutigen Sicht, und das völlig zu Recht.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Aber, Herr Tritschler, das passt überhaupt nicht zum Rest Ihres Verhaltens. Wenn Sie das nämlich wirklich so meinten, würde Ihr Herr Gauland nicht – ich

zitieren; leider, Frau Präsidentin – „von einem Vogelsschiss in der Deutschen Geschichte sprechen“, wenn er die Jahre 1933 bis 1945 zusammenfasst.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Herr Tritschler, noch viel schlimmer ist, wenn Herr Höcke mit Blick auf das Denkmal im Herzen unserer Bundeshauptstadt für die ermordeten Juden von einem „Denkmal der Schande“ spricht.

Das ist genau der Grund gewesen, warum Stauffenberg von seiner Sympathie am Anfang für diese Bewegung umschwenkte, weil er die Judenmordung und die Verfolgung der Menschen im Osten mitbekommen hatte.

Das jetzt dazu zu benutzen, auf der einen Seite schönzuspielen – Denkmal der Schande, Mahnmal der Schande –, und auf der anderen Seite zu sagen, dass diese Leute Helden sind, ist nicht nur scheinheilig; das ist schäbig.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Wissen Sie, ich habe im Geschichtsstudium ganz oft diese Thematik gehabt: Welche Bedeutung hatten die Widerstandskämpfer? Warum sind die Widerstandskämpfer erst zu dem und dem Zeitpunkt überhaupt in die Strümpfe gekommen und haben sich vorher sogar an Menschenrechtsverletzungen im Osten beteiligt? Warum ist das so passiert?

Damit werden Sie sich mit Sicherheit intensiv beschäftigt haben; zumindest wäre es für diesen Antrag sinnfällig gewesen.

Wenn Sie hier derartig einseitig auf einen abheben, es sich so zurechtbiegen und nachher auch medial für sich verarbeiten wollen, finde ich das unglaublich.

Sie erwähnen nämlich in Ihrem Antrag noch nicht einmal – deswegen ist der Antrag völlig unzustimmungsfähig –, dass es viel früher und viel breiter gestreut in unserem Land Widerstandskämpfer gegeben hat.

(Roger Beckamp [AfD]: Siehe 20. Juli!)

– Das ist etwas, was Sie so gern tun: Sie picken Rosinen heraus und haben immer nur einseitige Blickrichtungen.

Aber Sie können den 20. Juli nicht verstehen – da müsste Herr Seifen sogar eigentlich mit Schamesröte im Boden versinken –, wenn Sie nicht die Widerstandsbewegungen im Dritten Reich davor auch mit in Betracht ziehen. Das geht nicht.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Wenn Sie um die Beziehungen wüssten, die zum Beispiel aus dem „Kreisauer Kreis“ in diesen Bereich

gegangen sind, wenn Sie darüber wüssten, welche verwandtschaftlichen Beziehungen es aus der „Weißen Rose“ und aus den anderen Widerstandsbereichen gegeben hat, hätten Sie es zumindest mal in einem Nebensatz erwähnt.

Ich erwarte gar keinen Beschlussvorschlag von Ihnen, weil Sie gerade schon selbst gesagt haben, dass Sie gar keine Chance haben, dass der Antrag durchkommt. Aber zumindest historisch ordentlich argumentieren sollten Sie, wenn Sie sich so einem Thema nähern, doch.

Das Fazit: Es ist eine verquere Einäugigkeit, die hier noch einmal von Ihnen ausgelebt wird. Dem können wir natürlich nicht folgen. Das geht überhaupt nicht.

Sie werden es nicht schaffen, in Ihrer Partei – Sie haben letzte Woche ein wunderbares Beispiel dafür gegeben – die Geister, die Sie selbst gerufen haben in Ihrem Laden, wieder loszuwerden.

Die Unterwanderung bei Ihnen mit diesem Gedankengut in der Bereitschaft, ganz bewusst historisch zu separieren, ist so weit ausgeprägt, dass ich inzwischen verstehen kann, dass sich die Henkels, die Petris und die Pretzells von Ihnen schon verabschiedet haben. Das werden nicht die Letzten bleiben, denn es wird immer mehr Leuten deutlich, wofür Sie eigentlich stehen.

(Helmut Seifen [AfD]: Wofür stehen wir denn?)

Es wird Ihnen nicht mehr lange gelingen, das zu kaschieren.

Wenn Sie ehrlich zu uns und zu sich selbst sind, merken Sie doch auch, dass Sie selbst – Herr Seifen und die Gruppe – inzwischen in dieser, Ihrer Partei eigentlich gar nicht mehr richtig unterwegs sind.

In dieser Gemengelage ist so ein Antrag der Retrospektive vielleicht der Versuch der Vercremung irgendwelcher parteipolitischer Wunden bei Ihnen.

Dass Sie sich nicht einmal zu schade dafür sind,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

das auf dem Rücken von Stauffenberg zu tun, finde ich unglaublich.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ganz peinlich!)

Ich möchte um Unterstützung für unseren Entschließungsantrag bitten, weil wir genau das Gegenteil tun:

Wir würdigen die historische Rolle bei der ganzen kritischen Betrachtung, die man dieser Gruppe des Widerstands auch zukommen lassen muss. Wir würdigen das, haben hohen Respekt vor der persönlichen Entscheidung dieser Männer,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

die das alles für sich und für ihre Familien mit ihrem Leben bezahlt haben.

Aber wir wollen auch einen Blick vorauswerfen und schauen: Welche Lehren können wir daraus für uns in unserem aktuellen politischen Zusammensein ziehen?

Das ist aus unserer Sicht doch das wahre Vermächtnis von Stauffenberg und den anderen Widerstandskämpfern in den Organisationen: Wir müssen auffordern, dass sich jeder schützend vor unsere Demokratie stellt.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es darf von unserem Vaterland nie mehr eine Politik der Ausgrenzung, der Hetze und der Verfolgung ausgehen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN und von Marcus Pretzell [fraktionslos])

Das sind wir dem Engagement der Widerstandskämpfer aus dem Militär, der Zivilgesellschaft und der Kirche schuldig.

Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab und bitten um Unterstützung für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN und von Marcus Pretzell [fraktionslos])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Bergmann. Sie haben wahrscheinlich gemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, und zwar von Herrn Abgeordneten Wagner.

Markus Wagner (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Bergmann, ich komme zunächst einmal zu Ihrer Begrifflichkeit oder der Verbindung der Begrifflichkeit „Altparteien“ zu Göbbels.

Ich glaube, Sie haben mir bei meiner ersten Haushaltsrede, die ich hier gehalten habe – die Grüne Frau Beer hatte das ja schon mal gebracht –, nicht richtig zugehört; sonst hätten Sie den Vergleich vermieden.

Denn noch in den späten 80er-Jahren war es die grüne Partei – das ist die Partei, mit denen Ihre Partei in verschiedensten Bundesländern koalitiert –, die den Begriff „Altparteien“ mehrfach in ihrem Bundestagswahlprogramm gebraucht haben, und im Übrigen nicht nur dort. Vielleicht sollten Sie in Ihrer absurden Argumentation, wie Sie sie soeben vorgebracht haben, mal ein bisschen abrüsten.

(Guido Déus [CDU]: Das sagt der Richtige!)

Nun zum Denkmal der Schande. Ich will einmal zitieren: Das Holocaust-Mahnmal

„soll in der Mitte der wiedergewonnenen Hauptstadt Berlin ... an unsere fortwährende Schande erinnern. Anderen Nationen wäre ein solcher Umgang mit ihrer Vergangenheit fremd. Man ahnt, daß dieses Schandmal gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist.“

Das kommt von wem? Von Rudolf Augstein in einem Kommentar des „SPIEGEL“ aus dem Jahr 1998. Jetzt frage ich Sie allen Ernstes: Wenn man nicht von einem Denkmal der Schande sprechen soll, wie soll man es denn sonst nennen, etwa ein Denkmal der Freude? Doch ganz sicher nicht.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Redezeit? Der hat noch mal Luft geholt!)

Markus Wagner (AfD): Sie sprechen davon, dass Sie die Attentäter vom 20. Juli würdigen. – Sieht so Ihre Würdigung aus, dass Sie den 75. Jahrestag vergessen und durch unsere Resolution erst daran erinnert werden, einen Entschließungsantrag zu stellen?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit ist beendet.

Markus Wagner (AfD): Das ist Ihre Würdigung? Tut mir leid, ...

(Das Mikrofon wird abgestellt. – Beifall von der SPD – Markus Wagner [AfD]: ... das ist Ihre Interpretation! – Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Dr. Bergmann, bitte.

Dr. Günther Bergmann^{*)} (CDU): Schönen Dank, Frau Präsidentin. – Wenn jemand etwas Schlechtes tut und man macht es nach, wird es dadurch nicht besser, Herr Wagner.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich habe diese Begrifflichkeit schon in den 80er-Jahren gegenüber den Grünen genauso scharf kritisiert, wie ich es gerade Ihnen gegenüber getan habe. Dass Sie den Begriff nach 30 Jahren immer noch nutzen, zeigt, welchen geistigen Fortschritt die Mitglieder Ihrer Partei in den 30 Jahren hinter sich gebracht haben, nämlich keinen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Dieses Denkmal im Herzen unserer Hauptstadt ist ein ganz starkes Zeichen eines demokratischen

Deutschlands, zu dem sich bis jetzt keine andere Demokratie weltweit durchringen konnte. Für die indigenen Bevölkerungen werden Sie in den Hauptstädten weder Nord- noch Südamerikas ein Denkmal in dieser Art und Ausdrucksstärke finden. Was für ein starkes Zeichen eines starken demokratischen Deutschlands! Da bin ich stolz auf mein Vaterland.

(Markus Wagner [AfD]: Ja, wir auch!)

Was dazu einzelne Leute äußern, die aus Augsteinischen oder welchen Ecken auch immer kommen, ist mir eigentlich völlig egal. Wenn es aber eine politische Partei als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung unwidersprochen tut, ist das für unsere Demokratie gefährlich und gefährdend, und dagegen müssen wir aufstehen.

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Professor Dr. Rudolph.

Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Bergmann, ich bin Ihnen sehr dankbar für die Worte, die Sie an die Adresse dieser einen Fraktion gefunden haben. Ich darf Ihnen auch im Namen der SPD-Fraktion dafür ganz herzlich danken.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ein gelungenes Beispiel dafür, warum es so große Unterschiede zwischen unserer Demokratie und Weimar gibt! Bemerkenswert ist auch, wer in den Reihen dieser Fraktion – wenn man genau hinschaut – heute fehlt.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Ich will etwas zu der eigentlich aufgeworfenen Frage sagen. Sie lautet: Wie erinnern wir uns heute an den 20. Juli? Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der mutige Attentäter des 20. Juli, stand nicht allein. Die Bewegung des 20. Juli verkörpert auf sehr eindrucksvolle Weise die Vielfalt des anderen, des besseren Deutschlands. Dabei waren enttäuschte Nationalsozialisten, wie der 1940 aus der NSDAP ausgeschlossene Graf Schulenburg oder der frühere Polizeipräsident von Berlin Graf von Helldorff. Dabei waren Nationalkonservative wie Generaloberst Beck oder der Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler.

Aber dazu gehörten auch Gewerkschaftsführer wie Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser, Sozialdemokraten wie Adolf Reichwein und der Mentor des jungen Willy Brandt, Julius Leber, aber auch Christen und überzeugte Europäer wie Graf Moltke und Peter

Graf Yorck von Wartenburg, Alfred Delp oder Dietrich Bonhoeffer.

Diese unterschiedlichen Personen einte ein Ziel: Es bestand darin, den Amoklauf eines verbrecherischen Regimes endlich zu stoppen. Viele wussten, dass dies misslingen könnte. Darum wollten sie vor den Augen der Welt doch wenigstens ein Zeichen setzen. Zu einer solchen Sicht hat sich beispielsweise General von Tresckow in aller Deutlichkeit bekannt. Dies waren seine Worte:

„Das Attentat auf Hitler muß erfolgen, um jeden Preis. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat.“

Ich finde, eine solche Haltung verdient auch heute unseren Respekt und unsere Anerkennung.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP, den GRÜNEN, Markus Wagner [AfD], Marcus Pretzell [fraktionslos] und Frank Nepe [fraktionslos])

Nun wissen wir auch, dass viele Nationalkonservative zunächst Anhänger des Regimes gewesen waren, dass sie dann zu Systemkritikern wurden und schließlich zu Regimegegnern.

Doch bemerkenswert ist, dass sie mit den Widerstandskämpferinnen und -kämpfern der ersten Stunde zusammenfanden. Deswegen kann man den Namen Graf Stauffenberg nicht aussprechen, ohne einen zweiten Namen zu nennen, nämlich Julius Leber, weil wir wissen, dass es eine besondere Nähe zwischen dem Aristokraten Stauffenberg und dem Sozialdemokraten Leber gab. So wünschte sich der Graf, der sicherlich kein Anhänger der Republik von Weimar gewesen war, den Weimarer Reichstagsabgeordneten nach einem Sturz des Regimes auf dem Posten des Reichskanzlers einer zivilen Regierung.

Da versteht man dann auch die schöne Aussage von Ralf Dahrendorf, der zum Widerstand des 20. Juli gemeint hat, dies sei ein „Aufstand des Anstands gegen eine von allen guten Geistern verlassene Staatsführung“ gewesen.

Meine Damen und Herren, das Attentat des 20. Juli – auch das ist bereits angeklungen – stand nicht allein. Beispielsweise gab es Johann Georg Elser, den einfachen Schreinergehilfen, der nur auf sich gestellt am 8. November 1939 das Attentat im Münchener Bürgerbräukeller verübte. Es gab die Weiße Rose sowie – weniger spektakulär, aber von Anfang an einer besonders brutalen Verfolgung ausgesetzt – den Widerstand aus der Arbeiterbewegung.

Außerdem gab es die vielen Namenlosen, die widerstanden haben: den Nachbarn, der bedrohte Mitbewohner vor der Gestapo warnte; die Rüstungsarbeiterin, die Solidarität mit der ausländischen Zwangsarbeiterin übte; den Deserteur, der am Krieg eines verbrecherischen Regimes nicht länger teilnehmen wollte. Diesem lautlosen Widerstand schulden wir auch heute noch viele Denkmäler.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP, den GRÜNEN, Markus Wagner [AfD] und Marcus Pretzell [fraktionslos])

Wir müssen uns aber auch an die Opfer erinnern, die kaum Chancen besaßen, Widerstand zu leisten. Dietrich Bonhoeffer hatte die Christen schon 1933 aufgefordert, den jüdischen Mitbürgern beizustehen und – Zitat – „dem Rad des Terrors“, das auf sie zurollte, „in die Speichen zu greifen“.

Deswegen gehört zu unserer Erinnerung auch jene an die Millionen Juden, die ermordet wurden, die Sinti und Roma, die Zeugen Jehovas, die geistig und körperlich Behinderten, die Homosexuellen, die vielen Fremd- und Zwangsarbeiter sowie die Kriegsgefangenen, die man verhungern ließ. Wir sollten außerdem an die Frauen und Männer im Warschauer Ghetto denken, die alles gewagt und alles verloren haben und gerade deshalb in unserer Erinnerung weiterleben sollten.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN und Marcus Pretzell [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Es war Johannes Rau, der darauf hingewiesen hat, dass wir dem Gedenken an den Widerstand des 20. Juli keinen Gefallen tun würden, wenn wir hier eine Art – wie er es genannt hat – Kult der Gerechten aufbauen würden; denn hinter einem solchen Kult der Gerechten verblasst schnell die Schuld der Täter von damals, das Schweigen der Mehrheit und auch die Verantwortung der Mitläufer im Dritten Reich.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP, den GRÜNEN und Andreas Keith [AfD])

Johannes Rau hat uns auch einen zweiten Grund genannt, warum wir keinen Heldenkult treiben sollten. Die Widerstandskämpfer waren nämlich Menschen aus Fleisch und Blut mit all ihren Zweifeln, Irrtümern, Gewissensbissen und auch Widersprüchen. Aber erst dadurch gewinnen sie Glaubwürdigkeit und erst dadurch können sie in einer offenen demokratischen Gesellschaft wirklich zum Vorbild für Bürgerinnen und Bürger werden. Ikonen und Helden findet man in demokratischen Gesellschaften eigentlich nicht. Auch das sollte man meiner Meinung nach an dieser Stelle sagen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Schließlich kann man natürlich fragen, warum das Attentat so spät kam. Man wird aber ebenso sagen dürfen: Moralisch ist es niemals zu spät, ein mutiges Zeichen gegen den Terror und die Unmenschlichkeit zu setzen. – Genau darum ging es Helmuth James Graf von Moltke, als er 1942 einem englischen Freund schrieb – ich zitiere aus dem Schreiben –:

„Die eigentliche Frage, vor die Europa nach dem Krieg gestellt sein wird, ist die, wie das Bild des Menschen im Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden kann.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist – in einem Satz zusammengefasst – das Vermächtnis des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Er verweist außerdem auf seine europäische Perspektive; denn namentlich im Kreisauer Kreis dachte man eine Nachkriegszeit, in der das Trennende der Nationalstaaten in einem Europa der Regionen überwunden werden könnte.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen letzten Gedanken äußern: Auch diese Debatte hier zeigt meiner Auffassung nach bereits: Passives Gedenken allein reicht nicht. Wenn einer auf den anderen wartet, dann handelt niemand und es geschieht nichts.

Das heißt: Der Staat darf nicht auf die Bürger warten und die Bürger dürfen nicht auf den Staat warten. Wir müssen den Gespenstern des Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus rechtzeitig aktiv begegnen.

Für uns kommt es heute darauf an, Zynismus, Gleichgültigkeit und Hass jeden Tag aufs Neue zu überwinden; denn das ist das politische Vermächtnis des 20. Juli, damit die Geschichte sich nicht wiederholt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der SPD, der CDU, der FDP, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Rudolph. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Paul.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Betrachten wir den AfD-Antrag, dann versteigt dieser sich nach einer historischen, einer ausführlichen Darstellung in pathetischen Formulierungen: Wir Deutsche seien zu ewigem Dank verpflichtet. Die Männer des 20. Juli seien Helden – ein Begriff, der von den beiden Kollegen zuvor schon thematisiert wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Heldengedenken ist das bei uns in Deutschland doch so eine Sache. Mit Ihrem AfD-Antrag heute werden Sie es nicht schaffen, einen neuen Heldengedenktag einzuführen.

Es war eine mutige Tat, die unser Land von einem Tyrannen erlösen sollte. Ob die Männer des 20. Juli selbst als Helden gefeiert werden wollten, wage ich zu bezweifeln.

Ohne Zweifel führten sie Gutes im Schilde, auch wenn sie aus heutiger Sicht sicher keine lupenreinen Demokraten waren.

Ihnen ging es darum, unser Volk, unser Land aus einer mörderischen, alles zerstörenden Geiselhaft zu erlösen, die totale militärische Niederlage noch abzuwenden. Bedenken Sie, dass der Krieg im letzten Jahr noch einmal so viele Opfer gefordert hat wie in der Zeit bis dahin.

Ihnen ging es auch darum, zu zeigen, dass es in führenden Wehrmachtskreisen noch verantwortlich handelnde, gewissenhafte Offiziere gab. Sie wollten moralische Integrität wiederherstellen.

Zu Recht pflegen wir daher ein Gedenken an die mutigen Männer des 20. Juli bei der jährlichen Gedenkstunde im ehemaligen Bendlerblock, dem Bundesministerium der Verteidigung, und bei anderen Veranstaltungen – gerade in diesen Tagen und Wochen; landauf, landab auch in Nordrhein-Westfalen. Auch dafür bedarf es Ihres Antrags heute nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das betrifft nicht nur diese Widerständler, sondern auch alle anderen, die sich aktiv gegen die mörderische Hitler-Diktatur stellten. Wir erinnern uns bei vielen Gelegenheiten an alle Opfer.

Das alles findet sich – das haben die beiden Vorredner schon deutlich gemacht – im AfD-Antrag leider gar nicht wieder. Er beweihräuchert allein den militärischen Widerstand. Die AfD ist dabei auf merkwürdige Weise unhistorisch. Sie engen das Gedenken auf einen Personenkreis ein und schmälern damit die Leistungen vieler, die sich in Deutschland, in den besetzten Ländern und auch außerhalb des deutschen Machtbereichs mutig gegen die Nationalsozialisten und den von ihnen beherrschten deutschen Staatsapparat stellten.

Ihre Absicht, das öffentliche Gedenken auf den konservativ-nationalen, den militärischen Widerstand zu konzentrieren, überrascht mich aber gar nicht. Es ist ein Ansatz der Neuen Rechten, der seit Jahren wohlbekannt ist – ein Versuch der nachträglichen moralischen Entlastung und, wenn man so will, der Reinschönung. Er wird vertreten durch selbsternannte Vordenker der Neuen Rechten wie den Verleger Götz Kubitschek und andere – Sie werden sie besser kennen. Das Attentat sei ein Aufstand des Deutschland gewesen – solche Formulierungen liest man da.

Nachfahren des echten Oberst von Stauffenberg stellen sich gegen diese Vereinnahmung. Sein Enkelsohn, Karl Schenk Graf von Stauffenberg, sagt heute:

„Mein Großvater und sein Patriotismus werden vollkommen aus der Zeit herausgerissen. ... Hätte mein Großvater erlebt, dass wir seit 1945 zumindest im westlichen Europa in Frieden leben, so wäre er sicherlich kein Verfechter des Nationalstaates gewesen, als den die AfD ihn haben möchte.“

Karl Schenk Graf von Stauffenberg hat in seiner Heimatregion, in Unterfranken, den Verein „Mittendrin statt EXTREM daneben“ gegründet, mit dem er auf die Gefahren der Radikalisierung von Ideen und Religionen aufmerksam macht. Er ist Freier Demokrat und Kreisvorsitzender unserer Partei in der Region Unterfranken.

„Mein Großvater war kein Held“, sagt Karl Schenk Graf von Stauffenberg. Er habe aber Zivilcourage bewiesen – wie viele andere auch. Darum sei es ihm gegangen; das wisse er auch aus Gesprächen mit seiner im Jahre 2006 verstorbenen Großmutter.

Angesprochen auf die Vereinnahmung seines Großvaters durch die Neue Rechte und die AfD sagt mein Freund Karl Stauffenberg:

„Ich finde es abartig, die Geschichte so zu verdrehen. In das Handeln und die Ansichten meines Großvaters eine nationalistische Gesinnung hineinzuinterpretieren und gleichzeitig das Dritte Reich als ‚Vogelschiss‘ zu bezeichnen,“

– wie Ihr Bundesvorsitzender –,

„das passt überhaupt nicht zusammen.“

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Was auch überhaupt nicht zusammenpasst, sind die Stimmen aus Ihrer Partei – unlängst noch zu hören – zu den mutigen Männern des 20. Juli. Lars Steinke, Landesvorsitzender des mittlerweile aufgelösten AfD-Jugendverbandes Niedersachsens, hat geschrieben – es ist wenige Monate her – ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Paul, entschuldigen Sie, dass ich Sie an dieser Stelle unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Tritschler.

Stephen Paul (FDP): Nein, das ist dem Thema, glaube ich, nicht angemessen.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der Regierungsbank)

Dieser Lars Steinke – Sie werden ihn auch kennen; Sie haben sich mit ihm ja auch auseinandersetzen müssen – schrieb noch im letzten Jahr:

Stauffenberg war ein Verräter, der bereit war, Millionen von Menschen zu opfern und Menschenleben zu

riskieren – ohne erkennbaren Nutzen für das deutsche Volk. Stauffenberg war kein Held – so schreibt der ehemalige Landesvorsitzende der AfD-Jugend Niedersachsens weiter –, und der 20. Juli war kein Glanzstück. Es war der beschämende Versuch eines Feiglings – so schreibt er weiter –, die eigene Haut vor dem kommenden Sieger zu retten.

Ich bezweifle, dass die Steinkes der AfD den Schneid gehabt hätten, sich unter Einsatz ihres Lebens gegen Hitler zu stellen, wie Graf von Stauffenberg es gemacht hat. Es wird Ihnen daher auch nicht gelingen, den Patriotismus des Oberst von Stauffenberg oder auch das nationalliberale Erbe Stresemanns für Ihre heutigen parteipolitischen Zwecke zu vereinnahmen.

Dieser Landtag stellt sich Ihnen und Ihren Absichten mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag klar entgegen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, schließen wir alle Männer und Frauen in unser Gedenken ein, die sich gegen die Nationalsozialisten und ihre Verbrechen gestellt haben. Und wir, die wir in die heutige Zeit gestellt sind: Fördern wir nach Kräften unser menschliches Miteinander. Stärken wir unseren freiheitlich-demokratischen Staat und unsere heutige gesellschaftliche Ordnung! – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP, der CDU, der SPD, den GRÜNEN, Marcus Pretzell [fraktionslos] und der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Paul. – Es wurde eine Kurzintervention angemeldet. Sie können Sie am Redepult oder an Ihrem Platz entgegennehmen – wie Sie es möchten. Die Kurzintervention hat Herr Seifen angemeldet.

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Paul – und ich möchte Herrn Bergmann mit einschließen –, ich bin wirklich maßlos entsetzt über Ihre Reden. Sie hätten sich wirklich ...

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich weiß nicht, ob das jetzt wirklich ein Grund ist, sich hämisch zu äußern. Wir würdigen hier Stauffenberg und Widerstandskämpfer, und Sie äußern sich hämisch. Sie hätten sich ein Beispiel an Herrn Professor Rudolph nehmen sollen. Er hat als Einziger – außer Herrn Tritschler – Stauffenberg und den Widerstandskreis gewürdigt und dann zu Recht noch andere Widerständler erwähnt.

Ihnen von der CDU und der FDP fällt nichts anderes ein, als sich die ganze Zeit mit der AfD zu beschäftigen. Ich finde das, ehrlich gesagt, unterirdisch.

(Rainer Deppe [CDU]: Ist aber richtig!)

Ich habe sehr gut zugehört. Herr Steinke ist mittlerweile genau aus den Gründen, die Sie hier nennen,

aus der Partei rausgeflogen. Er ist aus der Partei rausgeflogen. Es werden noch andere rausfliegen.

Sie sollten endlich diese Menschen, die Sie richtig in ihrer Unterschiedlichkeit und Widersprüchlichkeit beschrieben haben, würdigen. Übrigens, wenn Sie die Literatur kennen, sind das gerade Helden. Ich will allerdings kein Heldengedenken haben.

Ich finde es ehrlich beschämend, dass Sie diesen Menschen noch so viel hinterherwerfen, nur weil Sie davon parteipolitisches Kalkül gewinnen wollen.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Das finde ich unmöglich.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen (AfD): Ich finde das wirklich beschämend.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Paul, Sie haben jetzt Gelegenheit zu antworten, wenn Sie möchten.

Stephen Paul^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Seifen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur zwei Dinge feststellen: Erstens. Sie scheinen mir gar nicht zugehört zu haben.

(Helmut Seifen [AfD]: Sehr gut sogar!)

Zweitens. Sie müssen in Ihrer Partei – Sie wissen, worauf ich anspiele – so unter Druck stehen, dass Sie solche Äußerungen hier tun und sich auf diese Weise so den Beifall Ihrer Kollegen einholen wollen. Aber auf dieses Spielchen wird der Landtag von Nordrhein-Westfalen nicht eingehen.

(Anhaltender Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein wichtiger Teil unserer Erinnerungskultur ist das Gedenken an die Frauen und Männer, die im Widerstand gegen die Ideologie und die Verbrechen der NS-Diktatur aktiv waren. Auch ich finde es wichtig, noch einmal deutlich zu machen, wie vielfältig dieser Widerstand war in seinem Handeln, aber auch in seinen politischen Hintergründen.

Es gab Christinnen und Christen, die die NS-Ideologie nicht mit ihrem Glauben vereinbaren konnten. Es gab kommunistische, es gab sozialdemokratische Widerstandsgruppen. Es gab junge Menschen, die nicht mit der Konformität der Hitlerjugend einverstanden waren. Es gab Menschen, die Flugblätter verteilt haben. Es gab Personen, die versuchten, die Rüstungswirtschaft zu sabotieren. Es gab Unterstützung für verfolgte Jüdinnen und Juden, und es gab den militärischen Widerstand. Viele sind darunter – es klang gerade schon an –, deren Namen wir heute gar nicht kennen oder deren Namen heute gar nicht mehr so bekannt sind.

Eines muss deutlich gesagt werden: Gemein war diesen Menschen im Widerstand, dass sie in einer absoluten gesellschaftlichen Minderheit standen. Umso mehr, finde ich, müssen wir das Engagement dieser Widerständler hervorheben und anerkennen, eben weil der Widerstand keine Selbstverständlichkeit war, sondern weil es besonderen Mut und einer besonders tiefen Überzeugung bedurfte.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Mich persönlich bewegt immer wieder, dass diese Frauen und Männer ihr eigenes Leben für ihre Überzeugung und auch das Leben ihrer Angehörigen riskiert haben. Sie mussten ja permanent damit rechnen, dass sie verraten werden. Sie mussten damit rechnen, dass die Nationalsozialisten sie verhaften würden. Sie mussten auch mit dem Todesurteil rechnen. Und trotzdem haben sie sich gegen das NS-Unrechtsregime gestellt. Sie haben sich gegen Massenmord und Vernichtungskrieg gestellt. Das müssen wir heute anerkennen, und das tun wir heute auch.

Wenn wir heute über das Leben von Sophie Scholl, über Dietrich Bonhoeffer oder viele andere lesen, dann, so finde ich, drängt sich doch eine Frage förmlich auf, und zwar: Wie hätten wir uns eigentlich zur Zeit des Nationalsozialismus verhalten, wir persönlich? Ich glaube, diese Frage kann, wenn überhaupt, jede und jeder von uns nur für sich selbst beantworten.

Aber eines muss doch klar sein – und das ist, dass das Gedenken an die Menschen, die in der Opposition und im Widerstand aktiv waren, uns Mahnung sein müssen, dass wir unsere freiheitliche Demokratie und unseren Rechtsstaat schützen müssen, dass uns dieses Gedenken auch dazu verpflichtet, insbesondere auf die Rechte und den Schutz von gesellschaftlichen Minderheiten zu achten.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Deshalb finde ich es so unglaublich und so entlarvend, dass ausgerechnet die AfD heute diesen Antrag eingebracht hat. Ich finde es unerträglich, dass

ausgerechnet die AfD versucht, die Geschichte des Widerstands in der NS-Zeit für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Die AfD steht für eine rassistische, für eine menschenverachtende Haltung. Die AfD vertritt das Konzept des völkischen Ethnopluralismus. Und das ist übrigens genau dasselbe ideologische Konzept, das auch von der Identitären Bewegung vertreten wird. Und die ist gestern zurecht vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft worden.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ich möchte auch noch einmal an die Debatte, die wir vor zwei Wochen erst hier im Landtag geführt haben, erinnern. Wir haben vor zwei Wochen über den Mord an Dr. Walter Lübcke, den ersten rechtsextremen Mord an einem Staatsvertreter, diskutiert.

Was hat die AfD in dieser Debatte gemacht? Sie hat den Mord und die Gefahr durch den Rechtsextremismus relativiert. Da frage ich mich: Wie unverfroren muss man eigentlich sein, jetzt heute diesen Antrag zum Gedenken an Widerstandskämpfer zu stellen? Das, finde ich, ist einfach nur noch entlarvend.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Entlarvend ist auch, was führende AfD-Politiker in der Vergangenheit in Sachen deutscher Erinnerungskultur gesagt haben. Ich glaube, die Zitate muss ich nicht wiederholen. Sie wurden zum Teil schon genannt, sie sind uns allen auch hinlänglich bekannt. Ich finde es wichtig, hier noch einmal klarzumachen und sich selbst klarzumachen, dass der Geschichtsrevisionismus ein Kernbestandteil des Rechtsextremismus ist.

Genau vor diesem Hintergrund muss man die Zitate von Höcke, von Gauland und von anderen bewerten. Die AfD hält die Flanke nach rechts bewusst ganz weit offen. Deshalb ist dieser Antrag so zynisch. Die AfD versucht, sich mit diesem Antrag einen bürgerlichen Anstrich zu geben, sich vom Vorwurf des Rechtsextremismus freizukaufen. Aber die menschenfeindliche, die demokratiefeindliche Haltung der AfD lässt sich nicht mehr übertünchen. Dafür ist in den letzten Tagen und in den letzten Wochen hier in Nordrhein-Westfalen zu viel passiert.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Dass die AfD den Mut und die Aufopferung der Frauen und Männer im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu instrumentalisieren versucht, das ist einfach nur erbärmlich, das ist schäbig. Deshalb bedanke ich mich auch noch mal bei den Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD, FDP und meiner Fraktion, dass wir gemeinsam der Menschen im Widerstand mit unserem Antrag gedenken. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Sie werden bemerkt haben, dass eine Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Wagner von der AfD-Fraktion angemeldet wurde. – Das Mikrofon ist frei, Herr Wagner.

Markus Wagner (AfD): Danke schön. – Frau Schäffer, Sie haben eben das getan, was Sie immer tun, aber nicht nur Sie, sondern auch die Kollegen der sich selbst als demokratisch bezeichnenden Fraktionen.

Sie bezeichnen alles, was der politische Gegner – in diesem Falle wir; wahrscheinlich sind wir so, wie ich Ihre Aussagen verstehe, eher der politische Feind – in den Landtag einbringt, als Versuch der Instrumentalisierung. Sie qualifizieren von vornherein ab und schaffen hier eine Art Volkskammer-Atmosphäre, wie wir sie ja schon am Mittwoch erlebt haben, um dann Ihre Unverschämtheiten an den Mann zu bringen – beispielsweise die, dass Sie die Hitler-Attentäter des 20. Juli 1944 heranziehen, um die völlig irrsinnige Behauptung in den Raum zu stellen, wir hätten den Mord an Walter Lübcke relativiert.

Frau Schäffer, für so schäbig habe ich Sie bisher nicht gehalten.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Wagner. – Jetzt hat Frau Kollegin Schäffer 90 Sekunden Zeit für die Erwiderung. Bitte sehr.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Ich habe Sie so verstanden, dass ich das Attentat von Stauffenberg dafür instrumentalisieren würde, Ihnen vorzuwerfen, Sie hätten vor zwei Wochen den Mord an Walter Lübcke relativiert.

Ganz ehrlich: Lesen Sie sich das Protokoll noch einmal durch. Sie haben den Mord an Walter Lübcke relativiert. Sie haben nämlich sehr deutlich gesagt – ich habe es noch einmal nachgelesen –, dass der politische Hintergrund für diesen Mord im Prinzip keine Rolle spiele.

Aber er spielt eine Rolle. Walter Lübcke ist aufgrund einer Haltung ermordet worden. Deshalb finde ich, dass man das hier so klar benennen muss.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP – Markus Wagner [AfD]: Wie billig ist das, was Sie hier bieten, eigentlich? – Gegenruf: Das müssen Sie sich einmal selber fragen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Wagner, Sie haben gerade auch eine Formulierung gewählt, die man vielleicht noch einmal überdenken sollte. – Als nächster Redner hat der fraktionslose Abgeordnete Pretzell das Wort. Bitte sehr, Herr Pretzell.

Marcus Pretzell* (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich muss etwas tun, was angesichts dieses Tages oder dieses Gedenkens vielleicht zunächst etwas ungebührlich erscheint. Ich möchte nämlich aus dem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ von Björn Höcke zitieren.

Er ist der Meinung, dass wir ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung oder Islamisierung zu widersetzen. – Ich stelle mir gerade die Frage, wie man Volksteile grundgesetzkonform und friedlich verliert.

Er wird nach dem göttlichen Versprechen bei Ovid gefragt, ein neueres, ein besseres Geschlecht zu erschaffen. Darauf antwortet er, dass er meine, wir Menschen sollten zunächst selbst versuchen, dieses bessere Geschlecht zu erschaffen.

Dann spricht er von der Selbstveredelung des Volkes. Er träumt von der Schaffung einer neuen Volkskirche, von einer europäischen Großraumordnung, von einer politischen Elite und von Antipluralismus. Das hört sich bei ihm so an: Der Parteigeist muss überwunden, die Einheit hergestellt werden.

Herr Kalbitz lässt dazu auf dem Kyffhäusertreffen verlauten: Lasst uns nicht Opfer dieses Individualismus sein, der die ganze Gesellschaft mit seinen Metastasen durchseucht hat. Lasst uns das Gemeinschaftsprinzip wiederentdecken; das heißt auch mal, sich einzuordnen.

Völlig widerspruchslos spricht Höcke vom „uomo virtuoso“ Machiavellis. Was ist der „uomo virtuoso“? Der „uomo virtuoso“ ist derjenige, der als vermeintlich wohlmeinender Despot auf den Trümmern von Staat und Gesellschaft – und das, meine Damen und Herren von der AfD, ist die Vorbedingung: die Trümmer von Staat und Gesellschaft – das Volk ins neue Licht führt.

Schnellroda, Kubitschek – das gehört alles dazu. Man frönt der Ästhetik des Faschismus oder verklärt den Selbstmord als Fanal zur höchsten Form politischer Äußerungen.

Kommen wir zurück zu 1930/1931/1932. Damals gab es Mitglieder der NSDAP, die keinen Führerstaat, keinen Krieg und kein KZ wollten. Sie hatten vielleicht sogar legitime Anliegen, von denen sie glaubten, sie in der NSDAP umsetzen zu können. Sie gaben der NSDAP Substanz. Sie gaben ihr auch einen letzten Rest eines bürgerlichen Mäntelchens.

Heute gibt es Bundestagsabgeordnete der AfD, die im persönlichen Gespräch sagen: Die Partei ist verloren. Sie gerät in die völlig falschen Hände und auf die völlig falsche Bahn. Das wissen wir. Aber ich habe Angst vor dem Shitstorm, den es gibt, wenn ich auch nur austrete.

Wo der Mut fehlt, Abgeordnete aus der Bundestagsfraktion auszuschließen, die auf der Wolfsschanze mit der Hand auf dem Herzen posieren, SA-Parolen plakatieren oder, wie die Bundestagsfraktionsvorsitzende Weidel, in Schnellroda auftreten, wo der Landtagsfraktion der Mut fehlt, Blex, Röckemann und Beckamp auszuschließen, da sollte man zu Heldentaten schweigen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Frank Neppe [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Mein Großvater

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

war eng mit Henning von Tresckow befreundet und kannte Stauffenberg und die anderen gut. Er gehörte zu dieser Gruppierung, hatte aber das große Glück, nicht verraten zu werden, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Marcus Pretzell¹⁾ (fraktionslos): ... und das zweifelhafte Vergnügen, kurze Zeit später in russische Kriegsgefangenschaft zu geraten und dadurch der Hand des NS-Regimes zu entfliehen.

Das ist weder Schuld noch Verdienst meiner Person. Aber es ist Verantwortung – Verantwortung, die wir alle tragen.

Meinen Großvater hat das Geschehene immer zerissen. Er hätte sich vermutlich nicht als Held bezeichnet.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Meine Damen und Herren, daraus kann man aber – gerade wenn man in die Zeit vor 1933 zurückblickt – Folgendes lernen: Es ist die Feigheit der vielen, die den Heldenmut der Wenigen zur Notwendigkeit erhebt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Frank Neppe [fraktionslos])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pretzell. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„Der 20. Juli ... erinnert uns an das, was wir wollen, was wir können möchten und was wir leben sollten: mutig zu unseren Werten zu stehen.“

So beschrieb der damalige Bundespräsident Joachim Gauck vor fünf Jahren die Bedeutung dieses wichtigen Gedenktags.

Die Menschen, die Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime geleistet haben, so wie der heute schon vielfach zitierte Claus Schenk Graf von Stauffenberg und die Frauen und Männer des 20. Juli, stehen in besonderer Weise für eine mutige Gewissensentscheidung trotz aller persönlichen Risiken für sich selbst und für ihre Angehörigen.

Das Attentat des 20. Juli war dabei in erster Linie eine Aktion des militärischen Widerstands.

Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Mitstreiter hatten einen Eid auf Adolf Hitler geschworen. Manche waren in die Verbrechen des Regimes verstrickt. Trotzdem konnten und wollten sie die Augen vor diesen schrecklichen Verbrechen nicht länger verschließen.

Sie hatten den Weg zum Widerstand gefunden, und sie bezahlten für diese Gewissensentscheidung einen hohen Preis. Noch am Abend des 20. Juli wurden Stauffenberg und seine Mitstreiter im Hof des Bendlerblocks in Berlin hingerichtet.

Der militärische Widerstand um Graf von Stauffenberg hatte enge Verbindungen zum weiteren politischen Widerstand, insbesondere zum Kreisauer Kreis. Im Kreisauer Kreis engagierten sich eben nicht nur Konservative, sondern auch Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kirchenvertreter.

An dem Versuch, das Regime zu stürzen, eine neue Regierung zu bilden und den Krieg zu beenden, waren viele Menschen mit unterschiedlichen Motiven und unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen beteiligt. Viele dieser Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer wurden in Schauprozessen verurteilt und anschließend hingerichtet.

Man kann sie gar nicht alle nennen. Wir haben aber heute schon einige vernommen. Die Frauen und Männer des 20. Juli, die Mitglieder der Weißen Rose, der Theologe Dietrich Bonhoeffer und die Vertreter der Bekennenden Kirche, die Mitglieder der Roten Kapelle, die Mitglieder der besonders im Rheinland aktiven Edelweißpiraten und viele, viele andere Frauen und Männer, die sich dem Nationalsozialismus entgegengestellt haben: Sie alle mahnen uns zum Widerstand gegen Totalitarismus, Diktatur und Unrecht.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN, Markus Wagner [AfD] und Andreas Keith [AfD])

Die Menschen, die sich am Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime beteiligt haben, sind dabei mit allen ihren Leistungen, aber auch allen inneren Zwiespälten, Konflikten und Widersprüchlichkeiten zu würdigen.

Seit der Verabschiedung des Grundgesetzes hat die Bundesrepublik Deutschland einen klaren Rahmen für eine demokratische Entwicklung. Durch das Grundgesetz sind Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie garantiert. Sie sind bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung auch anerkannt.

Bis zum heutigen Verständnis, bis zu dem, was uns heute wirklich auch Demokratie bedeutet, blieb es aber auch in der Bundesrepublik Deutschland noch ein langer gesellschaftlicher Lernprozess.

Ein Vermächtnis der Frauen und Männer des Widerstands gegen den Nationalsozialismus findet sich im Grundgesetz in Art. 20 Abs. 4. Gegen jeden, der die demokratische Ordnung beseitigen möchte – ich zitiere –, „haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“.

Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz – das möchte ich betonen – ist uns allen Mahnung und Aufforderung zugleich. Denn er fordert auch dazu auf, nicht so lange zu warten, bis gewaltsamer Widerstand und Tyrannenmord das letzte Mittel sind.

Die Demokratie ist eine Staatsform, die davon lebt, dass sich die Menschen aktiv einbringen, die Wertedemokratie in ihrem Alltag leben und sie verteidigen. Dies zu unterstützen, ist auch bis heute die Kernaufgabe der politischen Bildung.

Die Taten von Claus Schenk Graf von Stauffenberg waren in den frühen Jahren der Bundesrepublik bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht anerkannt. Erst mit der Zeit trat ein Bewusstseinswandel ein. Heute würdigen wir die Tat des 20. Juli als Beginn einer Umkehr und die Frauen und Männer des Widerstands gegen Hitler als Wegbereiter eines demokratischen Neuanfangs nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft.

Aufgeklärte Erinnerungskultur bedeutet dabei – das ist mir wichtig –, historische Persönlichkeiten in ihren Leistungen, aber eben auch mit all ihren inneren Zwiespälten, Konflikten und Widersprüchlichkeiten zu würdigen.

Die Würdigung des Muts und der Leistungen der Frauen und Männer des Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur ist für uns alle zugleich Aufforderung, uns aktiv für unsere freiheitlich-demo-

kratische Grundordnung einzusetzen und Extremismus, Hass und Gewalt entschieden entgegenzutreten –

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und Marcus Pretzell [fraktionslos])

so, wie es der Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordert, für den ich sehr dankbar bin. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN, Andreas Keith [AfD] und Marcus Pretzell [fraktionslos])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind und zu den Abstimmungen kommen können.

Ich lasse erstens über den Inhalt des Antrags der Fraktion der AfD Drucksache 17/6754, zu dem die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt hat, abstimmen und frage, wer dem zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die fraktionslosen Abgeordneten Nepe und Pretzell. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/6754 abgelehnt**.

Ich lasse zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/6848 abstimmen und frage, wer dem Inhalt dieses Entschließungsantrags zustimmen möchte. – Das sind die antragstellenden Fraktionen CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie die fraktionslosen Abgeordneten Nepe und Pretzell. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Die Fraktion der AfD enthält sich. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/6848** mit dem gerade festgestellten Abstimmungsverhalten **angenommen**.

Wir kommen damit zu:

5 Stärkungsinitiative für Kunst- und Kultur Museen – Museumslandschaft in Nordrhein-Westfalen bei der Weiterentwicklung unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6746

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Petelkau das Wort. Bitte sehr.

(Unruhe)

– Vielleicht können die anderen Kolleginnen und Kollegen, wenn sie denn den Saal verlassen müssen, dieses bitte leise tun, um hier einen geordneten Debatteverlauf zu ermöglichen.

Bernd Petelkau^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach so einer wichtigen Sternstunde der Demokratie ist es natürlich schwer, jetzt wieder zum Tagesgeschäft überzugehen. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle zunächst einmal betonen, dass durch den vorliegenden Antrag, den wir hier eingebracht haben, die Kultur in Nordrhein-Westfalen weiter vorankommen wird.

Nach den sehr guten personellen Neubesetzungen bei der Ruhrtriennale und der Kunststiftung NRW, zu denen ich Ihnen, Frau Ministerin, an dieser Stelle herzlich gratulieren möchte, bringen wir heute einen weiteren wichtigen Baustein unserer nordrhein-westfälischen Kulturpolitik auf den Weg: die Stärkung der Kunst- und Kulturmuseen.

Über 900 Museen mit den unterschiedlichsten Themenschwerpunkten zählt unser schönes Bundesland. Dazu gehören privat getragene Häuser ebenso wie die kommunal bzw. von den Landschaftsverbänden getragenen Einrichtungen.

Das Ziel der von der CDU geführten NRW-Koalition ist es, die Leistungsfähigkeit der Kunst- und Kulturmuseen auszubauen und diese punktgenau zu fördern.

Hierzu gehört insbesondere, die Museen durch Zuschüsse wieder stärker in die Lage zu versetzen, Sonderausstellungen zu zeigen sowie Ankäufe zu tätigen und damit bestehende Sammlungen zu stärken. Dies ist nicht nur gut für die Museen, sondern birgt auch Potenzial für die Künstlerinnen und Künstler, die hierdurch neue Chancen bekommen.

Neben diesem Punkt der Stärkung der Sammlungen sollen die Museen insbesondere im Bereich der wissenschaftlichen Sammlungsforschung gestärkt werden. Provenienzforschung ist dabei genauso wichtig wie das bessere Sichtbarmachen der Potenziale von Museen und einzelnen Sammlungen.

Als Fördermittel bieten sich hier nicht nur Stipendien für Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker an, sondern auch vielfältige gemeinsame Projekte zwischen den Museen und zentralen Einrichtungen des Landes.

Darüber hinaus – das ist der dritte wichtige Punkt – ist die Digitalisierung in Museen sicherlich etwas,

was nicht nur bei der Präsentation von Sammlungen, sondern auch bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung von Sammlungen von Museen im Netz in der Darstellung nach außen wichtig ist, und zwar nicht nur für die Historie und die Erforschung dieser Historie, sondern auch für das Erreichen weiterer Teile unserer Bevölkerung und auch von Menschen im In- und Ausland, die außerhalb von Nordrhein-Westfalen Interesse an nordrhein-westfälischen Museen haben.

Auf die weiteren Beratungen und die Darstellungen der Ministerialverwaltung im Ausschuss freue ich mich. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu der Überweisung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Petelkau. – Als nächster Redner hat für die weitere antragstellende Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Deutsch das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Lorenz Deutsch (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mir fällt es unter dem Eindruck des vergangenen Tagesordnungspunktes und der anderen Ereignisse, die wir hier bei diesem Plenum erlebt haben, nicht ganz leicht, jetzt zur Kultur zu kommen. Aber vielleicht ist es gerade gut, dass wir nun über Kultur sprechen.

Denn wenn wir – und das tun wir aus guten Gründen auch in großer Einigkeit – Kultur fördern wollen, hat das ja tiefer liegende Gründe und Ursachen. Wir wollen uns nämlich innerhalb und außerhalb unserer kulturellen Institutionen mit denen, die sich mit unserer Gesellschaft in künstlerischer und diskursiver Weise beschäftigen, über das Selbstverständnis unserer Gesellschaft unterhalten.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Deswegen stärken wir die Kultur. Ich bin froh, dass uns das jetzt auch institutionell gelingt. Wir haben mit den Theatern und Orchestern begonnen. Theater sind vornehme diskursive Orte für diese Zwecke. Wir beschäftigen uns mit den Kunstschaffenden. Gerade gestern konnten wir für die Ensemble-Förderung in der Musik wirklich Wesentliches tun. Mit unserem hier vorliegenden Antrag fokussieren wir jetzt auch die Museen.

Die Museen sind sicherlich wichtige Orte der Verständigung und des Zusammenkommens von Gesellschaft. Sie sind aber auch Institutionen, die für diese Funktionen in unserer Gesellschaft unter Druck stehen; das muss uns klar sein.

Man zählt immer klassische Funktionen auf: Museen sammeln und bewahren; Museen forschen und stellen aus. – Aber sie müssen sich heute Fragen stellen

wie: Was sammeln sie eigentlich? Was bewahren sie? Was wollen sie ausstellen? An wen richten sie sich damit eigentlich?

Die Herausforderung von Provenienzforschung zum Beispiel wäre etwas Wesentliches. Aber auch in Bezug auf Sammlungsstrategien ist zu reflektieren: Was tritt eigentlich in den Kanon, den Museen bilden, ein und mit welchen Argumenten?

Viele Häuser sind dabei, ihre Sammlungsbestände solchen kritischen Fragen zu unterziehen und auch ihre Sammlungstätigkeit anzupassen. Natürlich brauchen sie dafür Mittel. Es ist gut, dass wir jetzt in der Lage sind, ihnen dabei zu helfen.

Insbesondere auch in der Publikumsansprache stehen unsere Museen vor großen Herausforderungen. Unsere Gesellschaft wird diverser. Es ist gut, dass unsere Gesellschaft diverser wird. Aber wie können eigentlich unsere altherwürdigen Institutionen angemessen darauf reagieren?

Das müssen wir begleiten. Zum Beispiel hat sich die Zukunftsakademie unter dem großen Schlagwort „Diversity Matters!“ sehr damit beschäftigt. Das Modell der Zukunftsakademie ist nicht mehr tragfähig gewesen – Stichwort „Stiftung“. Ich will das nicht ausbreiten. Aber die Aufgabe bleibt.

Man konnte bei Veranstaltungen gerade auch mit der Museumslandschaft sehen, dass bei den Machern große Fragezeichen existieren: Wie machen wir das eigentlich erfolgreich? Mit welchen Programmen können wir denn unsere Publikumsschichten erreichen? Wie können wir vermitteln, was wir tun?

Da kommt das große Feld der kulturellen Bildung ins Spiel. Natürlich sind auch an dieser Stelle Strategien der Sammlungsentwicklung und Ähnliches betroffen.

Für unsere Museen gibt es also viel zu tun – wie für alle Kulturinstitutionen. Sie tun das nicht im Elfenbeinturm nur für einige wenige, sondern für unsere Gesellschaft als Ganzes,

(Beifall von der FDP und der CDU)

und zwar in genau der Perspektive, über die wir hier Anlass hatten, uns zu unterhalten. Denn es geht darum, den Konsens in der Mehrheit immer reflektiert da zu halten, wo er hingehört, nämlich demokratisch und pluralistisch. Dafür brauchen wir unsere Kulturinstitutionen.

Ich freue mich darüber, dass wir hier gemeinsam daran arbeiten, sie zu stärken. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Deutsch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Bialas das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Andreas Bialas (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde das gut. Wir haben viel mehr Ruhe, wenn wir solche Themen behandeln. Das liegt sicherlich nicht nur daran, dass hier kaum noch jemand sitzt. Vielmehr ist der Grund, dass dieses Thema in der Tat ein harmonisches ist und auch auf harmonische Denkprozesse und Menschen trifft.

Trotzdem sind wir in der Sache durchaus streitbar. Sie haben das Narrativ: weiterer Baustein, weiterer Aufbau; alles wird besser, weil vorher alles darniederlag. – Ich habe da ein ganz anderes Narrativ: Wir haben eine wunderbare Landschaft, die in der Tat jederzeit gehegt, gepflegt und weiterentwickelt werden muss.

Selbstverständlich werden wir den Antrag überweisen. Selbstverständlich werden wir diskutieren. Es gibt in diesem Feld ja auch sehr vieles zu diskutieren. Einige Punkte haben Sie bereits genannt.

Lassen Sie mich aber noch das Thema „Ankaufsetat, Ankäufe und Sonstiges“ ansprechen. Wahrscheinlich werde ich trotzdem einmal eine Kleine Anfrage stellen, wie viel wir denn in den letzten Jahren angekauft haben. Wir haben nämlich irre viel angekauft. Das hatte aber zum Teil mit anderen Dingen zu tun.

Eher geht es in der Tat um die vom Kollegen Deutsch bereits angesprochene Fragestellung: Hat das auch eine gewisse Systematik? Und übertragen wir eigentlich bei dieser unterschiedlichen Trägerlandschaft gewisse Verantwortlichkeiten für das Anlegen von Sammlungen dessen, was später einmal interessant sein könnte, an irgendwelche Institutionen? Oder macht jeder ein bisschen etwas nur für sich?

Das ist übrigens ein Thema, das weit über unseres hinausgeht. Gerade in dieser unterschiedlichen Trägerlandschaft ist es häufig so, dass die Kommunen eine der Hauptlasten tragen. Es ist immer der Lackmestest für die Kulturförderung und die Kulturerhaltung in Nordrhein-Westfalen, ob die Kommunen sich tatsächlich frei betätigen können. Das gilt insbesondere für die Museen.

Wir diskutieren schon lange über die Möglichkeiten des Landes und schauen, wie wir dies hinbekommen können. Das ist natürlich im Bereich der Provenienzforschung gerade jetzt, wo noch einmal das Thema „Kolonialismus“ aufgekommen ist, von Bedeutung. Da braucht es Fachkräfte. Da braucht es Spezialisten. Da braucht es Beratung. Das kann nicht jedes Museum vorhalten. Insoweit stellt sich die Frage: Wie kann das tatsächlich unterstützt werden, wenn darum gebeten wird, und letztendlich zentral im Land vorgehalten werden?

Der nächste Punkt ist die Diversität. Wir haben ja heute den Bericht vom zakk bekommen – nach dem Motto: Wie sieht es denn mit der Bestandsaufnahme in Bezug auf Diversität in Kultureinrichtungen aus?

Auch das Thema „Audience Development“ ist in diesem Zusammenhang eine große Frage. Zu Recht hat dies im neuen Kulturförderplan, der gerade von der Regierung vorgelegt wurde, einen Schwerpunkt. Auch da ist es bereits entsprechend aufgegriffen worden.

Die Förderung von Sonderausstellungen ist auch in Ihrem Antrag benannt worden. Das machen wir seit Jahrzehnten. Deshalb haben wir so eine gute und vielfältige Museumslandschaft, weil sie nicht nur ihre eigenen Sammlungen hat, sondern auch hervorragende außerordentliche Sonderausstellungen mit weltweiter Bedeutung zeigt.

Übrigens: Die vorhin genannte Kunststiftung ist seit Jahren hier ein sehr großer Schwerpunkt. In ihrer Rolle wirft sie vor allem auch ein Auge auf die Mittelvergabe in unterschiedliche Regionen – selbst nach Westfalen.

An dieser Stelle gibt es aber auch einen nicht ganz unwichtigen Punkt, nämlich die Frage der Haftungsübernahme für Transport und Ausleihe. Das ist häufig bei Sonderausstellungen einer der größten Kostentreiber. Ich muss ehrlich sagen, dass ich mir schon ein Stück weit die Zähne daran ausgebissen habe. Es wäre aber wirklich ein riesengroßer Befreiungsschlag, wenn hier Versicherungskosten, in welcher Form auch immer, für die Betreiber von Ausstellungen gesenkt werden könnten.

Ansprechen möchte ich auch noch das Anlegen von Sammlungen der Künstler der Jetztzeit. Die Möglichkeiten von Ausstellungen der Künstler der Jetztzeit sind natürlich immer auch von den Häusern abhängig, also davon, welches Konzept sie haben und wen sie ausstellen lassen. Aber häufig genug haben gerade die Künstler der Jetztzeit wenig Chancen. Meine Frage ist, inwieweit wir hier auch Haltungen befördern können, damit wiederum diese Künstlerinnen und Künstler gefördert werden. Denn in der Tat sind neben den Literaten gerade die lebenden bildenden Künstler die Ärmsten im Kulturbereich.

Als weiteren Punkt haben Sie die digitale Erschließung genannt. Beim Urheberrecht haben wir gerade eine gesetzliche Änderung gehabt. Man muss schauen, wie sich das auf den Bereich des Museumsbetriebs auswirkt. Ansonsten haben Sie schon 2018 einen Antrag gestellt, in dem Sie auch die Museen explizit genannt haben. Insoweit geht es jetzt eher um einen Zwischenbericht.

Meines Erachtens muss aber auch der Bereich der unmittelbaren Anbindung der Museen, Bibliotheken, Volkshochschulen und Musikschulen an das schnelle Netz stärker berücksichtigt werden. Ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt. Schließlich sind dies Orte der Begegnung, aber auch Orte der Bildung. Dementsprechend müssen sie über einen solchen Zugang verfügen.

Der Antrag ist zwar schön, enthält aber nicht viel Neues. Ich hoffe, dass wir an den vielen Aufgaben, die bereits bestehen und immer bestehen werden, auch gemeinsam weiterarbeiten werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Lorenz Deutsch [FDP] – Bernd Petelkau [CDU]: Ja!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bialas. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Keymis das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, das ist ein schöner Antrag – vielen Dank, Herr Bialas; das war schon fast meine Rede; so ist es –, und zwar deshalb, weil er alles aufzählt, was man im Zusammenhang mit der Förderung von Museen und Sammlungen voranbringen kann: von der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Verknüpfung über die Digitalisierung bis hin zu Integration und Ansprache neuer Publikumsschichten.

Unser gemeinsam getragener Antrag, Kindern und Jugendlichen freien Eintritt zu ermöglichen, geht ja in die entsprechende Richtung.

Wer in früher Jugend öfters einmal in einem Museum war – auch, weil es nichts gekostet hat –, ist unter Umständen später bereit, einen kleinen Eintritt zu zahlen, um dann noch einmal zu gucken, ob das, was er als Kind schön fand, immer noch da hängt. Dafür muss man dann auch sorgen. – Also: Das ist ein ambitionierter Antrag, den wir ausdrücklich unterstützen.

Bei dieser Oppositionsrolle, die wir als Grüne hier einzunehmen haben, ist mein Problem ein wenig, das in der Kultur zu formulieren, weil Sie immer wieder auf Punkte unseres kleinen, bescheidenen Wahlprogramms 2017 zurückkommen – als würden Sie es lesen, was ich gar nicht glaube –, die wir da schon reingeschrieben haben; ich glaube, bei der SPD ist das manchmal ähnlich.

Wir haben so viel Schönes reingeschrieben, was wir uns für diese Legislatur vorgenommen haben. Wir sind dafür nicht gewählt worden, Sie jedoch schon. In diesem Politikfeld arbeiten Sie das ganz sauber ab. Danke dafür.

Einen schönen Sommer und alles Gute Ihnen. – Danke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keymis. – Für die Fraktion der AfD hat Frau Abgeordnete Walger-Demolsky das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Museumslandschaft in NRW ist vielfältig und durch ihre unterschiedlichen Träger geprägt. Es sind sehr oft Kommunen, es sind die Landschaftsverbände, aber es sind natürlich auch private Träger dabei.

Genauso vielfältig sind die Aufgaben von Museum – es wurde schon angesprochen –: sammeln, bewahren, forschen, ausstellen. Es ist aber auch das Vermitteln von Historie, von eigener und fremder Kultur oder von Kulturgeschichte, aber auch vieles mehr.

Ein erheblicher Teil der originären Aufgaben der Museen bleibt der Öffentlichkeit in der Regel verborgen. Das heißt aber nicht, dass sie nicht von großer Bedeutung sind und dass sie nicht erhebliche Kapazitäten binden. Der Personalbedarf ist daher oft größer als die dafür zur Verfügung stehenden Mittel. Da fallen wenig sichtbare Aufgaben wie die Provenienzforschung der eigenen Sammlung schon mal unter den Tisch. Das ist dann aber nicht dem Unwillen, sondern der mangelnden finanziellen Ausstattung geschuldet.

Sie schlagen vor, das mit der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbinden, und weisen auf die Umsetzung des Volontariatsprogramms hin. Wir haben uns die Volontariatsbedingungen mal genau angesehen. Eine Stellenanzeige könnte wie folgt lauten: Junge Akademiker mit praktischer Erfahrung im Museum für 39 Stunden in der Woche mit einem Brutto Gehalt von unter 2.000 Euro gesucht.

Ja, der Job macht bestimmt Spaß, die Arbeit ist wertvoll, und Taxifahrer bekommen wahrscheinlich meist weniger. Trotzdem nennen wir das Akademikerausbeute.

Sie haben in Ihrem Antrag erkannt, dass Sonderausstellungen für Museen wichtig sind und ein Publikumsmagnet sein können. Genau das führt aber bei dem schlechten Zustand vieler Museen und Gebäude, die kurz nach dem Krieg entstanden sind und in den letzten Jahrzehnten wenig Sanierung erfahren konnten, dazu, dass diese seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten nicht in der Lage sind, die eigene Sammlung zu zeigen.

Das ist die Stelle, an der Sie auch helfen wollen. Sie wollen unterstützen, dass Sammlungen digitalisiert und diese in der modernen Form der digitalen Sammlungspräsentation dann optimal genutzt werden. Das ist ein sehr unterstützenswertes Ziel.

Wenn Sie sich einmal eine Freude machen und sich in die digitale Sammlung des Städel Museums in Frankfurt vertiefen, werden Sie das genießen. Leider ist die Onlinesammlung des K21 und K20 davon weit entfernt. Diese landeseigenen Häuser sollten in jedem Bereich die Aushängeschilder sein.

Als Vorbild sind sie aber leider nicht nutzbar. Das heißt, unsere Museen im Land sind gar nicht schlecht beraten, über die Landesgrenze hinweg zu sehen oder auch an anderer Stelle im Land Inspirationen zu suchen – zum Beispiel beim Ruhr Museum, beim HNF, dem Heinz Nixdorf MuseumsForum, oder dem Zentrum für Internationale Lichtkunst in Unna. Sie alle nutzen die Onlinepräsentation wirklich sehr ansprechend.

Der Antrag wird Museen sicher helfen. Wir hoffen auf mehr Informationen im Ausschuss und stimmen der Überweisung dorthin selbstverständlich zu. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Frau Abgeordnete Walger-Demolsky für die Fraktion der AfD. – Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wurde hier schon mehrfach festgestellt: In keinem anderen Bundesland gibt es eine solche Vielfalt an Museen wie in Nordrhein-Westfalen. Die zahlreichen Kunst- und Kultur Museen in der Rhein-schiene, im Ruhrgebiet, in Westfalen und in Lippe sind ausgewiesene Orte der Kunst- und der Kultur-geschichte sowie – nebenbei bemerkt; daran sollte man auch immer erinnern – Orte der Bildung. Vielfach haben sie eine Wirkung, die weit über das Land hinausgeht. Sie sprechen mit ihren Ausstellungen und ihren verschiedensten Bildungsformaten ein breites Publikum an.

Seit Beginn der Legislaturperiode hat die Landesregierung wichtige Vorhaben in der Kulturförderung, die immer auch der Stärkung der Struktur galten, erfolgreich auf den Weg gebracht. Es wurde schon erwähnt: die Theater- und Orchesterförderung, der gesamte Bereich der freien Szene in den verschiedenen Kunstbereichen oder eben in jüngerer Zeit die Förderung der sogenannten Dritten Orte, die jetzt in ihre zweite Phase der Konzeptionsförderung eintreten.

Natürlich möchten wir auch im Bereich der Bildenden Kunst und der Museen viel tun. Wir sind gewissermaßen auch da auf Stärkungskurs, und darum geht es.

Natürlich gab es immer schon viele gute Museen, Herr Bialas, und wunderbare Sammlungen auch in den Kommunen. Ich denke, wir haben jetzt aber die Chance, viel für die strukturelle Förderung und die Programmförderung dieser Häuser zu tun.

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft hat mit den Direktorinnen und Direktoren von Kunst- und Kunstmuseen sofort nach meinem Amtsantritt und

inzwischen mehrfach Gespräche geführt und auf dieser Basis sehr konkrete Maßnahmen entwickelt – im Gespräch –; denn am Ende geht es auch immer darum, dass die jeweiligen Einrichtungen die Förderung bekommen, die ihnen am meisten helfen kann.

Mit der Erhöhung des Etats in dieser Legislaturperiode für den Ankauf von Kunstwerken und Kulturgütern und auch für Ausstellungen – ebenfalls eine sehr wichtige Maßnahme – werden sowohl Künstlerinnen und Künstler unterstützt als auch Museen in Nordrhein-Westfalen gefördert.

Man muss deutlich sagen, dass wir die Ausstellungshäuser des Landes auch dazu nutzen, Gegenwartskünstlerinnen und -künstler zu zeigen und sie durch solche Ausstellungen auch zu fördern.

Ein kontinuierlicher Ausbau der Sammlung eines Kunstmuseums ist immer Voraussetzung, um die Aufgaben der Präsentation, Erforschung, Erhaltung und Vermittlung von Kunst dauerhaft wahrnehmen zu können. Diese Erhöhung der Ankaufs- und Ausstellungsetats ist eminent wichtig. Mir ist es auch wichtig, dass sie mit ganz konkreten Zahlen im Haushaltsplan stehen und damit gesichert sind.

Zudem ist die Provenienzforschung in den Museen ein wichtiges Anliegen. Sie wird vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste begleitet und gefördert. Insofern kann gar nicht die Rede davon sein, dass es in Deutschland Provenienzforschungsvorhaben gibt, die nicht zu finanzieren sind. Selbst in Museen mit kleinen Etats gibt es eine ganz starke Förderung durch Magdeburg; auf fehlende Finanzen kann sich längst niemand mehr zurückziehen.

Wer mich und meine frühere Arbeit einmal wahrgenommen hat, der weiß, dass ich mich genau in diesem Feld der Provenienzforschung sehr stark engagiert habe, weil jedes Museum in Deutschland wissen muss, was es in seiner Sammlung hat und wie es da hineingekommen ist.

Die weitere Unterstützung der Provenienzforschung hier in Nordrhein-Westfalen wird natürlich auch bedacht. Wir werden ein sehr viel konkreteres Beratungsangebot gerade auch für kleinere Häuser entwickeln. Daran arbeiten wir derzeit.

Im Kontext der musealen Forschungsaufgaben ist ein Volontariatsprogramm zur Stärkung der Forschung in enger Abstimmung mit den Museen konzipiert worden. Es befindet sich in der Umsetzung. Die Anmerkung eben zu Volontariaten in Museen finde ich abwegig. Die Volontariate sind der klassische Einstieg in die Museumslaufbahn. Wir haben nur leider viel zu wenig Stellen in Deutschland. Das gilt generell für ganz Deutschland.

Deswegen fand ich den Vorschlag, der von den Museen kam, ausgezeichnet, jungen Kunsthistorikerinnen und Kunsthistorikern die Möglichkeit zu geben, sich für eine Museumsarbeit zu qualifizieren.

Kinder und Jugendliche werden im Rahmen der Förderung der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen mit verschiedenen Förderformen an künstlerische und kulturelle Programme herangeführt. Die Zugänge zum Publikum weiterzuentwickeln – auch das ist eben schon gesagt worden –, ist gerade in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft eine wichtige Zukunftsaufgabe der Museen. Es ist – offen gesagt – kein Spaziergang, sondern eine große Herausforderung, hier die richtigen Angebote zu entwickeln.

Schließlich, um die Chancen der Digitalisierung für die Museumsarbeit zu nutzen, wird derzeit in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen eine digitale Strategie und deren Umsetzung geplant. Das beinhaltet auch die Einführung von digitalen Arbeitsprozessen, Online-Auftritte, Social-Media-Strategien und natürlich die Digitalisierung der Sammlung.

Die Erfahrungen und Ergebnisse dieser Arbeit werden anschließend anderen Museen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. So ist die Idee.

Darüber hinaus wird die Schaffung dringend benötigter technischer Voraussetzungen für die Digitalisierung mit einem Investitionsprogramm „Kultur“ gefördert, das wir in den nächsten Tagen ausschreiben werden.

Ein Wort noch zu den Versicherungen. Herr Bialas, das ist in der Tat ein Riesenthema. Ich muss aber leider darauf hinweisen, dass schon vor ein paar Jährchen hier im Land die Staatshaftung abgeschafft und durch einen Ansatz im Haushaltsplan für Versicherungen ersetzt wurde, der aber nur ein Zuschuss sein kann. Das ist ein Thema, dem wir uns unbedingt noch einmal widmen müssen, gerade im Hinblick auf die großen Ausstellungen, die für das Land auch sehr wichtig sind.

Der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP verleiht der Stärkung der Kunst- und Kunstmuseen in Nordrhein-Westfalen zusätzlichen Schub und gibt weitere Impulse. Deswegen begrüßen wir diesen Antrag sehr. Wir werden uns ja darüber und über die Möglichkeiten der Programme, die daraus entstehen, im Ausschuss noch ausführlich unterhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1:40 Minuten überzogen hat, sodass den Fraktionen selbstverständlich noch Redezeitkontingente in entsprechender Höhe zufallen würden. – Das wird aber nicht genutzt. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Antrag**

Drucksache 17/6746 an den **Ausschuss für Kultur und Medien zu überweisen**. Dort soll dann die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Darf ich feststellen, dass es hierzu Zustimmung gibt? Dann bitte ich um das Handzeichen. – Das ist der Fall bei allen Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf

6 Hitzeaktionspläne zur Prävention hitzeassoziierter Mortalität und Morbidität

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6752

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ein AfDler einen solchen Antrag einbringt, dann mit der Gewissheit, dass ihm eine gewisse Häme zugutekommt.

Denn wenn ein AfDler über die Folgen des Hitzewandels spricht, wird der eine oder andere im Raum vielleicht denken, da können wir ja gleich mit den Grünen über innere Sicherheit oder Wirtschaft debattieren.

(Heiterkeit von der AfD)

Ich möchte Ihnen ein kleines Angebot machen. Ich selbst bin ein sehr naturwissenschaftlich orientierter Mensch. Ich habe eine Weile lang neben meinem Medizinstudium Physik studiert. Ich habe Physik auch in der Schule als Leistungskurs belegt und mich eigentlich immer für physikalische Vorgänge interessiert – dementsprechend auch für den menschengemachten Klimawandel, für dessen Folgen und wie man ihm begegnen könnte.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal sagen, dass ich mich sehr intensiv mit den einzelnen Forschungsarbeiten dazu und auch mit den Rohdaten, die dahinter stehen, auseinandergesetzt. Selbst mir als physikalisch sehr aufgeschlossenen Menschen fällt es teilweise schwer, nachvollziehen zu können, was dort berechnet wird.

Ich denke, der Vielzahl der Menschen sowohl hier drinnen als auch da draußen geht es ähnlich. Wir müssen uns auf Dinge verlassen, die der eine oder andere Wissenschaftler behauptet. Wir müssen uns auf Lösungsansätze verlassen, die wir vielleicht in Gänze gar nicht verstehen. So weit, so klar.

Auf der anderen Seite aber – da bin ich Niederrheiner; ich glaube das, was ich sehe – stellt man ja sehr

wohl fest, dass sich da draußen etwas verändert. Wir stellen sehr wohl fest, dass der Sommer wärmer wird. Wir müssen das Land Nordrhein-Westfalen dementsprechend wetterfest machen.

Wo wir, glaube ich, alle wieder zusammenfinden – das ist ein Punkt, bei dem wir hoffentlich eine fruchtbare Diskussion miteinander führen können –, ist, dass diese Hitzewellen, die nun zunehmen, für Deutschland und für die Bevölkerung in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen eine ernst zu nehmende Gefahr darstellen, allein, wenn wir an das Hitzejahr 2003 denken, in dem etwa 7.000 Menschen vor allen Dingen durch die Folgen der Hitze zu Schaden, zu Tode gekommen sind – unter anderem durch Dehydration, einen Hitzschlag, Herz-Kreislauf-erkrankungen. Aber auch Menschen mit chronischen Lungenerkrankungen sind in solchen Phasen äußerst gefährdet.

Erste Studien aus Großbritannien prognostizieren, dass sich diese Zahlen bis 2050 noch verdreifachen werden. Aktuelle Studien für Deutschland, für das Land Nordrhein-Westfalen gibt es leider nicht. Deswegen übertrage ich jetzt mal die Studienergebnisse aus Großbritannien auf Nordrhein-Westfalen.

So verwundert es nicht, dass zum Beispiel die Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit, kurz: KLUG, schon seit Langem fordert, dass sich in diese Richtung etwas bewegt. Auch der Hausärzteverband Nordrhein hat sich in einer Stellungnahme noch in diesem Monat dafür ausgesprochen. Genauso sehen auch die Ärztekammern Handlungsbedarf. Nicht umsonst wird beim Ärztetag 2020 das Thema „Klimawandel und Gesundheit“ als ein sehr prominenter Schwerpunkt auf der Agenda stehen.

Es ist also ein sehr dringendes und wichtiges Thema, und es verwundert ein bisschen. Denn im März 2017 hat es längst Handlungsempfehlungen aus dem Umweltministerium gegeben, die sich, bezugnehmend auf die WHO, genau diesen Dingen annehmen. Sie geben Empfehlungen, wie nicht nur die Kommunen, die Kreise, sondern auch die Bundesländer Hitzeaktionspläne, insbesondere mit Blick auf das Gesundheitssystem, erstellen könnten.

Umgesetzt hat die Landesregierung – speziell, was den Bereich des Gesundheitssystems angeht, mit all den Folgen, mit all dem, was das fürs Gesundheitssystem bedeutet – die Empfehlungen bislang nicht. Dabei gibt es in der Schweiz sehr gute Beispiele, wie das funktionieren kann. Dort haben die letzten Sommer gezeigt, mit einem vernünftigen Hitzeaktionsplan nach den Richtlinien der WHO kann man die Mortalität auch bei zunehmenden Temperaturen durchaus eindämmen.

Ich kann also nur hoffen – fernab von jedem ideologischen Hintergrund, egal, wie Sie dazu stehen mögen, egal, wie Sie vielleicht einige Stimmen aus der

AfD, was den Klimawandel angeht, deuten möchten –, dass wir uns bei den Folgen einig sind. Wir müssen in diese Richtung etwas tun; da können wohl alle nur zustimmen. Wenn es also darum geht, insbesondere eine älter werdende Gesellschaft vor immer wärmer werdenden Sommern zu schützen, hoffe ich auf Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Dr. Vincentz. – Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Gebauer das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Katharina Gebauer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es grundsätzlich sehr erfreulich, dass nun auch die Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion den Klimawandel als Thema für sich erkannt haben.

(Zuruf von der AfD: Das haben wir immer schon!)

Wenn man sich hingegen das Grundsatzprogramm der AfD ansieht, dann stellt man fest, dass dieses fast keine Aussagen enthält, die mit dem Stand der Forschung zum Klima, zum Klimawandel vereinbar sind. Stattdessen finden sich in erheblicher Zahl eklatant falsche und irreführende Aussagen.

(Zuruf von der AfD: Können Sie das beweisen?)

Dies gilt nicht nur für Fragen, bei denen das Wissen der Klimaforschung tatsächlich noch mit Unsicherheit behaftet ist. Aussagen der AfD zum Klimawandel standen auch immer im Widerspruch zu grundlegenden Erkenntnissen, über die in der Wissenschaft seit längerer Zeit ein nahezu vollständiger Konsens herrscht.

(Zuruf von der AfD: Eben nicht!)

Insofern überrascht es doch sehr, dass Sie sich mit dem vorliegenden Antrag auf die Auswirkungen des vom Menschen gemachten Klimawandels beziehen.

Verehrte Damen und Herren, bereits seit 15 Jahren müssen im Fall einer Hitzewarnung alle 53 Unteren Gesundheitsbehörden direkt durch den Deutschen Wetterdienst informiert werden. Das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen als Leitstelle für den öffentlichen Gesundheitsdienst in Nordrhein-Westfalen hat die Aufgabe, Präventionsarbeit zu leisten.

Zudem betreibt das Land Nordrhein-Westfalen eine umfangreiche Informationsplattform im Internet zum Thema „Hitze“. Unter www.hitze.nrw.de finden Pflegekräfte, die Ärzteschaft, der öffentliche Gesundheitsdienst, aber auch jedermann Informationen, wie

man sich vor starker Hitze schützen und – daraus resultierend – Erkrankungen vorbeugen kann.

Die von Ihnen zitierten Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit sind ebenfalls Bestandteil des Informationsangebots.

Lassen Sie mich aus den BMU-Handlungsempfehlungen wie folgt zitieren:

„Diese“

– die Handlungsempfehlungen –

„sind als einheitliche Grundlage für die konkrete Erarbeitung und Etablierung von auf die jeweilige Region abgestimmten, praktikablen Hitzeaktionsplänen zu verstehen ... Die Umsetzung erfolgt im Wesentlichen in den einzelnen Ländern auf kommunaler Ebene.“

Dies macht sehr deutlich, dass wir uns viele gute Gedanken machen können, welche Maßnahmen man ergreifen sollte, um sich vor Hitze zu schützen. Schlussendlich müssen aber die Kommunen vor Ort diese Maßnahmen umsetzen.

Wie genau sich der Klimawandel auswirken wird, lässt sich noch nicht abschließend sagen. Deshalb müssen die Veränderungen überwacht und entsprechende Anpassungsstrategien entwickelt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Gebauer. – Für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Yüksel das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Serdar Yüksel¹⁾ (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Vincentz, Ihren Leistungskurs Physik in allen Ehren, aber wir halten uns an der Datenlage des Weltklimarates, und die ist in dieser Frage eindeutig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Antrag, den wir heute vorliegen haben, befasst sich im Wesentlichen mit den heißen Sommermonaten der letzten Jahre und den Folgen für die gefährdeten Personengruppen. Damit reagieren Sie aus meiner Sicht auf einzelne Begleiterscheinungen des Klimawandels.

Laut der in Ihrem Antrag zitierten Studien steige die Zahl der hitzebedingten Einweisungen in Krankenhäuser rasant an. – Hier sehen Sie Handlungsbedarf.

Die Forderung, dass Krankenkassen, Krankenhäuser und ambulante Pflegestellen präventiv durch Beratungsangebote auf die steigenden Temperaturen reagieren sollen, ist aber bloß ein Teilaspekt einer notwendigen Förderkulisse zum Klimawandel, die umfangreicher geplant werden muss.

Laut dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz werden die durchschnittlichen Temperaturen in NRW bis zur Mitte des Jahrhunderts zwischen 0,7 und 1,7 Grad Celsius ansteigen.

In der Stellungnahme des Deutschen Wetterdienstes vom 26.03.2019 heißt es, in NRW sei die Temperatur um etwa 1,5 Grad angestiegen und sei damit sogar mehr angestiegen als weltweit.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Serdar Yüksel* (SPD): Mit Blick auf den Weltklimarat ist das ein alarmierendes Zeichen. Die globale Erwärmung sollte laut Pariser Abkommen eigentlich auf deutlich unter 2 Grad, noch besser auf 1,5 Grad begrenzt werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Yüksel, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Dr. Vincentz möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie sie zulassen.

Serdar Yüksel* (SPD): Ich habe noch nichts gesagt, aber bitte.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Stapeln Sie nicht zu tief, Sie haben ja schon einiges gesagt. Ich entnehme dem, was Sie gesagt haben: Wir springen an dieser Stelle zu kurz. Wir müssen größer denken, was Hitzeaktionspläne angeht.

Wie deuten Sie es dann, dass insbesondere SPD-geführte Kommunen genau das in letzter Zeit schon machen? Einige Ruhrgebietsstädte beispielsweise Duisburg haben es durchgesetzt, Dinslaken ist auch dabei. Es gibt mehrere SPD-Kommunen, die genau diese Hitzeaktionspläne kommunal schon einführen. Warum nicht größer denken und das Ganze auf NRW mit einem gemeinsamen Konzept ausweiten?

(Beifall von Nic Peter Vogel [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. Ich empfehle auch die Lektüre der Geschäftsordnung. – Herr Yüksel.

Serdar Yüksel* (SPD): Die Welt in Nordrhein-Westfalen verändert sich ja nicht dadurch, indem wir hier Sachen beschließen. Es geht ja um die Umsetzung. Meine Kollegin hat in ihrer Rede gerade schon darauf hingewiesen, dass das, was mit Leben gefüllt werden muss, auch kommunal passieren muss. Das passiert ja auch. Wir haben überall die Resolutionen zu den Klimanotständen. In den letzten Jahrzehnten hat sich

eine Menge getan. Ich glaube, dass sich die Kommunen sehr wohl ihrer Verantwortung in dieser Frage bewusst sind.

Jetzt fahre ich mit meinen Ausführungen fort. Sie können die Uhr wieder anstellen.

Ich sehe da und anderen Stellen durchaus Handlungsbedarf. Das Thema „Klimawandel“ ist komplex und erfordert umfassende Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen; denn die zweite, viel naheliegende Forderung lässt die AfD im Antrag unter den Tisch fallen. Der Handlungsbedarf betrifft nämlich in erster Linie aus meiner Sicht den Klimaschutz.

Der Antrag der AfD liest sich daher wie ein misslungener Versuch, die aktuelle Thematik für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Ehrlich gesagt, kann ich mich des Verdachts nicht erwehren, dass es sich hierbei bloß um einen Schaufensterantrag handelt. Jemand, der schon die Ursachen leugnet, macht sich mit einem oberflächlichen Maßnahmenkatalog zum komplexen Themengebiet „Klimaanpassung“ aus meiner Sicht unglaubwürdig.

Sie sitzen für die AfD in der Fraktion und können nicht sagen, dass Sie da grundlegend eine andere Haltung haben. Sie stehen auch als Vertreter Ihrer Partei dort.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie sich das Dezernat Soziales, Integration und Umwelt der Stadt Köln bereits im Unterausschuss vom 3. Juli 2018 zur Hitzebelastung geäußert hat, treffen die Hitzetage insbesondere die Schwächeren, die Kränkeren und die Älteren stärker. Dies stellen wir nicht nur hinsichtlich der Hitze, sondern beispielsweise auch im Hinblick auf die Luftreinhaltung fest. Es schlägt unter anderem Veränderungen vor, und zwar mehr Grün- und Wasserflächen.

Darüber hinaus hat der Städte- und Gemeindebund es für sinnvoll erachtet, Grünflächen zu schaffen, und begrüßt ein verstärktes Aufforsten.

Vor diesem Hintergrund haben Mitglieder des Städtetages bereits im Jahr 2012, also nicht erst seit Ihrem Antrag, ein Kompendium verschiedener Maßnahmen erstellt, um auf den Klimawandel zu reagieren, die vom Städtebau bis hin zum Katastrophenschutz reichen. Klimaschutz zu denken ohne Anpassungen, ist falsch, wird resümiert, und auch das EU-Weißbuch zur Zukunft Europas hat schon im Jahr 2008 Anpassungsstrategien entwickelt, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, insbesondere die Grünflächen betreffend.

Laut dem Deutschen Wetterdienst verdunstet ein großer Laubbaum pro Tag etwa 300 l, was eine gewaltige Abkühlleistung durch Vegetation bedeutet. Ferner filtert Vegetation zu fast 100 % das UV-Licht. Schattenspendende Bäume reduzieren effizient die

Wärmebelastung und dienen zugleich als Staubfilter. All das zeigt uns, wie wichtig Grünflächen sind.

Gerade der soziale Aspekt ist uns besonders wichtig. Wie sich ebenfalls in der Anhörung dargestellt hat, ist die Wärmebelastung auch ungleich verteilt. Die ärmeren Menschen, die keine Seen und keine Parks in der Nachbarschaft haben oder sich keine Klimaanlage leisten können, leiden besonders unter den heißen Tagen. Hier fordern wir eine gerechte Verteilung des Stadtgrüns.

Auch der Individualverkehr liefert einen negativen Beitrag. Allein die blockierten Stellflächen für Pkw verringern die Begrünung der Städte immens.

Es gibt noch weitere zahlreiche Dinge zu nennen. Dieser Antrag soll ja in den Fachausschuss überwiesen werden, sodass wir noch einmal vertieft auch über Ihre physikalischen Kenntnisse diskutieren können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Yüksel. – Es ist eine Kurzintervention angemeldet worden von der Fraktion der AfD für Herrn Abgeordneten Loose, der jetzt das Wort für bis zu 90 Sekunden erhält.

Christian Loose (AfD): Frau Präsidentin! Herr Yüksel, Sie haben ganz viele wichtige Punkte angesprochen, viele Maßnahmen, die man parallel machen kann.

Ca. 3.500 Menschen sterben in Deutschland im Straßenverkehr, trotz vieler Maßnahmen, die wir machen: Airbags, E-Calls, die verpflichtend sind. Es ist auch gut so, dass wir das machen.

Wie Herr Vincentz sagte, sterben vielleicht 7.000 an Hitze; mehrere hundert Menschen könnten wir retten. Mit weiteren Klimamaßnahmen, mit Ihren CO₂-Einsparungen versuchen Sie ja langfristig, das Klima zu verändern. Ob das gelingt, ist eine andere Frage. Ist es denn nicht sinnvoll, den Menschen kurzfristig, jetzt, wo die Not da ist, zu helfen, indem wir entsprechende Verfahren einsetzen, um die Hitzetoten zu reduzieren? Ist das nicht eine sinnvolle Maßnahme, um jetzt den Menschen zu helfen?

Serdar Yüksel^{*)} (SPD): Überhaupt kein Widerspruch. Alles das, was akut gemacht werden kann, um die Situation dort zu verbessern, sollten wir auch umsetzen. Da werden Sie von mir auch gar keinen Widerspruch hören.

Wenn Sie allerdings nur die Begleiterscheinungen des Klimawandels hier in den Fokus stellen, dann kann ich Ihnen durchaus raten, schon einmal An-

träge zu Starkregen, zu Sturmschäden, zu Dürreperioden oder zu Überschwemmungskatastrophen, bei denen ja auch viele Menschen sterben, zu stellen. Deshalb das eine tun, ohne das andere zu lassen. – Danke sehr.

(Beifall von der SPD – Christian Loose [AfD]:
Das machen wir beim nächsten Mal!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Yüksel. – Für die Fraktion der FDP hat nun Frau Kollegin Schneider das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Seit dem letzten Mittwoch überrascht mich hier persönlich gar nichts mehr, auch nicht, dass jetzt ein Antrag zum Thema „Klimawandel“ vorliegt von der Fraktion, die das sonst eher kritisch sieht, die auch den CO₂-Ausstoß kritisch sieht. Aber gut, wenn Sie das debattieren wollen, dann können wir das tun.

Zum Thema „Hitze“ kann man nur das anführen, was unsere Eltern, unsere Großeltern schon gesagt haben: viel trinken, gut lüften, die Wohnung verdunkeln, Kopfbedeckung aufsetzen, leichte Kleidung, vor allem Babys schützen und kleine Kinder und ältere Menschen immer dazu ermuntern, ein bisschen mehr zu trinken.

Kollegin Gebauer und Kollege Yüksel haben zu der Thematik eigentlich gesagt, was das Land schon alles tut. Daher bräuchte es diesen Antrag nicht.

Im Ausschuss können wir gern noch mal debattieren. Allen anderen, die noch weitere Informationen brauchen, empfehle ich www.hitze.nrw.de. Da finden Sie zahlreiche Informationen, die Ihnen weiterhelfen.

Ich wünsche Ihnen jetzt allen, dass Sie die Hitze des Sommers großartig überstehen. Ich wünsche Ihnen eine wunderschöne Sommerpause. Kommen Sie bitte alle gesund wieder. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneider. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss sagen, es ist schon ein bisschen irritierend, wie es die AfD schafft, einerseits den menschengemachten Klimawandel zu leugnen, aber trotzdem auf das Thema aufspringt und versucht, es für sich zu instrumentalisieren.

Es ist außerdem faszinierend, wie Sie es hinbekommen, den Gesundheitsaktionsplan einer Institution, die Sie ja verabscheuen, nämlich die EU und die EU-Kommission, im Antrag zu zitieren oder eben in der Rede die „Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit“ heranzuziehen. Sie sind sich nicht zu schade, das zu machen. Gerade diese Allianz tritt jedoch ganz klar für eine Begrenzung des menschengemachten Klimawandels ein.

Sie schaffen es auch, die WHO-Empfehlung als die einer Organisation der UNO zu zitieren, aber umgekehrt den IPCC, den Weltklimarat, der von der UNO ins Leben gerufen wurde, zu verabscheuen.

Ich denke, ein solches Verhalten würde man vielleicht im normalen Leben als schizophoren benennen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber es gibt eine ganz aktuelle Studie der ETH Zürich, die sich angesehen hat, wie sich bei einer weiteren Erwärmung, bei einer um 1,5 bis 2 C durchschnittlichen Erderwärmung, der Sommer in den Städten im Jahr 2050 verändern würde. Das hat eben damit zu tun, dass es den menschengemachten Klimawandel gibt.

Die Städte, die bisher in gemäßigten und kalten Zonen sind, würden dann Städten ähneln, die etwa 1.000 km näher am Äquator liegen. Stockholm wäre so warm wie Budapest, London so warm wie Barcelona.

Das sind alles Dinge, die uns dazu anhalten, dass wir massiven Handlungsbedarf haben, und zwar beim Klimaschutz, um die Begrenzungen zu erreichen.

Wir haben massiven Handlungsbedarf bei Hitze, Trockenheit, Starkregenereignissen, Stürmen, all das, was schon meine Vorredner dazu gesagt haben.

Mir bleibt an der Stelle nur zu sagen, dass die AfD sich mal wieder die Aspekte herausnimmt, die in ihr eigenes Weltbild passen, und sich vor Fakten verschließt. Wir machen das nicht mit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Für die Fraktion der AfD wurde eine Kurzintervention des Abgeordneten Dr. Vincentz angemeldet, der jetzt 90 Sekunden Zeit für seine Kurzintervention hat. Bitte sehr, Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich möchte es auch gar nicht in die Länge ziehen, doch nur eine Sache zur Klarstellung. – Es leugnet natürlich niemand den Klimawandel.

Wenn wir darüber auch kontrovers diskutieren, dann natürlich darüber – das ist Ihnen durchaus bewusst –, inwieweit man mit nationalen Alleingängen – so, wie die Grünen sie fordern – tatsächlich diesen Klimawandel aufhalten oder Deutschland allein zum Retter der Welt und des Klimas werden kann.

Das wird natürlich von uns kontrovers diskutiert. Das wird auch in Zukunft von uns weiter kontrovers diskutiert werden.

Das Einzige, was wir in diesem Antrag tatsächlich fordern, ist, dass wir uns mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen und unser Land „wetterfest“ machen. Dazu habe ich von Ihnen leider relativ wenig gehört.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Brems, Sie können darauf erwidern.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Wer eben zugehört hat, hätte mitbekommen, dass ich in meiner Rede eben permanent davon gesprochen habe, dass die AfD den menschengemachten Klimawandel leugnet.

Ich muss ganz klar sagen, dass ich wirklich gewisse Schwierigkeiten habe, mit Menschen, die das tun, weiter zu diskutieren. Denn wenn man nicht bereit ist, ganz klare wissenschaftliche Erkenntnisse anzuerkennen, ist es so, als wenn man über Mathematik mit jemandem diskutiert, der sagt: eins plus eins ist nicht zwei, sondern für mich fünfzehn. – Das ist keine Grundlage, um miteinander zu diskutieren. Das gilt deswegen auch weiterhin. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Ich darf für die Landesregierung jetzt das Wort an Herrn Minister Laumann geben.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich haben wir voriges Jahr ohne Frage einen Jahrhundertsommer gehabt. Wir haben auch dieses Jahr schon den einen oder anderen warmen Tag gehabt, doch wir haben auf der anderen Seite auch wieder kühle Tage gehabt. Wir haben Niederschläge in Nordrhein-Westfalen gehabt.

(Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber die Tatsache, dass Hitzewellen etwas mit gesundheitlichem Wohlbefinden von Teilen der Bevölkerung zu tun haben, ist nichts Neues; das war schon immer so.

Dass natürlich durch Hitzewellen kleine Kinder, alte Leute, chronisch Kranke, aber auch die vielen Menschen, die draußen oder die in Fabrikhallen arbeiten müssen, ganz anders herausgefordert sind als etwa wir hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen, ist auch die Wahrheit.

Deswegen ist eine solche Wetterbedingung auch immer mit gesundheitlichen Risiken, die wir nicht alle ausschalten können, verbunden.

Aber es ist nicht so, dass das Gesundheitswesen darauf nicht reagiert hat. Beim Landeszentrum Gesundheit, was für diese Fragen in Nordrhein-Westfalen zuständig ist, gibt es schon seit 2007 eine Informationsplattform zu dem Thema „Hitzewellen“, die natürlich bis heute fortgeführt worden ist. Man kann das auch im Internet unter www.hitze.nrw.de abrufen.

Das Landesgesundheitsamt hat zusammen mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst einen Leitfaden erarbeitet, in dem es um die Fragen der Hitzewellen und der Stadtentwicklung geht.

Hier sind wir genau bei der Frage, die heute schon in dem einen oder anderem Redebeitrag angesprochen wurde, was es für die Stadtentwicklung bedeutet, wenn wir vielleicht demnächst öfter mit extremen Wettersituationen rechnen müssen.

Es hat auch viele Veranstaltungen des Landeszentrum's Gesundheit zu diesem Thema in den Kommunen gegeben.

Man darf auch nicht vergessen, dass auch die andere Ebene in Deutschland, nämlich das Bundesumweltministerium, in dieser Frage sehr aktiv ist und viele Leitfäden, viele Handlungsanweisungen herausgegeben hat.

Ich sehe das folgendermaßen: Ein Leitfaden wird dadurch nicht besser, dass man ihn auf zwei verschiedenen staatlichen Ebenen unterschiedlich entwickelt, sondern es kommt auch darauf an, dass die Informationen des Landes und des Bundes ineinandergreifen.

Auch die Informationen des Bundesumweltministeriums zu Hitzewellen spielen hier also eine Rolle, so dass man schon festhalten kann, dass das öffentliche Gesundheitswesen zu dem Thema vernünftig informiert.

Man kann immer noch besser werden, und man wird dies auch immer, abhängig von der aktuellen Situation, wie sich das Wetter in diesem Land entwickelt, anpassen müssen.

Ich würde aber auch aus einem Jahrhundertsommer noch nicht die Konsequenzen ziehen, die manche Redner hier angedeutet haben.

Es ist wichtig, in dieser Situation nicht in Panik zu geraten, sondern Veränderungen zur Kenntnis neh-

men, die mithilfe guter Informationen für die Bevölkerung aus meiner Sicht beherrschbar sind. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich höre, dass es doch noch eine Wortmeldung gibt. Herr Loose hat noch eine Minute Zeit.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Laumann, den Leuten einfach nur eine Internetadresse und einen Leitfaden zu geben, heißt noch nicht, etwas umzusetzen. Wir fordern, dass Sie Ihre Empfehlungen auch umsetzen und den Menschen helfen.

Natürlich kann man sich auf den Sommer genauso einstellen wie auf den Winter. Im Winter gibt es ja Kältetote und auch viele Grippetote. Wenn es kalt ist, führen wir Gripeschutzimpfungen durch. Wir stärken also auch im Winter die Menschen.

Wir können natürlich auch versuchen, die Toten im Sommer zu reduzieren. Unser Anliegen ist, dass nicht nur eine Internetadresse und ein Leitfaden erstellt werden, sondern dass die Empfehlungen tatsächlich umgesetzt werden. Dazu habe ich von Ihnen, Herr Laumann, leider nichts gehört. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Jetzt liegt mir wirklich keine weitere Wortmeldung mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/6752 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, an den **Wissenschaftsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

7 Teilhabe älterer Menschen verbessern – Wege aus Einsamkeit aufzeigen – selbstbestimmte Lebensgestaltung auch bei Pflegebedarf ermöglichen!

Antrag
der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6747

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU der Abgeordneten Oellers das Wort.

Britta Oellers (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit steigender Lebenserwartung nimmt auch die Zahl der Pflegebedürftigen in unserem Land kontinuierlich zu.

2017 gab es bereits mehr als 750.000 pflegebedürftige Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes. Die meisten wurden zu Hause mit der Hilfe von ambulanten Pflegediensten, teilstationären Angeboten oder von Angehörigen gepflegt.

Doch nicht immer sind die Angehörigen vor Ort verfügbar. Neue Lebensmodelle, größere Mobilität und berufliche Flexibilität lassen Familien stärker auseinanderdriften, als dies vor einigen Jahrzehnten noch der Fall war.

Erwachsene Kinder leben oftmals nicht mehr am Wohnort ihrer Kindheit, sodass Ihnen die Pflege ihrer Eltern kaum möglich oder nur aus der Ferne zu organisieren ist.

Die Vereinsamung älterer und allein lebender Menschen nimmt mit erhöhter Pflege- und Unterstützungsbedürftigkeit zu. Die Teilhabe an der Gesellschaft ist vielfach nicht mehr sichergestellt. Die Menschen bleiben allein zu Hause, und soziale Kontakte reißen ab.

Hier setzt die NRW-Koalition mit Ihrem Antrag an, denn diese zum größten Teil hochaltrigen Menschen benötigen Zugang zu Entlastungsangeboten, oftmals auch zu vorpflegerischen Dienstleistungen im Haushalt, und ganz wichtig: Sie brauchen weiterhin ein soziales Umfeld, das den Kontakt mit ihnen hält und sie auffängt.

Stationäre Pflegeeinrichtungen mit ihren professionellen Betreuungs- und Unterstützungsangeboten können in unseren Augen allein, aber auch im Verbund mit anderen Partnern hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir brauchen ein Umdenken in der Pflege weg von den starren Sektoren, die ganz klar zwischen ambulant und stationär trennen, hin zu deutlich mehr Flexibilität und einer höheren Durchlässigkeit in den Versorgungsstrukturen im Sinne der Menschen und ihrer Bedarfe.

Mich ärgert es maßlos, wenn in politischen Debatten häufig die beiden Bereiche stationär und ambulant gegeneinander ausgespielt werden. Beide haben ihre Berechtigung in unserem Pflegesystem.

Der pflegebedürftige Mensch sollte die Wahlfreiheit haben und Leistungen entsprechend seiner Bedürfnisse erhalten. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal ganz klar und deutlich: Sowohl ambulante Pflege als auch Plätze in stationären Einrichtungen müssen in ausreichender Zahl vorgehalten werden, denn für die NRW-Koalition steht die Wahlfreiheit der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen an erster Stelle.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Stationäre Einrichtungen im näheren Wohnumfeld können mithilfe sektorenverbindender Gesamtversorgungsverträge stationäre, teilstationäre und auch ambulante Pflege- und Unterstützungsleistungen aus einer Hand anbieten und damit einen wertvollen Beitrag leisten.

Pflege, Hilfe im Alter und Betreuung für die Menschen aus einer Hand – darauf zielt unser Antrag.

Die Durchlässigkeit des Pflegesystems steht im Fokus, denn Seniorenheime sind schon lange keine Lebensendstationen mehr, sondern sollen im wohnortnahen Umfeld als zentrale Einrichtung und Anlaufstelle für Menschen mit Pflegebedürftigkeit oder Unterstützungsbedarf wahrgenommen werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Land gibt es bereits einige solcher herausragender Beispiele – so auch in meiner Heimatstadt Krefeld –, die es nun zu erfassen, bekannter zu machen und in die Fläche zu bringen gilt.

In Zukunft brauchen wir mehr solche Ankerpunkte, die als zentrale Anlaufstellen dienen und den Menschen Gemeinschaft und Versorgung bieten.

Als rechtliche Grundlage und Abrechnungsinstrument dienen für diese Modelle die Gesamtversorgungsverträge gemäß § 72 SGB XI.

Als NRW-Koalition unterstützen wir sowohl den Abschluss solcher Verträge als auch die Weiterentwicklung zu den sektorenverbindenden Gesamtversorgungsverträgen, denn die Träger, die ihre Einrichtungen in das nahe Wohnumfeld öffnen, brauchen bei der Umsetzung eine tragfähige rechtliche Grundlage.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich bin davon überzeugt, dass wir in Zukunft nur dann angemessen auf die immer größer werdende Zahl an Pflegebedürftigen reagieren können, wenn wir unser Pflegesystem öffnen, Übergänge fließender gestalten und den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wer hindert Sie denn daran?)

Unser Antrag ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Kollegin Oellers. – Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Austausch mit anderen Menschen, soziale Beziehungen und persönliche Bindungen sind ein Grundbedürfnis der menschlichen Existenz. Ohne sie entsteht bei vielen Menschen das belastende Gefühl, einsam und allein zu sein.

Einsamkeit trifft gerade ältere und hochbetagte Menschen. Sie entwickelt sich oft schleichend. Die Kinder arbeiten weit entfernt vom Wohnort, Freunde und Bekannte versterben oder werden selbst pflegebedürftig, gewohnte Aktivitäten fallen schwerer. Dann kann der Verlust des Lebenspartners dazu führen, dass im persönlichen Umfeld keine Bezugsperson mehr zu finden ist.

So ist die Frage von sozialer Isolation und Einsamkeit in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der öffentlichen Debatte geraten, und das ist auch gut so. In Großbritannien wurde Tracey Crouch zur ersten Einsamkeitsministerin ernannt.

Ergebnisse des Deutschen Alterssurvey 2017 zeigten aber auch, dass das Risiko im Alter in den letzten Jahrzehnten nicht zugenommen hat. Nur wenige Menschen mittleren und höheren Alters fühlen sich einsam.

Erst im sehr hohen Alter kommt es zu einem Anstieg der Einsamkeit – bei Frauen etwas stärker als bei Männern. Insbesondere bei Älteren über 80 Jahren besteht ein deutlich höheres Risiko sozialer Isolation, wenn Probleme wie zum Beispiel eine Erkrankung oder abnehmende Mobilität hinzukommen.

Gerade hochbetagte und ältere Menschen an der Schwelle zur Pflegebedürftigkeit benötigen deshalb Unterstützungsangebote, um aus ihrer Vereinsamung herauszufinden. Wir sind gefordert, Einsamkeit im Alter vorzubeugen und die Teilhabe älterer Menschen zu verbessern.

Dazu will die NRW-Koalition aus Union und FDP die sozialen Kontakte allein lebender Menschen im höheren Alter stärken.

Zudem wollen wir diesen Menschen den Zugang zu präventiven und vorpflegerischen Dienstleistungen sowie zu Entlastungsangeboten eröffnen.

Wir setzen aber nicht wie die Vorgängerregierung nur einseitig auf ambulante Angebote und die Förderung der Quartiersentwicklung. Wir wollen kein Entweder-oder zwischen ambulanten und stationären

Pflegeangeboten, kein Ausspielen gegeneinander, sondern ein Miteinander von ambulant und stationär, und wir wollen mit diesem Antrag eine bessere Vernetzung erreichen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dabei ist unser zentraler Gedanke, die professionellen Angebote und die Kompetenzen von Pflegeheimen für ihr räumliches Umfeld zu öffnen und so auch ältere Menschen zu erreichen, die noch nicht auf stationäre Pflegeleistungen angewiesen sind.

Praktisch fängt das mit Mittagstischen und Angeboten zur Begegnung an und setzt sich mit der Unterstützung im häuslichen Alltag, der Einbeziehung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten und gegebenenfalls auch durch ambulante Pflegeleistungen fort.

So wollen wir stationäre Pflegeeinrichtungen zu Ankerpunkten in Kommunen entwickeln, die als Anlaufstellen dienen und in ihrer Umgebung älteren Menschen Gemeinschaft und Versorgung anbieten.

Dabei wollen wir zur Umsetzung derartiger Konzepte sektorenverbindende Versorgungsanträge sowie das Instrument der Gesamtversorgungsverträge gemäß § 72 SGB XI nutzen. Letztere ermöglichen nicht nur eine abgestimmte Versorgung, sondern vor allem einen flexiblen Personaleinsatz, indem sie neben der stationären Einrichtung auch ambulante Leistungen umfassen.

Wir müssen bei der Umsetzung dann aber auch darauf achten, dass nicht einzelne Anbieter einseitig bevorzugt werden, sondern die vielfältige Landschaft kommunaler, gemeinnütziger und privater Anbieter in der Pflege erhalten bleibt.

So wollen wir mit neuen Ansätzen Selbstbestimmung und Teilhabe älterer Menschen stärken, und ich denke, dass wir alle das wollen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Frau Altenkamp das Wort.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme gerade aus einer Ecke, wo die andere Seite des Lebens, also der Anfang eine große Rolle gespielt hat. Deswegen ist das gerade so ein Schnitt, ein anderes Thema.

(Die Abgeordnete Lisa-Kristin Kapteinat [SPD] sitzt mit ihrem Baby in den Reihen der SPD.)

Ihnen geht es – so habe ich Frau Oellers verstanden – vor allem um die Ankerpunkte. Ankerpunkte sind an stationäre Pflegeeinrichtungen angelehnt

und sollen den Bürgerinnen und Bürgern mit pflegebedürftigen Menschen, aber auch den Bürgern mit Pflegebedarf selbst Möglichkeiten sowohl der ambulanten, als auch der stationären Versorgung bieten.

Darüber hinaus soll es auch eine Beratung und eine Kontaktmöglichkeit geben; so habe ich jedenfalls auch die Konzepte in Krefeld verstanden.

Wir enthalten uns, weil wir gegen diesen Ansatz definitiv nichts haben. Allerdings finde ich es ein bisschen seltsam, dass es Ihnen bei den Ankerpunkten ja darum geht, dass die stationären Einrichtungen sich ins Quartier öffnen sollen.

Allerdings vermeiden Sie mit wirklich großer Wortakrobatik den Begriff „Quartier“ – wohl deshalb, weil Sie Sorge haben, dass es sonst darum gehen könnte, dass man der Vorgängerregierung und dem Ansatz „Altengerechte Quartiere“ in gewisser Weise entgegenkommen würde, obwohl Sie

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

gerade dabei sind, alle Ansätze, die da erdacht und erprobt worden sind, ein Stück weit auslaufen zu lassen.

Dennoch werden wir uns enthalten, weil man gegen den Ansatz, dass sich stationäre Einrichtungen ins Quartier öffnen sollen, sicherlich nichts haben kann.

Ich sage dazu auch, dass ich jedenfalls als Vorsitzende eines Wohlfahrtsverbandes auch von meinen Einrichtungen verlange, dass sie genau dies tun.

Aber ich muss sagen: Wir waren in der Diskussion auch schon mal weiter. Das mache ich jetzt mal daran fest, was mir und uns fehlt:

Wenn Sie die Themen „Einsamkeit“ und „Vereinsamung“ als Ausgangspunkt nehmen, muss man meiner Meinung nach etwas früher anfangen.

Es gibt durchaus seit langer Zeit – mein Verein wird in diesem Jahr 100 Jahre alt – erprobte Angebote für Seniorinnen und Senioren, die genau dazu dienen sollen, Einsamkeit zu vermeiden. Davon finde ich in Ihrem Antrag nichts.

Ich spreche zum Beispiel von dem vielfältigen und zahlreichen Engagement von Ehrenamtlichen, die in der Seniorenarbeit tätig sind und niedrighschwellige Angebote machen, die genau dazu dienen sollen, Einsamkeit auch in der Phase der Hochaltrigkeit zu vermeiden.

(Beifall von Anja Butschkau [SPD])

Es ist meiner Meinung nach ein Webfehler in Ihrer Herangehensweise, dass es nicht nur darum gehen kann, dass stationäre Einrichtungen sich mit der Thematik, Einsamkeit zu vermeiden, beschäftigen, sondern das muss etwas sein, was von mehr Menschen getragen wird.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das!)

Bei mir im Stadtteil ist es so, dass es Seniorentreffs, Besuchsdienste, Clubs, Angebote von Reisegruppen und andere Dinge gibt. Ich erlebe ganz viele ältere Menschen – zum Teil auch deutlich ältere Menschen –, die dadurch aus ihrer Einsamkeit und der Vereinsamung in ihrer Wohnung geholt werden.

Herr Minister, ich muss Ihnen auch sagen: Deshalb ist es aus unserer Sicht ein falscher Ansatz, die ZWAR-Gruppen einzustellen, weil die genau das tun.

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie bieten Möglichkeiten zwischen Arbeit und Ruhestand und erarbeiten Dinge, die dazu führen, dass man dann, wenn man im Ruhestand ist, das Leben miteinander gestaltet – auch das Leben von Hochaltrigen, das Leben in einer Phase, in der man weniger mobil ist. Diese Verbindungen und die Freundschaften, die in diesen Gruppen geknüpft werden, halten für den Rest des Lebens.

Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie das tun und warum Sie in Ihrem Antrag die vielen Ansätze von ehrenamtlicher Unterstützung zur Vermeidung von Einsamkeit und Vereinsamung völlig aussparen, um stattdessen mit einem doch etwas herkömmlichen Angebot der Ankerpunkte um die Ecke zu kommen, gegen die wir aber, wie gesagt, nichts haben. – Herzlichen Dank.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Altenkamp. – Für die Fraktion der Grünen hat der Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehرداد Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich so wohlwollend wäre wie die Kollegin Altenkamp, hätte ich auch gesagt: Dagegen, dass sich die Einrichtungen der standardisierten Altenpflege ins Quartier öffnen, kann man ja nichts haben; dann kann man sich auch enthalten.

Nur die Reden von Frau Schneider und auch schon von Frau Oellers haben deutlich gemacht, worum es eigentlich geht. Es geht darum, dass CDU und FDP ganz bewusst größere Altenpflegeeinrichtungen fördern und sie hinterher umstreichen wollen, damit sie sich ins Quartier öffnen.

Das ist nicht unsere Politik, und das verändert die Situation in Nordrhein-Westfalen sogar zum Negativen. Deswegen werden wir Grüne am Ende gegen diesen Antrag stimmen – auch weil Sie es noch nicht einmal für nötig halten, diesen Umstand im Ausschuss zu diskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde aber auch, dass Sie ein ziemlich merkwürdiges Bild von älteren Menschen haben. Nehmen wir mal das Wort „Wahlfreiheit“: Es ist keine Wahlfreiheit, wenn Menschen im Alter in eine Sondereinrichtung ziehen müssen. Es hat mit Wahlfreiheit nichts zu tun, ob man sich das Pflegeheim A oder B aussuchen kann.

Wahlfreiheit wäre – dazu hat Frau Altenkamp schon einiges gesagt –, wenn man sich zum Beispiel bei der Landesbauordnung die Mühe gemacht hätte, dafür zu sorgen, dass Menschen in allen Stadtteilen einer Stadt leben können, wenn man sich die Mühe machen würde, eine Infrastruktur so auszugestalten, dass die Frage der Einsamkeit ...

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Lieber Josef Hovenjürgen, um das einmal sehr klar zu sagen: Wenn ihr noch nicht einmal bereits seid, den Bedarf zu erheben, wo barrierefreie Wohnungen sein sollen, wo Stadtteile infrastrukturell ausgebaut werden sollen, wo der ÖPNV für Menschen mit Behinderung zugänglich sein soll, habt ihr euch aus dieser Diskussion abgemeldet. Da müsst ihr nicht immer dazwischen quatschen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Von?

Präsident André Kuper: Von der Kollegin Oellers.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Das lasse ich zu.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wahlfreiheit ist das!)

Britta Oellers (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege. Es freut mich sehr, dass ich eine Frage stellen kann. – Woran machen Sie fest, dass wir die Öffnung nur für große Einrichtungen vorsehen? Davon hat doch niemand von uns irgendetwas gesagt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Wir haben von keiner Größe gesprochen. Es gilt die Situation, dass jedes Seniorenheim ein Anker im Wohnumfeld sein kann – egal, wie groß es ist.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Kollegin! Über den Punkt, ob sie groß oder klein sind, rege ich mich gar nicht auf.

(Henning Höne [FDP]: Das muss aber der einzige Punkt sein!)

Nur Ihre Sichtweise, dass offensichtlich nur das Pflegeheim die Möglichkeit hat, im Quartier Arbeit zu machen – das ist es, was ich völlig merkwürdig finde, Frau Kollegin Oellers.

Sie haben den Ansatz nicht einmal verstanden. Es geht bei der Quartiersarbeit nicht darum, die Menschen auszuschließen, sondern Quartiersarbeit heißt, in einem bestimmten Umfeld Menschen zu unterstützen, und zwar bedarfsgerecht zu unterstützen. Sie schreiben es sogar in einem Punkt am Ende Ihres Antrags. Dort heißt es, Ankerpunkte in Kommunen zu erproben, die als Anlaufstellen dienen. Sie haben den Antrag ja selber gelesen.

Sie wollen auf der einen Seite diese größeren Heime fördern, und auf der anderen Seite merken Sie, dass Quartiersarbeit notwendig ist. Gleichzeitig kürzen Sie das Programm „Wohnen im Alter“, kürzen das ZWAR-Programm und, und, und. Das ist keine konsistente Politik, sondern Sie laufen der FDP-Maxime „Privat vor Staat“ hinterher, und auf der anderen Seite wollen Sie es umetikettieren. Das ist keine konsistente Politik.

(Zurufe von der FDP – Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Herr Höne, um das an der Stelle deutlich zu sagen: Wenn Sie das alles so anstrengend finden, müssen Sie nicht hier sein. Mir ist das Thema so wichtig, weil Sie hier Strukturen zerschlagen, die über Jahre aufgebaut worden sind. In Nordrhein-Westfalen wäre es wirklich notwendig, Selbstbestimmung ernst zu nehmen, behinderte Menschen ernst zu nehmen, Menschen im Alter ernst zu nehmen und nicht immer so zu tun, als wenn man sie in Sonderinstitutionen wegsortieren kann.

(Zurufe von der CDU)

Das ist keine Selbstbestimmung. Das ist das Gegenteil von Selbstbestimmung. Und das machen Sie jetzt wieder mit diesem Antrag und Ihrem Verhalten, das Sie heute an den Tag legen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Sie zeigen völlige Unkenntnis!)

– Dass Interessenvertreter hier auch noch reinrufen, ist von besonderer Bedeutung.

(Erhebliche Unruhe – Glocke)

Sie verdienen das Geld damit; das ist Ihr gutes Recht. – Ich möchte, dass wir in Nordrhein-Westfalen ...

(Zurufe – Ralph Bombis [FDP]: Das ist wirklich eine Unverschämtheit!)

Frau Kollegin Oellers, ich nehme mal eine positive Brücke: Wenn Sie es ernst meinen würden, einen positiven Ansatz zu verfolgen, dann sollten wir diesen Minister auffordern, die kommunale Pflegeplanung

zur Standardplanung in Nordrhein-Westfalen zu machen,

(Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

bedarfsgerecht zu ermitteln, wie eine Stadtentwicklung stattfinden sollte, damit auch jüngere Menschen mit Behinderung zum Beispiel in einem Stadtteil leben können. Das sollte man zum Standard der Politik machen. Sie wollen wieder „stationär vor ambulanz“ als Standard machen.

(Susanne Schneider [FDP]: Das sagt kein Mensch! – Ralph Bombis [FDP]: Das ist Unsinn!)

Sie wollen wieder größere Einrichtungen. Sie wollen die Quartiersentwicklung zurückschrauben. Das finde ich höchst bedauerlich. Es ist nicht das, was die Menschen wollen. Die Menschen wollen genau das Gegenteil.

(Zuruf von Susanne Schneider [FDP])

Sie haben versucht, das in Ihrem Vorspann in der Analyse zu beschreiben. Frau Kollegin Schneider, Sie haben es in Ihrem Vortrag in ganz großer Offenheit auch vorgetragen. Weil die Sommerpause naht: Denken Sie noch einmal über den Punkt nach! Ich glaube, dieser Antrag wird sowieso an der Politik in Nordrhein-Westfalen gar nichts verändern.

(Henning Höne [FDP]: Genau wie Sie!)

Schade ist, dass Minister Laumann, der es besser wissen müsste, an der Stelle eine Politik gegen die Kommunen macht und die positiven Ansätze, die in Nordrhein-Westfalen vorhanden sind, nicht weiterverfolgt. Er müsste es besser machen. Wir sind noch nicht gut. Das will ich sehr klar sagen.

Wir sind an einem Punkt, an dem erreicht worden ist, die Großeinrichtungen umzustrukturieren. Aber hinsichtlich dessen, was mit einer intensiven Stadtentwicklung zu tun hat, wäre jetzt Ihr Job, das aufzugreifen und das nicht auf zwei Ministerien zu verteilen, um dann froh zu sein, dass Sie nichts mehr damit zu tun haben. Das ist eine schlechte Politik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die AfD spricht nun der Abgeordnete Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir an dieser Stelle über Einsamkeit sprechen, ist das erst einmal definitiv zu loben. Denn längst ist Einsamkeit kein individuelles Problem mehr, sondern hat eine gesellschaftliche Dimension erreicht.

Wenn wir davon sprechen, dass sich etwa 10 % der Deutschen einsam fühlen, wenn eine Studie der Ruhr-Universität Bochum davon spricht, dass sich rund 15 % der jüngeren Erwachsenen im Alter von 26 bis 35 Jahren einsam fühlen, dann haben wir die Schwelle erreicht, an der das kein Problem des Einzelnen mehr ist, sondern vielleicht sogar ein zeitgeistiges Problem ist. Die Einsamkeit ist längst ein Problem unserer Gesellschaft geworden – und eben nicht nur der älteren, sondern auch der jüngeren, aller Menschen.

Einzelne Länder in der Europäischen Union – oder auch bald nicht mehr darin – haben sich dem angenommen; Großbritannien beispielsweise hat ein „Ministerium für Einsamkeit“. Das ist ein sehr mutiger Schritt, ein sehr weitgehender Schritt. In Deutschland gibt es diese Forderung in der Fachwelt mitunter auch, vereinzelt. Konkrete Pläne dazu gibt es allerdings nicht.

Wenn wir über ein so komplexes Thema sprechen wie Einsamkeit, müssen wir feststellen: Einsamkeit ist nicht nur ein Gefühl, das wir mit uns ausmachen, sondern ist tatsächlich – das geben neuere medizinische Studien her – ein gesundheitliches Risiko. Denn Einsamkeit kann zu Depressionen, Schlaganfällen oder Herzinfarkten führen, was man vielleicht gar nicht meinen mag. Einsamkeit und Sitzen könnten die neuen Probleme unserer modernen Zeit werden.

So hätte ich es zumindest nett gefunden, wenn wir dieses Thema nicht nur speziell auf die Pflege von hochbetagten Menschen beziehen würden, die aufgrund von Einschränkungen körperlicher Fähigkeiten, natürlich auch aufgrund des Verlustes von Freunden, die vielleicht schon verstorben sind, und des Ehepartners einsam sein können, sondern dass wir das auch ausweiten auf eine gesellschaftliche Diskussion.

An dieser Stelle könnte man beispielsweise, so finde ich – ich werde es nicht beantragen, denn ich weiß, wie es enden wird –, über eine Enquete-Kommission nachdenken. Einsamkeit ist ein Thema der gesamten westlichen Welt. Einsamkeit ist ein Thema der gesamten Europäischen Union, und Einsamkeit sollte uns in Nordrhein-Westfalen auch mehr beschäftigen.

Wenn es heute bei diesem Punkt allerdings darum geht, dass wir uns mehr um die Altenpflege bzw. um die Öffnung von Altenheimen kümmern und besprechen, wie man Einsamkeit im hohen Alter entgegenwirken kann, dann ist von unserer Seite aus zu sagen: Den Ansatz der Ankerzentren bzw. der Ankerpunkte, wie Sie es nennen, unterstützen wir, allein schon deswegen – das ist eben schon vorweggenommen worden –, weil Sie es wirklich geschafft haben, kein einziges Mal den Begriff „Quartier“ zu verwenden. Auch das ist loblich.

An dieser Stelle, bevor ich zum Ende kommen, ein Hinweis. Wenn wir jetzt in die Sommerpause starten, nehmen Sie sich alle wieder Zeit für Familie, Freunde, für ein gutes soziales Netzwerk! Das wird im Alter jedem helfen, gegen Einsamkeit zurechtzukommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was ist eigentlich die Veränderung in der Politik für hochbetagte Menschen im Vergleich zu der Zeit, bevor ich Minister war, und jetzt? Der Unterschied ist, dass ich der Auffassung bin, dass es uns politisch nichts angeht, wo ein Mensch dann lebt, wenn er pflegebedürftig wird.

Es ist die Entscheidung jedes einzelnen Menschen und seiner Familie, wo man in dieser Situation leben möchte, und die ist zu akzeptieren. Deswegen habe ich keine Vorlieben für bestimmte Formen, wo Pflegebedürftige leben, sondern ich finde:

Wir müssen alle diese Formen bedarfsgerecht weiterentwickeln. Ob es der ambulante Bereich ist mit den unterschiedlichen Angeboten, ob zu Hause, in der Familie, in Pflegewohngruppen, Tagespflege, Nachtpflege – alles in Ordnung. Wir haben die Aufgabe, die Leistungen der Pflegeversicherung und des Sozialstaates dahin zu bringen, wo ein Pflegebedürftiger wohnen will – unabhängig von der Versorgungsfrage.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweiter Punkt!

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Macht ihr aber nicht!)

– Sicher machen wir das.

Zweiter Punkt ist, dass wir diese Angebote natürlich entwickeln müssen. Deswegen finde ich es erst mal wichtig, dass wir uns darum gekümmert haben, dass es in Nordrhein-Westfalen überhaupt niederschwellige Angebote gibt. Es geht ja nicht nur um Pflegefachkräfte, sondern auch um hauswirtschaftliche Leistungen, Einkaufshilfen, Begleitung und was weiß ich. Es ist wichtig, dass diese niederschwelligen Leistungen, die 45er-Leistungen, überhaupt angeboten werden.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Deswegen haben wir auch dafür gesorgt, dass die Auflagen für diejenigen, die diese Leistungen erbringen wollen, nicht so hoch sind wie vorher. So muss

man jetzt keine Leitung mit einem Staatsexamen in Pflege haben. Warum braucht jemand, der putzen geht, eine Leitung mit Staatsexamen in Pflege? – Das konnte ich nicht verstehen, deshalb haben wir es abgeschafft.

Gemeinsam mit den Trägern sind wir zurzeit dabei, die ehemaligen Demenz-Servicezentren zu Regionalbüros für die Bereiche Pflege, Alter und Demenz umzubauen, die zum Beispiel die Aufgabe haben, zu zertifizieren.

Wir werden natürlich dafür sorgen, dass eine Entwicklung in den Wohnumfeldern der Menschen stattfindet. Meinetwegen kann man das auch Quartier nennen – da bin ich ganz ideologiefrei. Ich möchte aber keine verschwabbelte Projekteritis in den Quartieren. Wenn, dann muss man es in Nordrhein-Westfalen einheitlich organisieren. Das besagt auch dieser Antrag.

Natürlich sind stationäre Pflegeeinrichtungen in unseren Stadtteilen und Dörfern bekannte Anlaufpunkte zum Thema „Pflege“. Deswegen ist es wohl nicht ganz verkehrt, diese Häuser zu Orten zu machen, von denen aus Pflegedienstleistungen – sei es im Bereich der Beratung oder der Hilfe – in das Umfeld dieser Häuser bzw. in die Quartiere gebracht werden.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dagegen hat keiner etwas!)

Die Idee mit den Gesamtversorgungsverträgen – die es in Nordrhein-Westfalen so gut wie gar nicht gab und von denen es auch jetzt nur wenige gibt – ist daher richtig. Um es klar zu sagen: Die Pflegekassen wollen sie nicht. Sie wollen in Kästchen denken. Sie haben einen Vertrag mit dem Altenheim und einen mit der Tagespflege, die beide oft denselben Träger haben.

Ich finde es auf jeden Fall gut, wenn man nur eine und nicht unbedingt zwei PDL braucht. Wenn das Personal morgens früh ab 9 Uhr in der Tagespflege im Altenheim arbeiten kann, kann man auch mehr vollzeitige Arbeitsverträge in der Pflege anbieten als vorher. – Das kann noch keine verkehrte Politik sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und wenn der Träger in diesem Bereich über seine Grenzen hinaus arbeitet, ist das doch auch keine verkehrte Politik.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Auch das wird gemacht – und auch das wird dem Antrag zum Ausdruck gebracht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das war vorher nicht möglich, Herr Minister!)

Deswegen können Sie davon ausgehen, dass wir die Dinge sehr realistisch im Blick haben.

Lassen Sie mich noch etwas zur Frage von Vorruhestand und Rente sagen: Es gibt immer nur begrenzte staatliche Mittel, und es stellt sich die Frage, wofür man sie ausgibt. Ich habe nun mal entschieden, sehr stark dafür zu werben, die begrenzten staatlichen Mittel nicht für junge Seniorinnen und Senioren auszugeben, sondern für die Hochbetagten, weil bei ihnen das Problem der Einsamkeit am größten ist.

Für Menschen gibt es immer einschneidende Erlebnisse; beispielsweise dann, wenn der Lebenspartner oder der Ehepartner stirbt. Dann geraten die Menschen in eine tiefe Krise und werden sehr einsam. Sie haben aber oft auch nicht mehr die Kraft, so am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, wie es viele Menschen mit 65, 70, 75 oder 80 noch können.

Daher möchte ich die begrenzten Mittel auf diese Lebensphase konzentrieren, in der man nicht mehr an allem teilhaben kann, aber im Sinne der Pflegeversicherung auch noch nicht pflegebedürftig ist. Leistungen dafür aufzuwenden, dass diese Menschen sich so weit wie es geht in diese Gesellschaft eingebunden fühlen, kann meines Erachtens auch keine verkehrte Politik sein.

Zum Schluss sage ich Ihnen als jemand, der die Pflegepolitik in Deutschland seit fast 30 Jahren im Blick hat: Nutzen Sie die Sommerpause so, dass es, wenn Sie sehr alt sind, noch ein paar Menschen gibt, die Sie gut leiden können. – In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne Sommerpause.

(Heiterkeit – Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt direkt abgestimmt werden soll. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrages. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind CDU, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion der Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/6747 angenommen.**

Ich rufe auf:

8 Heimat braucht Handel – vitale Innenstädte für die Zukunft des Einzelhandels in Nordrhein-Westfalen erhalten, den stationären Handel bei seinem Weg ins digitale Zeitalter unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6748

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6864

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt heute nicht vorgesehen wird.

Wir stimmen daher ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/6748** an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** sowie an den **Ausschuss für Digitalisierung und Innovation.**

Weiterhin haben sich alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen darauf verständigt, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen soll. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Das Plenum berufe ich wieder ein für Mittwoch, den 18. September, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen eine erholsame Sommerferienzeit. Kommen Sie alle gesund wieder!

(Beifall)

Schluss: 14:44 Uhr _____

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)
Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.